

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Marijam Agischewa
Eva Högl
Michael Hollmann
Roland Jahn
Ralf Schenk
und viele andere

Gesellschaft

Integration gelingt: Deutsche Sprache, Erwerbsarbeit und Bürgerschaftliches Engagement sind die Schlüssel
Seite 3

Heimat

Das Grüne Band ist Erinnerungslandschaft: BUND und Deutscher Kulturrat unterstützen die Nominierung als Weltkulturerbe
Seite 4

Erinnerung

Hass in Stein gemeißelt: Die Debatte um die als »Judensau« bezeichnete Schmähsulptur an der Stadtkirche in Wittenberg
Seite 6

Film & Fernsehen

Das mediale Erbe der DDR: Von Schauspielerfolgen, DEFA-Film-Archiven und Darstellungen der Staatssicherheit
Seiten 9 bis 11

Allmacht

Die vor Kurzem im Deutschen Bundestag und im Bundesrat beschlossene Errichtung der Deutschen Stiftung für Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in Neustrelitz ist ein, wie ich finde, weiterer Bruch mit dem Subsidiaritätsprinzip in der deutschen Politik der Nachkriegszeit.

Papst Pius XI. hat bereits 1931 in der Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« die Subsidiarität definiert: »Wie dasjenige, was der Einzelne aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnetere Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen... Jede Gesellschaftstätigkeit ist ihrem Wesen nach subsidiär, sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.« Papst Pius XI. verstand die Subsidiarität als eine Art Immunisierungsmöglichkeit der Gesellschaft gegen Faschismus, Kommunismus und Nationalismus.

Der föderale Staatsaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein Ausdruck dieses Prinzips und war erfolgreich. Jetzt verlässt die Politik zunehmend die Idee, dass der Staat nur dann eingreifen soll, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder einer niedrigeren staatlichen Ebene allein nicht in der Lage sind, eine bestimmte Aufgabe zu lösen.

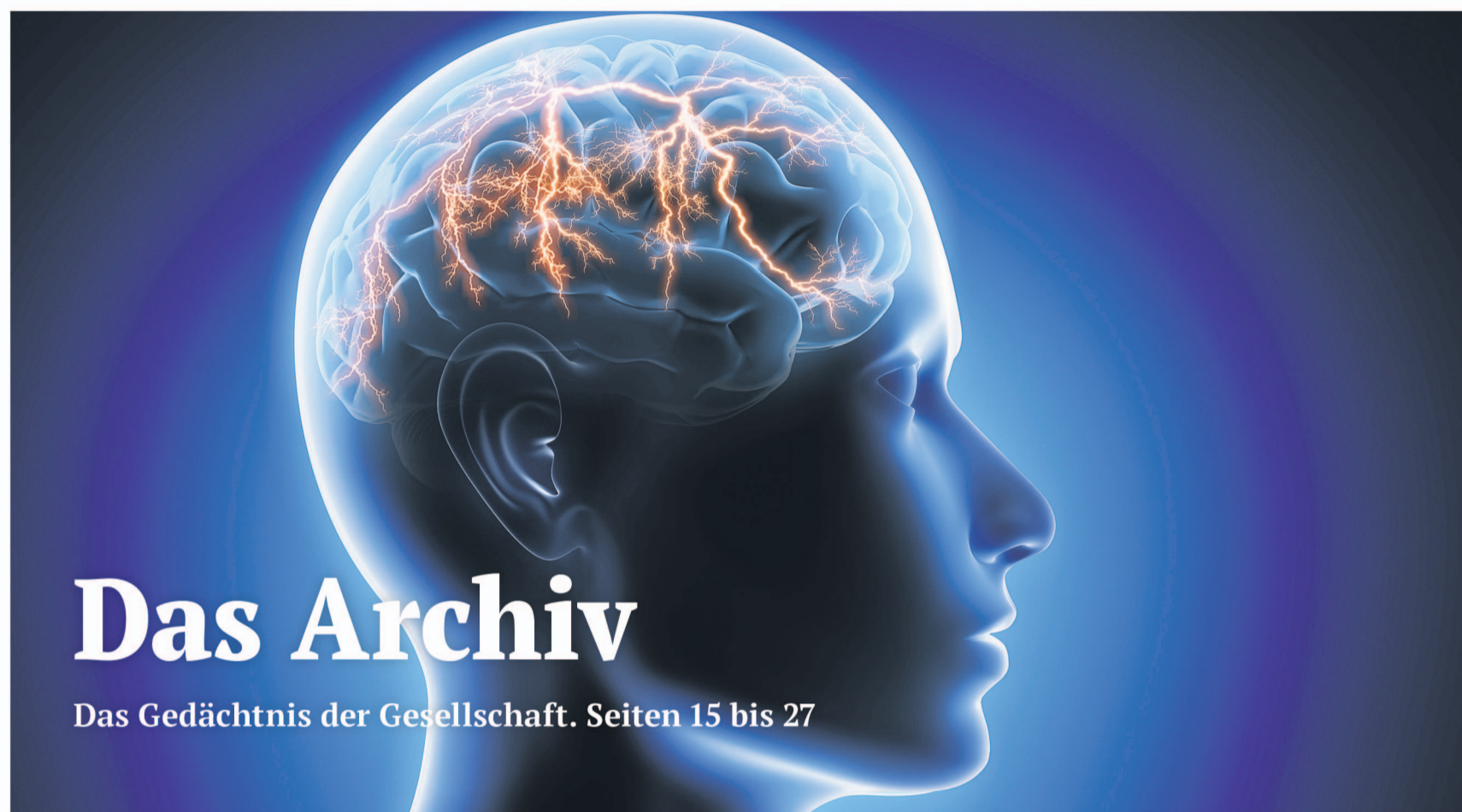
100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in der neuen Stiftung in Neustrelitz das Ehrenamt in Deutschland befördern. Der Staat will die Bürgerinnen und Bürger aktivieren, mehr fürs Gemeinwohl zu tun. Welche unglaubliche Anmaßung! Die Zivilgesellschaft ist nicht der Erfüllungshelfer dieser Staatsstiftung.

Der Staat sollte vielmehr das bürgerschaftliche Engagement finanziell fördern und der Staat sollte endlich seine überbordenden bürokratischen Anforderungen an gemeinnützige Vereine und Organisationen zurücknehmen. Das wäre sinnvoll!

Die staatlichen Allmachtfantasien, die bei der Stiftungsgründung sichtbar werden, durchziehen immer mehr die deutsche Politik. Bis in die kleinsten gesellschaftlichen Bereiche reichen die regelungswütigen Arme des Staates. Ein starker Staat ist nicht die Lösung unserer Probleme, sondern er befördert vielfach das Problem.

Nur eine starke Zivilgesellschaft wird z. B. den zunehmenden Rechtsextremismus zurückdrängen können. Deshalb: Mehr Subsidiarität wagen, sollte das Motto werden.

Olaf Zimmermann
ist Herausgeber von
Politik & Kultur



Das Archiv

Das Gedächtnis der Gesellschaft. Seiten 15 bis 27

Ach, Thüringen

Die jüngsten Ereignisse offenbaren die Verletzlichkeit der parlamentarischen Demokratie

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Ach, Thüringen. Wie heißt es noch im Kinderreim: »In Ilmenau, da ist der Himmel blau, da tanzt der Ziegenbock mit seiner Frau.« Man findet diese Verse auf dem Steinsockel des Ziegenbrunnens der kleinen Universitätsstadt im Thüringer Wald und der steht sinnigerweise in der Straße des Friedens. Der Himmel dort ist tatsächlich von einem besonderen Blau, und die Stadtmeteorologen haben dafür auch eine Erklärung parat. Über dem berühmten Kichelhahn sollen sich bei bestimmten Wetterlagen die Wolken auflösen und den Blick in den Himmel freigeben. Was für ein sanftes Land, indem man sich ernsthaft nur über die wahre Form der Klöße streiten kann, die im Süden Hütes heißen. Wie oft bin ich auf Goethes Wanderwegen gegangen, habe mir im Goethehaus in Stützerbach zum Schutz der Biedermeierdielen die Filzpantoffeln über die Straßenschuhe gezogen; und ein paar Orte weiter verfällt der Bauernhof der Familie ganz leise vor sich hin.

Die Feinde der Demokratie stammen heute – wie wir schmerzlich begreifen – nie nur aus einem Milieu

Ach, Thüringen. Warum von dort wieder die jüngsten Erschütterungen der deutschen Politik ausgehen, der Tabubruch, wie man die Ereignisse um die Ministerpräsidentenwahl zurecht nennt; warum dieses Land plötzlich nicht mehr als das grüne Herz erscheint, sondern als eines der Finsternis, das geht mir schwer in den Kopf. Es ist, als hätte man eine ganze Region in Sepiafarbe getaucht, jenem Verfahren, mit dem man neue Bilder auf alt färben kann. Und schon sieht man überall die Gespenster der Vergangenheit aufziehen, glaubt die Marschkolonnen wieder zu hören und fühlt sich in eine andere, eine schreckliche Zeit versetzt.

Ständig werden wir erinnert und müssen das wohl. Die Jahrestage verfolgen uns, und die mörderischen Ereignisse auch. Ein Land blickt beklommen zurück. Kommen die Zwanziger Jahre tatsächlich wieder oder betrachten wir sie heute nur wie eine Kinorevue. Berlin als Babylon. Und Weimar als Chiffre für Aufbruch und Untergang zugleich.

Wer heute durch Weimar geht, mag das alles nicht glauben; der erlebt eine herausgeputzte Kleinstadt, die sich in ihrer Bedeutungslosigkeit räkelnd und bei der Nennung von Goethe immer noch leicht auf Zehenspitzen geht; wo sich westdeutsche Rentner niederlassen und die meistens Kulturbringer von draußen erwartungsgemäß scheitern. Jetzt erhebt sich gerade die Klassikstiftung wieder mit der alten Weimarer Idee, die Politik durch die Kultur retten zu wollen. Distinktionsabbau nennt man das heute und meint doch die Hoffnung, mit den Heilkräften der Kultur einer erkrankten Gesellschaft zu Leibe rücken zu können. Aber was hat das alles mit den Vorgängen im Thüringer Landtag zu tun, wo sich gerade eine Provinzposse abspielt, die freilich das Zeug hat, die Republik zu beschädigen?

Natürlich gibt es die suggestive Kraft der Vergleiche; natürlich muss man sich fragen, warum einem rechtsradikalen Demagogen wie Björn Höcke ein solcher Abstimmungscoup ausgerechnet in Thüringen gelang, wo die Nazis vor 90 Jahren tatsächlich zum ersten Mal die Hand nach der exekutiven Gewalt ausstreckten. Gibt es womöglich doch so etwas wie eine historische Prädisposition, einen gesellschaftlichen Nährboden, den berühmten Genius Loci der hässlichen Art?

Manche Erkenntnisse der Wahlforscher legen das sogar nahe. Die Wahlkarten von damals und heute erscheinen für manche Regionen fast kongruent. Doch man gerät schnell in die Versuchung, zu stereotypen Erklärungsmustern zu greifen, die wir eigentlich nicht mehr heranziehen wollten für die Beschreibung von Menschen. Die Feinde der Demokratie stammen heute – das machen die Taten von Hanau deutlich – nicht mehr nur aus einem bestimmten Milieu. Sie sind auf eine erschreckende Weise ubiquitär geworden.

Vielleicht ist Thüringen auch nur das Beispiel für ein Land, dem die Kraft zur Selbsterklärung lange Zeit fehlte und das in seiner Geschichte immer wieder zur Projektionsfläche wurde für alle möglichen Erwartungen und Missdeutungen von außen; von Fremdzuschreibungen und mittlerweile sogar einem Grundsatzverdacht. Thüringen hat sich darüber in eine imaginäre Landschaft verwandelt, die auch in Vorstellungswelten existierte und nicht nur in der schlichten Realität. Das haben sich selbst heute noch die Werbetexter zunutze gemacht, die der eher be-

In Thüringen ist mehr ins Rutschen geraten als nur die Mehrheitsfindung im Parlament

langlosen Gegend um die alte Strumpfwirkerstadt Apolda den Titel einer Toskana des Ostens verpassen. »Our world is Auerstedt«, hieß das, und es war vermutlich fast ernst gemeint.

Als »Morgen des Glücks« hat der greise Wilhelm von Humboldt dieses Thüringen noch in seinen Alterssonetten beschrieben; und wenn es die blaue Blume je gäbe, dann hätten die Romantiker sie wohl in Thüringen gefunden. Es war schon ein eigenartiger Vorgang, dass sich die Gründerväter der ersten deutschen Republik aus dem von Revolutionswirren geschüttelten Berlin in die Thüringische Provinz begaben, um sich dort den humanistischen Geist von Weimar abzuholen und den Segen der Klassik dazu. Geholfen hat es ihnen freilich nicht.

Denn auch die Feinde der Republik saßen in Weimar, haben sich dort munitioniert und versucht, ihren Ungeist gegen Berlin und eine als dekadent

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 3/2020
ISSN 1619-4217
B 58 662



03

4 195981 604005

EDITORIAL

Allmacht
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Parlamentarische Demokratie: Ach, Thüringen
Johann Michael Möller 01

SEITE 2

Kulturmensch
Günther Bachmann 02

AKTUELLES

Initiative kulturelle Integration: Ja, wir schaffen das! Integration gelingt
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Weltkulturerbe: Das Grüne Band als Erinnerungslandschaft
Susanne Hassen 04

5 Minuten Urheberrecht: Was schützt das Urheberrecht?
Robert Staats 04

Deutscher Literaturfonds: »Die entscheidende Rolle spielt die literarische Qualität«
Theresa Brüheim im Gespräch mit Susanne Fischer und Wend Kässens 05

Schmähplastik in Wittenberg: Hass in Stein gemeißelt
Stephan Kosch 06

Anerkennung von NS-Opfergruppen: Keine Opfer zweiter Klasse
Eva Högl 07

Grevens Einwurf: Vom Schweigen
Ludwig Greven 07

Samsami fragt: Sonne in »Kaltland«
Behrang Samsami im Gespräch mit Björn Pätzoldt 08

OST-WEST-PERSPEKTIVEN

Stasi in Film und Fernsehen: Zwischen Lebenswirklichkeiten und Allmachtsfantasien
Theresa Brüheim im Gespräch mit Andreas Kötzling 09

DEFA-Stiftung: Paul und Paula und vieles mehr
Ralf Schenk 10

Mediales Erbe der DDR: Vorwärts in die Vergangenheit
Daria Gordeeva 10

Schauspielerfahrungen in BRD und DDR: Filmerfolg mal zwei
Behrang Samsami im Gespräch mit Marijam Agischewa 11

INTERNATIONALES

Villa Kamogawa: »Deutschland und Japan haben ähnliche Mantras des Fleißes«
Theresa Brüheim im Gespräch mit Enzio Wetzel 12

KULTURELLES LEBEN

Abenteurer und Autor Mario Goldstein im Porträt: Die Suche nach dem Glück
Andreas Kolb 13

Keuchels Kontexte: Spiegelung von Diskriminierung bleibt Diskriminierung!
Susanne Keuchel 13

Personennachrichten 14

Rezensionen 14

ARCHIVE

Archive als zentrale Kulturorte: Aus dem Schatten treten
Olaf Zimmermann 15

Was ist ein Archiv?: Ein Ort der Vergewisserung
Michael Hollmann 16

Archive und Wissenschaft: Das Überlieferungskomprimat
Rainer Hering 16

Überblick Schwerpunkt 16

Bundesarchiv: Das Alte mit neuen Methoden bewahren
Andrea Hänger 17

Zugang zu Archivgut: Für alle
Christine Axer 18

Überlieferung: Quellen zur Kolonialgeschichte
Tobias Herrmann 18

Digitalisierung: Auf dem Weg zum komplett digitalen Archiv
Stefan Kwasnitza 19

Stasi-Unterlagen: 111 Kilometer Aktenbestände, 2 Millionen Fotos, 23.000 Tondokumente
Hans Jessen im Gespräch mit Michael Hollmann, Roland Jahn und Olaf Zimmermann 20-21

Im Archiv...
Das Landesarchiv Baden-Württemberg – Gerald Maier 22

Das Stadtarchiv Halle (Saale) – Ralf Jacob 22

Das Historische Archiv des Erzbistums Köln – Ulrich Helbach 22

Die Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln – Ulrich S. Soénius 23

Das Deutsche Literaturarchiv Marbach – Sandra Richter 23

Das Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung – Günter Herzog 23

Alternatives Schrifttum: Freie Archive
Jürgen Bacia 24

Die Frauenbewegung in Deutschland hat Geschichte
Kerstin Wolff 24

Hessisches Landesarchiv: Von Wiesbaden über Darmstadt nach Marburg
Andreas Hedwig 25

Arbeit im Archiv: Berufsbild mit Perspektive
Susanne Freund 25

Fachzeitschrift Archivar: Bindeglied
Kathrin Pilger 26

Archivalische Zeitschrift: Fachlicher Austausch
Margit Ksoll-Marcon 26

Claussens Kulturkanzler
Johann Hinrich Claussen 27

MEDIEN

Privatfernsehen vs. Streaming: Das mediale Lagerfeuer erwärmt immer weniger Zuschauer
Helmut Hartung 27

Kurz-Schluss, P&K Trump-Fakes
Theo Geißler 28

Karikatur, Impressum 28

Fortsetzung von Seite 1

verunglimpft Moderne in Stellung zu bringen. Dass Thüringen zu jener Zeit ein Laboratorium dieser Moderne war und sie in all ihrer Janusköpfigkeit gerade aus der Provinz kam, ist einem Beobachter wie Harry Graf Kessler früh aufgefallen. In Weimar ließ sich das Gären der deutschen Gesellschaft in vivo betrachten. Aber gelebt hat auch er in dieser Stadt nie wirklich. Das Ende kennen wir alle. Zwei Diktaturen senkten sich über das Land und am Ende war Thüringen fast von der mentalen Landkarte verschwunden.

Ich kann mich noch gut an eine Begegnung wenige Monate nach dem Mauerfall in der Bezirksverwaltungsbehörde von Erfurt erinnern, als die dortige Protokollchefin vor einer Wandkarte stand und um die drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl mit dem Bleistift eine Linie zog. Das, sagte sie mit feierlicher Stimme, könne einmal wieder zu Thüringen werden.

Es ist ein Musterland der deutschen Einheit daraus geworden, und wenn das Wort von den blühenden Landschaften eine Berechtigung hat, dann gilt das für weite Teile von Thüringen. Es ist eine deshalb nicht leicht zu beantwortende Frage, warum die Entfremdung vom Westen mitunter dort am stärksten empfunden wird, wo die Angleichung der Lebensverhältnisse am weitesten fortgeschritten ist. Thüringen ist kein abgehangenes Hinterland. Thüringen lag auch nie im Osten, obwohl viele so reden. In diesen Tagen sind mir Ricarda Huchs »Lebensbilder deutscher Städte« wieder in die Hände gefallen. Da wird die geografische Wahrnehmung noch einmal deutlich, wie sie vor Krieg, Verbrechen und Teilung bestand. Nicht Ost und West bestimmte den Blick auf die Verhältnisse, der Unterschied hieß eher

DER AUSBLICK

4/20

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. April 2020.
Im Fokus steht das Thema »Industriekultur«.



Johann Michael Möller

Nord oder Süd. Erfurt gehörte genauso zur Mitte wie Aachen, Köln oder Frankfurt am Main.

Der Osten, wie wir ihn heute kennen, ist ein Ergebnis der Teilung und des jahrzehntelangen Vergessens. Dass er in all den Jahren seit dem Mauerfall nicht wieder verschwunden ist, gehört zu den Rätseln der Einheit. Ja, man muss leider eingestehen, dass sich die Zuordnung zum Osten gerade wieder mit Leben erfüllt. Von der Erfindung der Ostdeutschen ist die Rede und diese westliche Etikettierung verwandelt sich in einen trotzigen Eigenbegriff. Es sind vor allem die Erfahrungen der Nachwendjahre, aus denen sich die heutige Misere erklärt. Der Rückgriff auf ein immer noch gefährlich vagabundierendes ideologisches Erbe reicht da nicht aus.

Schieben wir die historischen Vorhänge einmal beiseite, dann erscheint die Thüringer Regierungskrise eben nicht zuvörderst als ein Problem der Vergangenheit. Dann werden die aktuellen politischen Umstände sichtbar und die Fehler des handelnden Personals. Vielleicht ist das Preis dafür, dass die politischen Überväter von einst wie Kurt Biedenkopf in Sachsen, Bernhard Vogel in Thüringen, aber auch Manfred Stolpe in Brandenburg eine politische Normalität vorgaben, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit nie ganz entsprach. Aber wie sollte es auch anders sein, nach

dem existenziellen Umbruch von 1989 und den Jahrzehnten der Prägung davor. Dass die neuen Ländern sich mit vielen anderen postkommunistischen Staaten des Ostens diese Erfahrung teilten und sich darin womöglich näher stehen als dem Westen, ist lange nicht aufgefallen, macht aber begreiflich, warum ein freihetliches bürgerliches Selbstverständnis erst wieder wachsen musste.

Was die Ereignisse in Thüringen dagegen deutlich machen, ist die Verletzlichkeit der parlamentarischen Demokratie, wenn ihr keine wache Zivilgesellschaft zur Seite stünde. Der Konstanzer Verfassungsrechtler Christoph Schönberger sprach von der burlesken Weise, wie die Vorgänge in Erfurt die »verfassungsrechtlichen Stabilitätsmythen der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte« demütiert hätten, wobei das Wort burlesk in diesem Zusammenhang kaum angemessen erscheint. Tatsächlich zeigt die öffentliche Reaktion auf Thüringen aber, dass das gesellschaftliche Korrektiv funktioniert. Wenn überhaupt, dann war es der öffentliche Druck, der das schnelle Einlenken erzwang.

Das kann trotzdem nicht frohgemut stimmen. Denn wenn man einmal alle grundsätzlichen Fragen für einen kurzen Moment beiseitelegt, wird auch der



Wahrnehmungs- und Ansehensverlust von Politikern sichtbar, die das taktische Kalkül inzwischen zur wichtigsten Richtschnur ihres Handelns machen. Ein glückloser, mit allen Tricks um sein politisches Überleben kämpfender Oppositionsführer ist da nicht besser, als so mancher Regierungsvertreter, der partout nicht einsehen wollte, dass auch er die Wahl verloren hat.

Auch wenn man sich sträubt, es so dramatisch zu sagen: Aber unsere Demokratie befindet sich in einem riskan-

ten Stresstest und ob die repräsentativen Formen der politischen Willensbildung das überleben können, ist keine akademische Frage mehr. Sie hängt, wie könnte es in einer freiheitlichen Gesellschaft anders sein, ganz entscheidend vom Verhalten derer ab, die ein öffentliches Amt bekleiden. Sie müssen sich bewusst sein, was ihr Amt erfordert und was der Unterschied ist zwischen diesem Amt und der eigenen Person.

In Thüringen ist mehr ins Rutschen geraten als nur die Mehrheitsbildung im Parlament. Dort geht es um demokratische Spielregeln. Dort geht es um po-

litischen Anstand und um persönliche Integrität. Und dort geht es darum, eine gemeinsame Sprache wieder zu finden. Die linke und die bürgerliche Seite des demokratischen Spektrums, hat ein kluger Kommentator jetzt bemerkt, leiste sich einen Bruderzwist, »der von der Unversöhnlichkeit über die Sprachlosigkeit schließlich in die Zersplitterung« führe. Ach, Thüringen! – möchte man rufen. Passt auf, was ihr dort tut.

Johann Michael Möller ist freier Publizist und Herausgeber der Zeitung »Petersburger Dialog«

Kulturmensch Günther Bachmann

19 Jahre lang, seit der ersten Einsetzung im Jahr 2001, leitet Günther Bachmann die Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), seit 2007 hat er die Position des Generalsekretärs inne und koordiniert die Arbeit des Nachhaltigkeitsrates.

Bachmann hat den RNE, der die Bundesregierung in allen Fragen der nachhaltigen Entwicklung unterstützt, für die Kultur geöffnet. In wissenschaftlichen Beiräten, Stiftungen und in internationalen Netzwerken treibt er mit Impulsen und Initiativen das Nachhaltigkeitsdenken in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft voran. Ein besonderes Anliegen von ihm ist, die Nachhaltigkeitsdebatte aus der Umweltschutz- und Entwicklungshilfecke herauszuführen und dem notwendigen kulturellen Wandel mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Fonds Nachhaltigkeitskultur, der sich an den Kulturbereich richtet, ist ein konkretes Beispiel seines Wirkens. Anfang März übergibt Bachmann sein Amt an seinen Nachfolger Marc-Oliver Pahl. Politik

& Kultur dankt Günther Bachmann für seinen langjährigen Einsatz. Seit 2014 ist Bachmann Honorarprofessor an der Leuphana Universität Lüneburg. Er ist Vorsitzender der Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises, den er mit ins Leben gerufen hat, sowie des Next Economy Awards, einer Auszeichnung für Start-ups, die auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit setzen.



FOTO: RNE / NOEL TOVIA MATOFF

Ja, wir schaffen das! Integration gelingt

Deutsch lernen, Erwerbsarbeit und Bürgerschaftliches Engagement sind die Schlüssel

OLAF ZIMMERMANN UND
GABRIELE SCHULZ

Wir schaffen das«, dieser Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2016 ist zu einer Chiffre für die Flüchtlingspolitik im Sommer 2016 geworden und gehört sicherlich zu den meist zitierten und meist umstrittenen Sätzen der letzten Jahre. Vermutlich wurde in diesen Satz mehr hineininterpretiert, als eigentlich intendiert war.

Die vom Deutschen Kulturrat initiierte Initiative kulturelle Integration hat mit ihren 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« (kulturelle-integration.de) im Jahr 2017 eine gemeinsame Position vorgelegt, die von dem Grundverständnis getragen ist, dass Integration in der Vergangenheit in Deutschland

Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, weisen bessere Deutschkenntnisse auf

gelingen ist und auch in Zukunft gelingen wird. Migration und Integration sind Bestandteil der europäischen und der deutschen Geschichte. Gerade Deutschland als Land in der Mitte Europas ist seit Jahrhunderten durch Migration geprägt, was sich nicht zuletzt in der deutschen Sprache mit ihren vielen Lehnwörtern aus anderen Sprachen zeigt.

In den 15 Thesen hat die Initiative kulturelle Integration Gelingensbedingungen für kulturelle Integration formuliert. Sie hat dabei bewusst auf den Begriff der Leitkultur verzichtet – nicht zuletzt, weil dieser Begriff zumeist ausgrenzend benutzt wird. Vielmehr wird in kurzen knappen Thesen, die mit Erläuterungen versehen sind, ein Diskussionsbeitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt in Vielfalt geleistet. Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration vertreten dabei ein breites Spektrum an Institutionen und Organisationen, verschiedene politische Ebenen und Interessen. Sie stehen für ein vielfältiges Engagement und den Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft. Integration betrifft alle in Deutschland lebenden Menschen. Jede und jeder kann hierzu einen Beitrag leisten.

Bedeutung: Deutsch lernen

Eine der Thesen befasst sich mit der deutschen Sprache. In These 12 ist zu lesen: »Deutsche Sprache ist Schlüssel zur Teilhabe« und weiter in der Erläuterung »Unsere gemeinsame deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen am gesellschaftlichen Leben. Sie ist das unverzichtbare Mittel zu gleichberechtigter Kommunikation und damit Grundvoraussetzung für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sprache ist aber nicht nur Kommunikationsmittel, sie ist zugleich Kulturgut, das in Dichtung und Literatur ihren Ausdruck findet und den Zugang zu Kultur und Gesellschaft ermöglicht.«

Da der Spracherwerb einer der Schlüssel für erfolgreiche Integration ist, wird in Integrationskursen ein besonderes Augenmerk hierauf gerichtet. Die im Februar 2020 vorgelegte Kurzanalyse des Forschungszentrums Mig-

ration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (im Folgenden: BAMF-Kurzanalyse) belegt, dass Flüchtlinge ihre Deutschkenntnisse weiter verbessern und sogar 44 Prozent der Befragtenangaben, sehr gute Deutschkenntnisse zu haben. Befragt wurden im Rahmen einer Sonderhebung des Sozio-Ökonomischen Panels Flüchtlinge, die im Zeitraum von 2013 bis 2016 nach Deutschland gekommen sind. Es ist die dritte Befragungswelle dieser Gruppe. In der zweiten und dritten Welle wurden auch Flüchtlinge befragt, die erst im Jahr 2016 in Deutschland angekommen sind. In der BAMF-Kurzanalyse wird darauf verwiesen, dass viele im Jahr 2016 angekommenen Flüchtlinge, insbesondere aus Syrien, ungünstige Voraussetzungen für den Deutschwerb haben, da ihre Herkunftssprache »eine vergleichsweise hohe linguistische Distanz zur deutschen Sprache« aufweist. Oder anders gesagt: Arabisch gehört nicht zur indo-europäischen Sprachfamilie, weshalb der Spracherwerb schwieriger ist. Ebenfalls werden das Fehlen von Kenntnissen in der lateinischen Schrift und eine hohe Lerngewohnheit als Probleme angeführt. Umso erfreulicher ist es, dass so viele der Befragten inzwischen Deutschkenntnisse erworben haben. Nur noch fünf Prozent der Befragten gab an, keine Deutschkenntnisse zu haben. Der weitaus größte Teil verfügt also über Deutschkenntnisse, teilweise, wie erwähnt, sogar sehr gute. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die Befragten zum Zeitpunkt der Ankunft in Deutschland über keine Deutschkenntnisse verfügten.

Die BAMF-Kurzanalyse belegt, dass sich die Investition in Integrations- und in Deutschkurse lohnt. Besonders positiv entwickeln sich die Deutschkenntnisse bei Personen, die im Herkunftsland ein hohes Bildungsniveau erreicht haben bzw. die Kontakte zu Deutschsprachigen haben. Insbesondere Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, weisen bessere Deutschkenntnisse auf. Zu bedauern ist, dass Frauen, die Kinder unter vier Jahre zu Hause betreuen, wenig Deutschkenntnisse haben. Auf diese Gruppe sollte daher ein besonderes Augenmerk gelegt werden, damit die Integration gelingt.

Bedeutung: Erwerbsarbeit

Die Integration in den Arbeitsmarkt war auch ein Thema in der Initiative kulturelle Integration. Sie formulierte in These 14 »Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt« und weiter »Erwerbsarbeit besitzt große Integrationskraft. Sie bringt die Gesellschaft und die einzelnen Menschen zusammen. Sie begründet Stolz und Identifikation mit dem aus eigener Kraft Geleisteten. Sie gibt dem Alltag Struktur, ermöglicht Kommunikation und fördert so ganz entscheidend den sozialen Zusammenhalt. Weil Erwerbsarbeit eine so große Bedeutung hat, ist der Zugang aller erwerbsfähigen Menschen zum Arbeitsmarkt besonders wichtig. Das gilt, ganz unabhängig davon, ob sie neu in Deutschland sind oder schon lange hier leben, ob sie Beeinträchtigungen haben oder nicht. Die Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, ob sie angemessene Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt bietet.«

Das »Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge« hat ebenfalls im Februar dieses Jahres aktuelle Daten

zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt vorgelegt. Im Netzwerk engagieren sich klein- und mittelständische Unternehmen. Mehr als jedes zweite Unternehmen, das dem genannten Netzwerk angehört, bildet Flüchtlinge aus. Die Zahl der Flüchtlinge, die eine Ausbildung im dualen System in Unternehmen des genannten Netzwerks absolvieren, ist von 35 Prozent im Jahr 2016 auf 56 Prozent im Jahr 2019 gestiegen, das ist ein beträchtlicher Zuwachs. Zurückgegangen ist die Zahl der Flüchtlinge, die ein Praktikum absolvieren. Sie lag im Jahr 2016 bei 51 Prozent und beträgt im Jahr 2019 40 Prozent. Diese Zahl ist ein Hinweis darauf, dass ein Praktikum teilweise in eine Ausbildung einmündet, die den Absolventinnen und Absolventen deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet. Der Bedarf an Fach- und Hilfskräften in den Unternehmen ist ein wichtiger Treiber für die Beschäftigung von Flüchtlingen.

Der weitaus größte Teil der befragten Unternehmen unterstützt Flüchtlinge bei der Integration. Lediglich vier Prozent der Unternehmen gaben an, Flüchtlinge beim Ankommen im Betrieb nicht zu unterstützen. Demgegenüber unterstützen 96 Prozent Flüchtlinge. Dies ist ein Beleg für das Engagement von Unternehmen in der Integration. Am häufigsten werden Flüchtlinge bei Behördengängen unterstützt, gefolgt von zusätzlichen Sprachkursen sowie Nachhilfe für Auszubildende. Unternehmen wissen offenbar das Potenzial von Flüchtlingen für ihr eigenes Unternehmen zu schätzen und engagieren sich entsprechend. Werden die Unternehmen nach Herausforderungen gefragt, so rangieren Schwierigkeiten in der Berufsschule mit 38 Prozent sowie Unsicherheiten in der Personalplanung mit 37 Prozent oben. Sprachliche Hürden wurden von 26 Prozent als Herausforderung genannt.

Der Bedarf an Fach- und Hilfskräften in den Unternehmen ist ein wichtiger Treiber für die Beschäftigung von Flüchtlingen

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft herausfordert. Die hier skizzierten empirischen Ergebnisse belegen erfreulicherweise, dass Integration gelingt und vor allem, dass wir es schaffen.

Bedeutung: Bürgerschaftliches Engagement

Zum Gelingen trägt neben dem staatlichen Handeln wesentlich das bürgerschaftliche Engagement bei, sei es in Vereinen, in den Kirchen und Religionsgemeinschaften, in den Unternehmen und anderen mehr. Die Initiative kulturelle Integration hat sich daher auch vorgenommen, sich in diesem Jahr besonders dem bürgerschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Engagement für Zusammenhalt in Vielfalt zu widmen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sprecher der Initiative kulturelle Integration. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

deutsches
literatur
archiv marbach

Hölderlin,
Celan,
und die Sprachen
der Poesie

19. März – 29. November 2020
Literaturmuseum der Moderne,
Marbach

www.dla-marbach.de

Hölderlin.
2020

Das Grüne Band als Erinnerungslandschaft

BUND und Deutscher Kulturrat befürworten UNESCO-Bewerbung

SUSANNE HASSEN

Die Menschen stapfen neben- und hintereinander den Weg entlang. Schnee bedeckt die Wiese rechterhand und das Gelände bis zum Graben auf der linken Seite. Was wie ein winterlicher Gruppenspaziergang in der freien Natur aussieht, hat europäische Dimensionen. Denn die Gruppe – Teilnehmer eines Seminars im Evangelischen Bildungszentrum Bad Alexandersbad (EBZ) – läuft auf dem betonierte ehemaligen Kolonnenweg der DDR-Grenzpatrouillen mitten im Grünen Band, der heutigen Lebenslinie, die einst eine tödliche Grenze war.

»Nachhaltigkeit braucht Heimat. Das Grüne Band als Erinnerungsort und Chancen für periphere ländliche Räume« ist die bundesweite Tagung überschrieben, die der BUND und der Deutsche Kulturrat in Zusammenarbeit mit dem EBZ organisiert haben. Unter der Leitung von Hubert Weiger, BUND-Ehrevorsitzender, Kulturrats-Geschäftsführer Olaf Zimmermann, und Joachim Twisselmann vom EBZ diskutierten gut 50 Teilnehmer drei Tage lang Aspekte rund um das »Grüne Band« und die Frage einer Nominierung als UNESCO Weltnatur- und -kulturerbe.

»Können der Umwelt- und der Naturbereich strukturell zusammenarbeiten?«, fragte und bejahte sogleich die auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinende Zusammenarbeit von BUND und Deutschem Kulturrat, die tatsächlich aus der gemeinsamen Kritik an TTIP vor einigen Jahren heraus entstanden war.

»Natur ohne Kultur hat in einer Gesellschaft keine Perspektive«, betonte Hubert Weiger in seinen Eingangsworten. Das nahm die Präsidentin des Deutschen Kulturrates, Susanne Keuchel, in ihrem Einführungsvortrag auf. Betrachte man nämlich Naturschutz als Bewahrung und Kulturbildung als Gestaltung von Heimat, so könne man in diesem Zusammenspiel »Nachhaltigkeit als Visionen begreifen«, um Heimat für heutige und nachkommende Generationen gut zu gestalten.

An Beispielen aus ihrer persönlichen Vergangenheit in der damaligen DDR erläuterte Schriftstellerin und Psychologin Kathrin Schmidt, wie das Verhalten Erwachsener durch ihre Erinnerungen geprägt ist. Das aus dem Eisernen Vorhang entstandene Grüne Band sei ein wichtiges Zeichen im auseinanderdriftenden Europa, meinte Joachim Leonhard als UNESCO-Fachmann. Eine zentrale historische Chance für Mensch und Natur über Europa hinaus nannte Hubert Weiger das Grüne Band, das deshalb alle Voraussetzungen als Weltnatur- und -kulturerbe habe.

Natur ohne Kultur hat in einer Gesellschaft keine Perspektive

Dieser von der Natur eroberte Grenzstreifen wurde bereits im November 1989 von Naturschützern aus Ost und West als schützenswertes Gebiet so benannt. Mit einer Gesamtlänge von mehr als 12.500 Kilometern, 1.393 davon in Deutschland, reicht das Grüne Band Europa vom Eismeer an der norwegisch-russischen Grenze, über die Ostseeküste, durch Zentraleuropa und

den Balkan bis an das Schwarze Meer. Seit 2014 vertritt der European Green Belt Association e. V. die Initiative Grünes Band Europa aus 150 zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen mit dem Ziel, es als UNESCO Weltnatur- und Kulturerbe zu sichern.

Kai Frobels, Initiator der ersten Stunde als »Vater des Grünen Bandes«, und Liana Geidezis vom BUND Fachbereich Grünes Band ließen Entstehungsgeschichte und Dimensionen dieser beeindruckenden Lebenslinie deutlich werden. Trotz der verständlichen Zerstörungswut an den verhassten Grenzanlagen nach der Wende gibt es in Deutschland fast 50 Grenzlandmuseen und Erinnerungspunkte entlang des Grünen Bandes. Unzählige Aktionen unter dem Motto »Erlebnis Grünes Band« reichen von Buchreihen über Internationale Jugendcamps und Schulprojekte bis zu Zeitzeugengesprächen. Natur, Kultur und Geschichte werden dabei immer als eins betrachtet.

Dazu passte auch das abendliche Konzert »Wu is mei Heimat?« des fränkischen Theologen und Liedermachers Wolfgang Buck, der Sprache und Landschaft als deren wichtige Bestandteile ausmachte.

Chancen und Bedeutung des Grünen Bandes als Erinnerungsort in der Peripherie thematisierte eine abschließende Podiumsdiskussion. Joachim Twisselmann machte das Grüne Band in seiner Doppelfunktion zum Schutz der Natur und zur Stärkung des Menschen als »Dritten Ort« aus.

Als »großer Fan des Grünen Bandes« erklärte sich Peter Berek, Bürgermeister der kleinen Gemeinde Bad Alexandersbad im Fichtelgebirge. Den Begriff »Heimat« wolle man positiv besetzen und auf keinen Fall den Rechten überlassen. »Und einen gemeinsamen Heimatraum schaffen« ergänzte Birgit Seelbinder, denn der Heimatbegriff in



Das Grüne Band von der ehemaligen Grenze im Landkreis Nordhausen

FOTO: KLAUS LEIDORE

der Region war bis 1990 definiert als Zonenrandgebiet. Die langjährige Oberbürgermeisterin von Marktredwitz ist seit 28 Jahren Präsidentin der Euregio Egrensis und erfahren in grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Olaf Zimmermann wies deutlich darauf hin, dass es nicht reiche, nur die Orte zu schaffen. An die Politik gerichtet, mahnte er die entsprechenden Mittel für Betriebskosten und Personal an. Martin Geilhufe, Landesbeauftragter des Bund Naturschutz Bayern, plädierte für Dritte Orte als Möglichkeit einer direkten Auseinandersetzung, um im Gespräch unterschiedliche Meinungen austauschen und auch Grenzen setzen zu können. Die Glaubwürdigkeit eines kirchlichen Hauses wie das EBZ – auch für Kirchenferne – unterstrich Joachim Twisselmann. Es sei vor allem wichtig, ein moralisches Fundament in der Gesellschaft zu bestärken und zu erhalten.

Beim Besuch der Gruppe im Deutschen Museum Mödlareuth, dem winzigen Ort mitten im Grünen Band, den die Grenze einst zerschnitt, rückt die Erinnerung dann noch einmal ganz nahe.

Zwar sind im Winter weder Braunkohlchen noch Arnika oder andere der hunderte seltener Tier- und Pflanzenarten zu sehen, jedoch ist es das Wissen darum, dass die Natur sich in der Todeslinie durchgesetzt und mithilfe des Menschen in eine ganzheitlich-kulturelle Lebenslinie gewandelt hat, welches zu umfassender Hoffnung Anlass gibt. Am Ende steht deshalb ein eindeutiges Ja zur Unterstützung einer UNESCO-Bewerbung.

Susanne Hassen ist freie Journalistin und Multiplikatorin der Projekte »Curriculum InterculturalALE« und »Bildungsbrücken bauen« von DVV-international

Was schützt das Urheberrecht?

Persönliche geistige Schöpfungen

ROBERT STAATS

Urheberrecht ist Werkschutz. Um ein Werk im Sinne des Urheberrechtsgesetzes handelt es sich aber nur, wenn die Voraussetzungen für eine »persönliche geistige Schöpfung« vorliegen. Das klingt fast biblisch, steht aber exakt so im Gesetz. Was aber ist eine persönliche geistige Schöpfung? Mit dieser Frage befassen sich juristische Kommentare und Lehrbücher auf vielen Seiten. Dabei wird zumeist nach verschiedenen Werkkategorien, wie beispielsweise Sprachwerke, Werke der Musik, Werke der bildenden Kunst, Lichtbildwerke oder Filmwerke unterschieden. Diese finden sich im Gesetz aufgezählt, die Liste der dort genannten Werkarten ist aber keineswegs abschließend. Und es bleibt in jedem Fall dabei, dass es sich um eine persönliche geistige Schöpfung handeln muss. Einigkeit besteht darin, dass bloße Ideen nicht geschützt sind. Gleiches gilt für einen bestimmten Schreibstil oder eine besondere Maltechnik. Geschützt ist vielmehr nur die konkrete Gestaltung eines Werkes. Die bloße Idee zu einem Roman ist demnach urheberrechtlich nicht geschützt, die schriftliche Fassung aber ohne jeden Zweifel. Gleiches kann auch schon für Entwürfe oder Manuskripte gelten, wenn diese bereits hinreichend ausgestaltet sind. Nicht al-

les, was eine Form erhalten hat, genießt aber bereits einen urheberrechtlichen Schutz. Vielmehr muss eine bestimmte »Gestaltungshöhe« erreicht werden, es darf sich also nicht um eine gänzlich alltägliche Produktion handeln, sondern um eine Leistung, der eine gewisse Originalität zukommt. Sehr hoch wird dabei die Messlatte allerdings nicht gelegt. Vielmehr ist auch die sogenannte »kleine Münze« geschützt.

Zugegeben: Das klingt alles etwas schwammig. Viel genauer lässt es sich aber leider kaum sagen. Gelegentlich landen Streitfälle vor Gericht und auch hier lässt sich häufig nur schwer einschätzen, wie die Gerichte im Ergebnis entscheiden werden. Dabei geht es nicht nur um Verfahren vor deutschen Gerichten, auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) befasst sich mit dem urheberrechtlichen Werkbegriff. So hat der EuGH in der berühmten »Infopaq«-Entscheidung einen Urheberrechtsschutz bereits bei elf aufeinander folgenden Wörtern für möglich gehalten (EuGH, Urteil vom 16.7.2009 – C-5/08). Es wäre auf der anderen Seite aber zu einfach, den Schutz von Schriftwerken lediglich an einer bestimmten Anzahl von Wörtern festzumachen. Vielmehr hat der EuGH in einem neueren Urteil,

in der es um die Veröffentlichung von militärischen Lageberichten, den sogenannten »Afghanistan-Papieren«, ging, erneut deutlich gemacht, dass es entscheidend darauf ankommt, ob der Urheber »seinen schöpferischen Geist in origineller Weise« zum Ausdruck gebracht und freie kreative Entscheidungen getroffen hat; geistige Anstrengungen oder Sachkenntnis für sich genommen sind dagegen unerheblich. (EuGH, Urteil vom 29.7.2019 – C-469/17).

Wie aber würden Sie – auf der Grundlage des soeben gesagten – folgenden Fall entscheiden, mit dem sich – ausweislich einer Pressemitteilung vom 20. Dezember 2019 (6 W 927/19) – kürzlich die Münchener Gerichte befasst haben:

Das berühmte Zitat »Früher war mehr Lametta« aus dem Sketch »Weihnachten bei Hoppenstedts« von Loriot war auf T-Shirts gedruckt und kommerziell vertrieben worden. Dagegen wandten sich die Erben von Loriot. Es kam darauf an, ob die weihnachtliche Provokation von Opa Hoppenstedt urheberrechtlich geschützt war. Originalität? Kreativität? Das Landgericht und das Oberlandesgericht München haben einen Werk-

schutz verneint, weil die erforderliche Schöpfungshöhe nicht erreicht sei. Sie hätten anders entschieden? Das zeigt, wie schwierig die Abgrenzung ist.

Auch Bearbeitungen genießen Werkschutz, wenn es sich um persönliche geistige Schöpfungen handelt. Das ist beispielsweise bei Übersetzungen regelmäßig der Fall. Geht es nicht um die Gestaltung eines inhaltlichen Stoffes durch den Urheber, sondern um eine Auswahl und Anordnung von einzelnen Elementen, die in einer Sammlung zusammengefasst werden, so kommt ein Schutz als Sammelwerk in Betracht. Das Besondere ist hier, dass es sich bei der Auswahl und Anordnungsentscheidung um eine persönliche geistige Schöpfung handeln muss. Davon ist beispielsweise bei Gedichtanthologien auszugehen. Geschützt sind schließlich auch Datenbankwerke sowie Computerprogramme. Kein Urheberrechtsschutz besteht dagegen kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung bei amtlichen Werken, wie Gesetzen, Verordnungen oder Gerichtsentscheidungen; diese sollen für die Allgemeinheit frei zugänglich sein.

Wichtig ist, dass urheberrechtlich geschützte Werke nur durch Menschen, nicht aber durch Tiere oder Maschinen geschaffen werden können. Wie aber geht man mit Presseartikeln, Bildern oder Musikstücken um, die aufgrund von künstlicher Intelligenz (KI) auto-

nom entstehen? Nach geltendem Recht ist die Sache klar: Ein Urheberrechtsschutz scheidet aufgrund des Schöpferprinzips aus. Dennoch wird ein etwaiger Schutz von KI-Erzeugnissen derzeit besonders intensiv diskutiert. Wie auch immer rechtliche Lösungen am Ende aussehen könnten, an dem persönlichkeitsrechtlichen Ansatz des Urheberrechts sollte nicht gerüttelt werden.

Auf den Werkbegriff kommt es nicht an, soweit es um den Schutz von Leistungen durch sogenannte »verwandte Schutzrechte« geht. Diese Rechte stehen beispielsweise Musikern und Schauspielern oder Film- und Tonträgerproduzenten zu. Derartige Leistungsschutzrechte verfolgen ein anderes Schutzkonzept als das Urheberrecht; hierauf wird später noch einzugehen sein. Fortsetzung folgt.

Robert Staats ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Wort und Vorsitzender des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates

INFO

Roberts Staats erläutert in jeder Ausgabe von Politik & Kultur prägnant und verständlich einzelne Aspekte des Urheberrechts. Lesen Sie alle Beiträge unter: bit.ly/321QhKk

5 MINUTEN URHEBERRECHT

»Die entscheidende Rolle spielt die literarische Qualität«

Der Deutsche Literaturfonds feiert das 40. Jubiläum

Der Deutsche Literaturfonds wird 40 – herzlichen Glückwunsch! Damit zählt er zu den ersten und ältesten deutschen Kulturförderfonds. Politik & Kultur nimmt das Jubiläum zum Gesprächsanlass: Theresa Brüheim traf zwei der drei Vorstandsmitglieder – Susanne Fischer und Wend Kässens.

Theresa Brüheim: In diesem Jahr feiert der Deutsche Literaturfonds sein 40. Jubiläum. 1980 wurde er gegründet. Wie kam es damals dazu? Er war ja einer der ersten Kulturförderfonds in der Bundesrepublik.

Susanne Fischer: Willy Brandt wollte schon viel früher die Nationalstiftung zur Förderung der Kultur gründen. Dieses Projekt versickerte dann in der Politik, aber das Geld, das zurückgestellt war, blieb. Aus diesem Anlass sah man eine Chance, den Deutschen Literaturfonds zu gründen. So taten sich dann sieben literarische Verbände zusammen.

Wend Kässens: Es waren die sieben wesentlichen Verbände, die es damals gab: Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS), P.E.N., Akademie für Sprache und Dichtung, Börsenverein des deutschen Buchhandels, VG Wort, Freier Autorenverband und Deutscher Bibliotheksverband. Sie haben sich zusammengetan und die Unterschriften für die Gründung des Deutschen Literaturfonds geleistet. Bereits 1976, also vier Jahre vor der Gründung, wurde eine Art Satzung aufgestellt, in der festgehalten wird, dass der Deutsche Literaturfonds eine völlig unabhängige Institution sein soll. Darüber hinaus wurde damals schon die Qualitätsfrage festgeschrieben.

In den letzten 40 Jahren sind zu den sieben Gründungsmitgliedern keine weiteren hinzugekommen.

Kässens: Das stimmt, aber die Satzung lässt es zu. Und es gibt Überlegungen, die Trägerschaft zu erweitern.

1981 förderte der Deutsche Literaturfonds zum ersten Mal. Wie sah diese allererste Förderrunde aus?

Kässens: In den ersten Runden sind zwischen 400 und 500 Bewerbungen im Jahr eingegangen. Der Bedarf war sehr groß. Im Vergleich: Jetzt sind es anhaltend etwa 350 Bewerbungen pro Jahr. Davon werden zwischen 10 bis 12 Prozent positiv beschieden. Das heißt, die, die nichts bekommen, sind in der Mehrzahl. Und das wirft natürlich Probleme auf. Diese Probleme gab es schon zu Beginn und sie haben sich bis heute nicht verändert. Die Skepsis gegenüber der Institution und ihrer Arbeit ist geblieben.

Fischer: Aber zu Beginn gab es auch wesentlich mehr Stipendien als heute. Das heißt, die Autorinnen und Autoren haben eine geringere Fördersumme erhalten. Damals wurde das Geld vom Bundesministerium des Innern zugewendet. Später wurde die Kulturstiftung des Bundes mit der Vergabe der Gelder beauftragt. Seit einigen Jahren ist für die Kulturförderfonds die Staatsministerin für Kultur und Medien zuständig. Es gab auch Phasen der finanziellen Unsicherheit, gerade nach den ersten fünf Jahren des Bestehens war der Fortbestand des Deutschen Literaturfonds nicht gesichert, weil das ursprünglich zur Verfügung gestellte Geld verbraucht und der Fortgang nicht klar war.

Seit Herbst 2018 erhalten Sie zwei Millionen Euro im Jahr. Welche Förderinstrumente setzen Sie genau ein, um dieses Geld zu verteilen?

Fischer: Es sind natürlich nach wie vor Autorenstipendien. Sie sind unser Kerngeschäft. Das heißt genauer, Autorinnen und Autoren erhalten bis zu einem Jahr eine finanzielle Förderung, sodass sie in Ruhe an ihren Projekten arbeiten können. Es gibt darüber hinaus auch Preise, die wir vergeben. Außerdem gibt es zwei Auslandsstipendien, übrigens schon seit der Anfangszeit, das New York Stipendium und das London Stipendium. Daneben gibt es Projekte und Kooperationen, in denen wir uns engagieren. *Kässens:* Nicht zu vergessen: Wir fördern auch Übersetzungen ins Deutsche, wenn sie die deutsche Literatur bereichern.

Inwieweit gibt es da Überschneidungen mit dem Deutschen Übersetzerfonds?

Kässens: Wir kommen uns nicht in die Quere. Denn beim Deutschen Literaturfonds sind Stipendien für Übersetzungen eher die Ausnahme. Dazu vergeben wir den Paul-Celan-Preis für eine herausragende Übersetzung. Im Vergleich zum Deutschen Übersetzerfonds ist der Anteil, den wir auf diesem Gebiet leisten können, sehr viel geringer.

Bleiben wir bei der Autorenförderung. Welche Kriterien müssen Autorinnen und Autoren erfüllen, um vom Deutschen Literaturfonds gefördert zu werden?

Fischer: Gefördert wird deutschsprachige Literatur. Die Bewerber müssen als Voraussetzung bereits ein Buch veröffentlicht haben, allerdings nicht im Selbstverlag. Wir fördern keine absoluten Newcomer. Das sind vielleicht Kriterien, die man mit den Änderungen im Publikationswesen überdenken muss. Aber im Moment ist es so. Das Alter der Bewerber ist nach oben hin offen. Eingereicht werden müssen ein Exposé für das Projekt, an dem gearbeitet wird, eine kurze Biobibliografie und, wichtig, 20 ausgearbeitete Seiten aus dem Projekt. Entscheidend ist die literarische Qualität. Dafür gibt es ein Kuratorium, das mit jeweils einem Vertreter aus den sieben Mitgliedsverbänden besetzt ist. Sie lesen die Anträge, die vorher von einem Lektor unverbindlich begutachtet wurden. Alle Kuratoren bekommen wirklich jeden Antrag zumindest komprimiert zu sehen. Und dann wird darüber gestritten, was herausragende literarische Qualität ist, und was weniger. Das sind spannende Sitzungen, es wird engagiert über Literatur geredet und am Ende steht eine Mehrheitsentscheidung oder auch ein Konsens. *Kässens:* Ganz wichtig ist zu ergänzen, dass die Kuratoriumsmitglieder wechseln. Die Autorinnen und Autoren sind nicht den immer gleichen Entscheidern gegenübergestellt. Bisher wurden die Kuratoriumsmitglieder für drei Jahre gewählt. Das wird jetzt auf zwei Jahre reduziert, damit die Fluktuation in der Jury höher wird. Das Kuratorium tagt dreimal im Jahr. Bisher waren es nur zweimal. So wollen wir schneller auf Einreichungen reagieren.

2019 hat der Deutsche Literaturfonds neben 35 Autorenstipendien acht Projektzuschüsse vergeben. Für diese können sich Verbände

und Initiativen bewerben. Wie sieht das in der Praxis aus?

Fischer: Das ist ganz unterschiedlich. Wichtig ist aber vor allem die überregionale Strahlkraft der Projekte. Z. B. gibt es Literaturzeitschriften, die für Sondernummern eine Projektförderung beantragen.

Kässens: Wir haben eine Kooperation mit dem Drama Forum in Graz und dem Grazer Schauspielhaus. Da fördern wir die Ausbildung von Dramatikern. Das von vier Stipendiaten pro Jahr Erarbeitete kann dann im Schauspielhaus oder an anderen Theatern gleich erprobt werden. Auch das Drama Forum hat für diesen Zweck ein kleines eigenes Theater. Höhepunkt dieser Ausbildung ist ein jährliches »DramatikerInnenfestival«, auf dem die Arbeiten präsentiert werden, es Einblicke in das Seminar gibt und Dramatiker aus ganz Europa über wichtige Themen debattieren. Solche Kooperationen sind über mehrere Jahre angelegt.

Fischer: Eine weitere Kooperation ist »Weiter Schreiben«. Diese Berliner Initiative arbeitet mit geflüchteten Autoren. Es finden sich Tandems zusammen, bestehend aus einem deutschen und einem geflüchteten Autor. Es geht darum, die Sprache zu erlernen, Kontakte herzustellen, gemeinsam an Übersetzungen zu arbeiten und Publikationsmöglichkeiten zu finden oder zu schaffen. Das sind Beispiele für Projektzuschüsse und Kooperationen.

darum, auch das Problematische oder das Schwergängige mit Qualität zu ermöglichen. Das gilt auch für die Jugendliteratur.

Welche Ziele verfolgen Sie als Deutscher Literaturfonds mit den verschiedenen Förderinstrumenten?

Fischer: Es geht darum, gute Literatur jenseits der Marktkriterien zu ermöglichen. Natürlich gibt es auch gute marktgängige Literatur, das ist nicht die Frage. Wer ohnehin sein Auskommen auf dem Buchmarkt findet, der bewirbt sich nicht bei uns. Aber die anderen, die ihre qualitativ hochwertige literarische Arbeit mit einem anderen Job finanzieren, diese damit unterbrechen müssen, die fördern wir. Denn diese schleichende Entprofessionalisierung kann nicht richtig sein.

Ende Januar sind Sie mit einer Tagung im Deutschen Literaturinstitut Leipzig in das Jubiläumsgeschehen gestartet. Welche Impulse nehmen Sie daraus mit?

Fischer: Mich hat am meisten die Political-Correctness-Diskussion überrascht. Da prallen offensichtlich Welten aufeinander: der etablierte Literaturbetrieb und der junge Nachwuchs. Ich sehe da einen sich anbahnenden Generationskonflikt. Das wird interessant.

Kässens: Political Correctness soll

halten und erstmals den Großen Preis des Deutschen Literaturfonds vergeben. Der Preis hieß zuvor Kranichsteiner Literaturpreis und war bisher mit 30.000 Euro dotiert. Wir haben ihn anlässlich des Jubiläums umbenannt. In Zukunft ist er mit 50.000 Euro dotiert und steht damit neben dem Büchner-Preis, der von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung verliehen wird.

Sie beide sind als ehrenamtlicher Vorstand für den Deutschen Literaturfonds tätig. Wend Kässens, Sie waren langjähriger Leiter der Literaturredaktion von NDR Kultur und sind Kritiker. Susanne Fischer, Sie sind selbst Schriftstellerin. Was macht für Sie die deutsche Gegenwartsliteratur aus?

Kässens: Die Migration stellt eine große Problematik dar, mit der sich auch die Literatur befasst. Wir müssen uns also fragen, wie gehen wir als Deutscher Literaturfonds mit den hier lebenden Schriftstellern aus anderen Ländern um, die berechtigt versuchen, hier Fuß zu fassen. Auch die DDR-Vergangenheit spielt in der aktuellen Literatur eine große Rolle. Ich bin immer überrascht, weil viele jüngere Autoren erst spät angefangen haben, zu recherchieren, wie ihre Eltern die ehemalige DDR erlebt haben. Es gibt auch das Heimatproblem, wobei Heimat inzwischen ein Stück weit tabuisiert ist. Identitätsproblematiken sind



Das Stück »Draufgängerinnen« von Tanja Šljivars wurde im Rahmen des DramatikerInnenfestivals 2019 in Graz aufgeführt. Das Festival wird vom Drama Forum, einer Kooperation des Deutschen Literaturfonds, veranstaltet

Der Deutsche Literaturfonds hat sich insbesondere auch der Förderung der Jugendliteratur verschrieben. Sie vergeben unter anderem die Kranichsteiner Jugendliteratur-Stipendien. Wieso gibt es zusätzlich diesen speziellen Fokus auf die Förderung von Jugendliteratur?

Kässens: Es ist unglaublich wichtig, über Jugendliteratur die Jugend zu erreichen. Jugendbuchautoren sollten die gleichen Rechte haben – zumal der Übergang von Jugend- zu Erwachsenenliteratur fließend ist. Warum sollte man also die Jugendliteratur ausschließen? Was wir nicht fördern, ist z. B. Unterhaltungsliteratur wie Krimis. Den Teil des Literaturbereiches, der sich selbst problemlos finanziert, den fördern wir nicht. Es geht beim Deutschen Literaturfonds immer

sich auch in der Sprache wiederfinden, wie sie im Zusammenhang mit den Gleichstellungsdiskussionen vielfach gefordert wird. Es gibt zahlreiche Autorinnen und Autoren, die diese zum Teil radikale Veränderung von Sprache als Lähmung oder auch Verlust empfinden. Sprache verändert sich sowieso immer. Aber Eingriffe, die das forcieren, werden dann doch oft auch als Bevormundung empfunden. Denn zunächst ist Literatur eine Offenheit, die auch offen gefüllt werden will. Das bemerken wir als Problem, die Diskussionen finden statt. Und wir sind aufgefordert, uns dazu zu verhalten.

Was steht im Jubiläumsgeschehen an?

Kässens: Bei einem großen Festakt am 7. Oktober wird die Staatsministerin Monika Grütters in Berlin die Festrede

in diesem Zusammenhang zentral. *Fischer:* Was mir bei den Bewerbungen auffällt, ist, dass es viel um Familiengeschichte geht, mittels derer dann auch andere Problematiken erzählt werden, zum Beispiel der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das fände ich gar nicht schlecht, wenn es nicht oft so konventionell wäre, wie da herangegangen wird. Was ich spannend finde, sind ungewöhnliche Schreibweisen und ungewöhnliche Perspektiven auf die Gesellschaft.

Vielen Dank.

Susanne Fischer und Wend Kässens sind Mitglieder des Vorstands des Deutschen Literaturfonds. Theresa Brüheim ist Chef vom Dienst von Politik & Kultur

Hass in Stein gemeißelt

Die Wittenberger »Judensau« verweist auf die anti-judaistische Tradition der evangelischen Kirche

STEPHAN KOSCH

Strenge Sicherheitskontrollen am Eingang, mehrere Fernsehkameras im Verhandlungssaal, rund 60 Besucher in den Stuhlreihen, darunter zahlreiche Pressevertreter. Volker Buchloh, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht in Naumburg an der Saale, hat so ein öffentliches Interesse bislang nicht erlebt. Dabei ging es an diesem Tag um die Arbeit eines unbekanntem Bildhauers, die schon seit über 700 Jahren der Öffentlichkeit zugänglich ist. Und darum, ob die »Judensau« genannte Schmähsplastik an der Wittenberger Stadtkirche noch immer eine Beleidigung der Juden darstellt oder nicht. Damit stellt sich auch die Frage, wie die Kirchen mit ihrem antijüdischen Erbe umgehen – ganz unabhängig von dem juristischen Verfahren um die Wittenberger Sau, das bald auch den Bundesgerichtshof in Karlsruhe beschäftigen wird.

Die Stimmen, die für eine Abnahme sprechen, mehren sich

Stein des Anstoßes ist ein Sandsteinrelief, das seit etwa 1305 an der Außenfassade der Wittenberger Stadtkirche, der einstigen Predigtstätte Martin Luthers, hängt. Es stellt ein Schwein dar, an dessen Zitzen Juden saugen. Ein Rabbiner hebt mit der Hand den Schwanz der Sau und blickt ihr in den After. Das Relief wurde um 1570 im Zuge der Neugestaltung der Kirche versetzt und mit den Worten »Rabini Schem Ha Mphoras« versehen, ein Verweis auf Luthers judenfeindliche Schrift »Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi« aus dem Jahr 1543. Das Relief ist somit nicht nur Teil der unseligen Tradition von »Judensauen«, wie sie in etwa 30 Kirchen im deutschsprachigen Raum zu finden sind. Es ist Ausdruck des Antijudaismus, der Luther und anderen Reformatoren zu eigen war.

Im Umfeld der Jubiläumsfeier zu Luthers 500. Geburtstag 1983 wurde die Kirche und mit ihr das Relief sa-

niert. Das sorgte für Diskussionen in der Stadtkirchengemeinde, erinnert sich Gottfried Keller, der von 1985 bis 1998 einer der Pfarrer der Gemeinde war. »Die Junge Gemeinde hat die Meinung vertreten, dass das Relief abgenommen werden müsse, in der Gemeinde gab es dazu unterschiedliche Standpunkte.« Am Ende der Diskussion war klar: Das Relief bleibt hängen, sollte aber nicht mehr unkommentiert an der Fassade bleiben.

Seit 1988 setzt vor der Kirchenmauer unterhalb des Reliefs eine Bodenplatte, gestaltet vom Bildhauer Wieland Schmiedel, einen Kontrapunkt. Sie besteht aus Trittplatten, die etwas verdecken sollen, was nicht zu verdrängen ist und das aus den Fugen quillt, die ein Kreuz ergeben. Umrahmt wird das alles von einem Text des Schriftstellers Jürgen Rennert: »Gottes eigentlicher Name, der geschmähte Schem Ha Mphoras, den die Juden vor den Christen fast unsagbar heilig hielten, starb in sechs Millionen Juden unter einem Kreuzeszeichen.« Zudem erläutert eine Tafel auf einer Stele den Hintergrund des Reliefs und des Mahnmals.

Michael Düllmann, der in den 1970er Jahren nach einem mehrjährigen Aufenthalt in einem israelischen Kibbuz zum Judentum konvertiert war, reicht das nicht. Er fordert von der Stadtkirchengemeinde in Wittenberg die Abnahme der Plastik und ihre Ausstellung in einem Museum. Der weißhaarige schlanke Mann war mit seinem Anliegen bereits vor dem Landgericht in Dessau-Roßlau gescheitert, zeigte sich aber im Revisionsverfahren in Naumburg kämpferisch. »Die Judensau macht mich zum Saujuden. Dafür mache ich Sie verantwortlich!«, rief er den Vertretern der Stadtkirchengemeinde zu. Das Bodendenkmal ändere daran nichts, es verfälsche vielmehr die Shoah-Geschichte. Die Juden seien nicht gestorben, sondern ermordet worden. Und es sei nicht das Kreuzeszeichen, sondern der Davidstern gewesen, den die Juden hätten tragen müssen. »Sie okkupieren Juden als christliche Märtyrer, schämen Sie sich!«

Die Stadtkirchengemeinde verwies erneut darauf, dass sie die Plastik »geerbt« habe und damit umgehen müsse. »Es gibt niemanden, der diese Plastik gut findet«, sagte Pfarrer Johannes Block. Würde sie aber abgenommen, könnte man der Gemeinde eine Verfälschung der Geschichte vorwerfen. Deshalb wolle die Kirchengemeinde »mit dem Originalstück an die Geschichte erinnern« und die Gedenkstätte unter

Beteiligung jüdischer Mitbürger weiterentwickeln.

Doch auch die bereits bestehende Einbettung reichte dem Gericht, um die Klage Düllmanns erneut abzuweisen. Richter Buchloh machte bereits zu Beginn der mündlichen Verhandlung klar, dass das Relief für sich genommen »eine Herabwürdigung der Juden« darstelle. Allerdings bedürfe es der Ausle-

Synode, Irmgard Schwaetzer, erklärte auf einer Tagung zum Thema: »Meines Erachtens muss das Bild abgenommen werden. Wir würden damit die Gefühle unserer jüdischen Geschwister achten – und das wäre schon ein guter Grund.« Doch es gehe vor allem darum, »dass wir als evangelische Kirche deutlich dem Antijudaismus widersprechen, der in dieser Plastik zum Ausdruck kommt,

jegliche künstlerische Bearbeitung des Themas muss sich der Kernfrage stellen: Soll die »Judensau« an der Kirche hängen bleiben oder nicht? Kann es als »Denkmal der Schande« an der Kirche mehr bewirken als im Museum? Oder ist Kunst an einer Kirche nicht immer auch in Form gegossene Verkündigung, die sehr wohl bis in die Gegenwart hineinreicht?« Es geht bei



Die als »Judensau« bezeichnete mittelalterliche Schmähsulptur an der Stadtkirche St. Marien in Wittenberg

»ob das ganze Ensemble«, also »Judensau«, die Bodenplatte und die Stele »objektiv als Beleidigung gesehen werden kann«. Durch die Einbettung des Reliefs in den Kontext einer Gedenkstätte sei der Tatbestand der Beleidigung nicht mehr gegeben. Im später gesprochenen Urteil bestätigte das Gericht diese Auffassung. Eine Revision vor dem Bundesgerichtshof, ließ es aber zu, was der Kläger Michael Düllmann als Erfolg wertet: »Der Stein, den ich ins Wasser geworfen habe, zieht weite Kreise. Es geht weiter.« Er will sein Anliegen, wenn nötig, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tragen.

Die juristische Fragestellung ist aber nur ein Aspekt. Schon das Landgericht in Dessau, das als erste die Klage verhandelte, gab der Kirche in der Urteilsbegründung einen Hinweis mit auf den Weg. Man möge gesellschaftlich darüber diskutieren, ob eine Kirche, »die sich auf den Glauben an Jesus Christus, einen Juden, gründet, durch das Festhalten an der bildlichen Darstellung einer »Judensau« an einer ihrer bedeutendsten Kirchen nicht Gefahr läuft, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.« Diese Diskussion müsse aber in der Gesellschaft geführt werden und begründe für sich genommen keinen Beseitigungsanspruch des Klägers gegenüber der Beklagten.

Und diese Diskussion wird mit zunehmender Deutlichkeit geführt. Die Stimmen, die, egal was das Gericht urteilt, für eine Abnahme sprechen, mehren sich. Dazu zählt die des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein. Auch hochrangige Vertreter der evangelischen Kirche äußerten sich in ähnlicher Weise. Die Präses der EKD-

zu dem sich Martin Luther aber in den letzten Jahren seines Lebens in seinen Schriften bekannt hat. »Auch der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Friedrich Kramer, hatte bereits mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 die Abnahme vorgeschlagen. Das Relief solle aber nicht im Museum verschwinden, sondern vor der Kirche Teil eines weiterentwickelten Mahnmals werden.

Doch es gibt auch Gegner der Abnahme, etwa die Stadtkirchengemeinde selber: »Das ist in der Gemeinde nicht mehrheitsfähig«, sagt Johannes Block, der seit 2011 Pfarrer an der Stadtkirche in Wittenberg ist. Nach jüdisch-christlichem Verständnis gibt es keine tadellos perfekte Geschichte, aber die Kraft der Vergebung und Versöhnung, »die selbst aus Bösem Gutes werden lässt«. Allerdings sieht auch Block den Bedarf der »Weiterentwicklung« der Gedenkstätte. Ähnlich formuliert es der Kulturbeauftragte der EKD, Johann Hinrich Claussen, jüngst in einem Beitrag für die Zeitschrift chrismen: »Ich denke, dass solche »Denkmäler« an Ort und Stelle bleiben sollten. Sie sollten öffentlich sichtbar sein und zum gemeinsamen Nachdenken und notwendigen Streiten anregen. Dies gilt besonders für den Wittenberg-Fall, wo die Kirchengemeinde eine eigene Gedenkgeschichte besitzt, die man achten muss.« Allerdings, so Claussen, könnte man sich über die Gestaltung dieses besonderen Erinnerungsortes neue Gedanken machen. »Vielleicht mit einer aktuellen und erweiterten künstlerischen Intervention?«

Es wird also etwas passieren an der Wittenberger Stadtkirche. Aber

der Debatte auch um so etwas wie die Gegenwart der Vergangenheit, nicht nur um Vergangenheit«, meint nämlich der Antisemitismusbeauftragte der EKD, Christian Staffa. Gibt es also eine Verbindung zwischen der »Judensau« an der Kirche und dem gleichlautenden Schimpfwort auf den Schulhöfen der Gegenwart? Wie müsste also ein Mahnmal aussehen, das auch die Rezeptionsgeschichte solcher antisemitischen Kunstwerke wie Judensau, Bildern von »Ecclesia et synagoga« oder Darstellungen von Cranach zu Gesetz und Evangelium beinhaltet?

Staffas Vorschlag erinnert an die Kunst des Verpackungskünstlers Christo: Das an der Kirche befindliche Relief könnte abgedeckt, eine Kopie am Fuße der Kirche aufgestellt und mit anderen künstlerischen Elementen versehen werden. So entstünden eine oder mehrere »experimentelle« Lösungen, die veränderbar seien. Der Angst der Denkmalschützer vor einem »Bildersturm«, wie ihn die Stadtkirche in der Reformation erlebt hat, würde begegnet, gleichzeitig aber ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Verhüllung würde die Distanzierung von der »Judensau« unübersehbar machen. Gleichzeitig entstünde ein Ort, an dem nichts mehr in Stein gemeißelt ist, sondern festgefügte Positionen sich begegnen und aufweichen können. Wohin dieser Prozess außerhalb der Gerichte dann am Ende führt, bliebe zunächst offen. Aber das spricht wohl eher dafür, sich auf das Wagnis einzulassen.

Stephan Kosch ist Redakteur der evangelischen Monatszeitschrift zeitzeichen in Berlin

Jetzt als E-Book!

Wie so oft, ist auch bei der Kolonialismus-Debatte der Kulturbereich der Katalysator, der die Diskussion in Schwung bringt. Fragen des Debattenbuches des Deutschen Kulturrates sind: Welche Verantwortung hat der deutsche Staat heute? Wie kann Wiedergutmachung aussehen? Welche Rolle haben die Missionen gespielt und wie ist das Verhältnis der Kirche zum globalen Süden heute? Welche Konzeption ist die Beste für das Humboldt Forum, das zukünftige nationale Museum der Weltkulturen in Berlin?

Den Kulturrat-Bestseller gibt es jetzt auch als kostenfreies E-Book!

17 **Kolonialismus**
Debatte:
Bestandsaufnahme
und Konsequenzen

Jetzt
kostenfrei
unter:
kulturrat.de

Das gedruckte Buch
erhalten Sie unter
kulturrat-shop.de
ISBN 978-3-947308-18-7
184 Seiten · 14,80 Euro

Zimmermann und Theo Geffler

FOTO: PICTURE ALLIANCE/HENDRIK SCHMIDT/DPA-ZENTRALBILD/DPA

Keine Opfer zweiter Klasse

Den NS-Opfergruppen »Asoziale« und »Berufsverbrecher« wird endlich Anerkennung gezollt

EVA HÖGL

Am 29. Januar 2020 hat der Deutsche Bundestag im Rahmen einer Gedenkstunde die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 75 Jahren gewürdigt. Zuvor hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer beeindruckenden Rede in Yad Vashem die besondere Verantwortung der Deutschen betont. Ohne dieses Erinnern, ohne Gedenken und Mahnen gibt es keine Zukunft.

Es ist von besonderer Bedeutung, dass wir die Erinnerung an die unvorstellbaren Morde, die menschenverachtenden Taten der Nationalsozialisten und an die Schicksale der Opfer aufrechterhalten und jungen Menschen zugänglich machen. Gerade in einer Zeit, in der Rechtsextremismus in unserem Land unverändert und immer wieder eine echte Gefahr ist, in der Jüdinnen und Juden angegriffen werden, in der Politikerinnen und Politiker bedroht werden und in den sozialen Medien Hass und Hetze kursiert, ist es wichtig, an die Schrecken des Nationalsozialismus zu erinnern und der Opfer zu gedenken.

Erinnerungskultur ist ein zentraler Bestandteil aktueller Kulturpolitik. Der von CDU/CSU und SPD im März 2018 geschlossene Koalitionsvertrag formuliert ein wichtiges Vorhaben: »Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten.« Dies betrifft vor allem Opfer, die als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« verfolgt wurden und die bis heute nicht wirklich als Opfer anerkannt wurden. Die Forschung geht von ungefähr 70.000 Menschen aus, die diesen Gruppen zugeordnet wurden und in den Konzentrationslagern inhaftiert waren. Im Gegensatz zu Menschen, die aufgrund ihrer Religion, Zugehörigkeit zu einer Minderheit, Rasse, Homosexualität oder politischen Einstellung verfolgt wurden, fanden diese beiden Gruppen bisher wenig öffentliche Beachtung. Dies liegt daran, dass diese Gruppen sehr heterogen sind und die Opfer und ihre Angehörigen sich schämten.

Bei den »Asozialen« nutzten die Nationalsozialisten gängige Vorurteile gegenüber gesellschaftlichen Gruppen wie Obdachlosen, sozialbenachteiligten Menschen und Prostituierten. Auch Menschen ohne anerkannte Erwerbstätigkeit wurden als »Asoziale« verfolgt. In den Konzentrationslagern mussten sie den »schwarzen Winkel« auf ihrer

Kleidung tragen. In den 1940er Jahren wurde der Begriff der »Asozialen« stark ausgeweitet und die Nationalsozialisten nutzten diese Stigmatisierung, um Andersdenkende und missliebige Personen zu inhaftieren und zu ermorden.

Auch bei den »Berufsverbrechern«, die im Konzentrationslager den »grünen Winkel« tragen mussten, kam es im Laufe der Jahre zu einer Begriffsausweitung. Zunächst wurden als »Berufsverbrecher« Menschen bezeichnet, die mehr als dreimal zu Freiheitsstrafen von mindestens sechs Monaten verurteilt wurden. In der Regel handelte es sich um Eigentumsdelikte. Erwähnenswert ist, dass gegen sie zum Zeitpunkt der Inhaftierung kein Tatverdacht vorlag und die Strafen verbüßt waren. Ab 1942

wurden verurteilte Straftäterinnen und -täter aus den Justizvollzugsanstalten in die Konzentrationslager überstellt, wo sie als »Berufsverbrecher« mit »grünem Winkel« gekennzeichnet wurden.

Für die Menschen, die von den Nationalsozialisten als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« verfolgt wurden, setzte sich die Diskriminierung nach der nationalsozialistischen Terrorherrschaft fort. Sie hatten keine Opferverbände, sie fühlten sich schuldig, die Angehörigen waren verunsichert, der Start in ein neues Leben war vielfach schwierig. Erst Ende der 1980er Jahre gelang es, eine öffentliche Wahrnehmung für das Schicksal dieser Gruppen zu schaffen.

Mit der Debatte am 13. Februar 2020 im Deutschen Bundestag und dem Be-

schluss eines Antrages der Koalition ermöglicht das Parlament endlich die volle Anerkennung dieser Opfergruppen. Damit wird unmissverständlich klargestellt, dass kein Mensch zu Recht im Konzentrationslager war. Und dass es keine Opfer zweiter Klasse gibt.

Angestoßen wurden diese Entwicklung und Debatte maßgeblich von Frank Nonnenmacher, dessen Onkel im KZ Sachsenhausen als »Berufsverbrecher« inhaftiert war. In seinem Appell vom April 2018 forderte Nonnenmacher das Parlament auf, für eine umfassende Anerkennung und Aufarbeitung der Geschichte von sogenannten »Asozialen« und »Berufsverbrechern« zu sorgen, und gewann dafür viele wichtige Unterstützerinnen und Unterstützer. Ihm danke ich sehr herzlich für sein Engagement, seine Hartnäckigkeit und seine guten Vorschläge. Der beschlossene Antrag hat vier Schwerpunkte: Anerkennung, Aufarbeitung, Gedenken und Entschädigung. Die wissenschaftliche Aufarbeitung wird gefördert, die Forschungsergebnisse sollen einer breiten Öffentlichkeit durch eine modulare Wanderausstellung nahegebracht und Einzelschicksale sollen näher beleuchtet werden. Außerdem werden die beiden Opfergruppen in

den Härterichtlinien zum Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG) aufgenommen.

Bedauerlich ist, dass es im Deutschen Bundestag nicht gelungen ist, sich auf einen gemeinsamen Antrag der fünf demokratischen Fraktionen zu verständigen. Das wäre ein gutes Signal gewesen! Wichtig ist es nun, diesen Beschluss mit Leben zu füllen. Im nächsten Bundeshaushalt müssen Mittel für die Forschung und die Wanderausstellung bereitgestellt werden. Und es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn der Deutsche Bundestag eine Gedenkstunde zum 27. Januar den »Asozialen« und »Berufsverbrechern« widmet.

Auch im Stadtbild können weitere Orte des Gedenkens entstehen. Auf dem Berliner Alexanderplatz erinnern fünf Stolpersteine an Otto Bülow, Joachim Ebel, Paul Kobelt, Willi Kochannek und Karl Mielke. Sie wurden als »Asoziale« im KZ Sachsenhausen inhaftiert und von den Nationalsozialisten ermordet. Diese fünf Steine stehen stellvertretend für eine ganze Opfergruppe. Damit wir die Opfer und ihr Leid nie vergessen.

Eva Högl ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion

Vom Schweigen

Mehr Ruhe täte der Gesellschaft gut

LUDWIG GREVEN

Wer kennt das nicht: Man steigt in die Bahn oder den Bus, hat einen anstrengenden Tag vor oder hinter sich und möchte abschalten, seinen Gedanken nachhängen, lesen. Aber dann setzt oder stellt sich jemand neben einen, die oder der lauthals telefoniert. Man versucht nicht hinzuhören, aber es gelingt nicht. Ungewollt bekommt man das halbe Gespräch mit. Über ernste Dinge oder Nichtigkeiten, über den Streit mit einer Freundin, Liebeskummer, Probleme in der Arbeit, daheim, das Ziel der Fahrt, Neuerwerbungen. Einmal musste ich miterleben, wie ein Wichtigtuer in meinem Zugabteil einen Mitarbeiter am Telefon feuerte. Ich habe ihm gesagt, dass er ihm das bitte schön ins Gesicht sagen sollte und dass mich sein Imponiergehabe nicht interessiere. Dann war Ruhe.

Kürzlich fuhr ich von Berlin nach Hamburg zurück. Hinter mir saß ein Mann, der die ganze Zeit laut in sein Handy sprach. Ich kam von einer Tagung der Initiative kulturelle Integration, an der der Deutsche Kulturrat führend beteiligt ist, über die Frage, wie in Zukunft der Shoah gedacht werden kann, wenn die letzten Überlebenden gestorben sind. Mark Dai-

now, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, hatte dort ein Grußwort gehalten. Mit leiser, stockender Stimme berichtete er, dass er erst vor nicht langer Zeit bei einem Besuch in Yad Vashem erfahren habe, dass allein von der Seite seines Vaters 58 Familienangehörige ermordet wurden. 58. In ganz Europa, nicht nur in Auschwitz. Was soll, was kann man da noch sagen? Nichts. Zum 75. Jahrestag der Befreiung der wenigen Überlebenden in der größten Mordfabrik der Nazis durch die Rote Armee sind wieder viele Reden gehalten worden. Von unserem Bundespräsidenten, von anderen. Wichtige, bedeutende, nachdenkliche Worte. Aber auch überflüssige. Was kann zu diesem größten aller Verbrechen, dem Völkermord an den Juden Europas und an ihrer, unserer Kultur noch gesagt werden, was nicht schon Zehntausende Male gesagt worden ist? Dennoch ist das rituelle Gedenken notwendig, damit das, was damals im Namen von Großdeutschland Deutsche ange richtet haben, niemals vergessen wird. Das sind wir den Opfern und uns schuldig. Der Vergangenheit, der Gegenwart, der Zukunft. Aber eigentlich konnte ich nach den wenigen Worten von Mark Dainow auf der Tagung schon nicht mehr richtig zuhören. Mein Vater war als Wehrmachtsoffizier 1944 in Polen, zu der Zeit, als der Warschauer Auf-

stand niedergeschlagen wurde und Tausende starben. Ob er daran beteiligt war, weiß ich nicht. Er hat nie über seine Kriegszeit gesprochen. Er hat darüber bis zuletzt geschwiegen, wie die meisten seiner Täter- und Mittätergeneration. Wie auch viele Überlebende. Ich führe manchmal



ein inneres Zwiesgespräch mit ihm. Aber ich bekomme keine Antworten. Reden, wenn es nichts oder nichts mehr zu sagen gibt; schweigen, wenn es so viel zu sagen gäbe: Das ist der Zwiespalt. Unser Leben besteht heute, so habe ich bisweilen den Eindruck, nur noch aus bisweilen leerer Kommunikation. Wir sprechen und schreiben von früh bis spät. Schon vor dem Frühstück auf Facebook oder Twitter. Live, am Telefon, am Computer. Unterwegs auf WhatsApp, per SMS oder E-Mail. Bei der Arbeit. In der Freizeit. Mit der Partnerin, dem Partner, Freunden, Kollegen, Fremden. Nur selten mit uns selbst. Manche manchmal auch mit Gott. Oder, die Kehrseite: mit niemandem. Das gesellschaftliche Gespräch jedoch kommt vor lauter Gerede und

Geplapper zum Erliegen. Weil dazu vor allem auch Zuhören gehört. Und bisweilen Schweigen. Nachdenken kann man am besten, wenn Stille einkehrt. Wirkliche Verständigung ist nur möglich, wenn man dem Gesagten Raum und Zeit gibt nachzuhalten, zu wirken, sich zu entfalten. Stattdessen besprechen wir alles so lange, bis der Sinn der Worte verloren geht. Die erste Wahl eines Ministerpräsidenten in Deutschland seit 1945 mithilfe der Partei eines Faschisten, nur wenige Tage nach dem Gedenken an Auschwitz und die Shoah, ein historischer Tabubruch: Es blieb kaum Zeit zum Erschrecken, zum Innehalten, zum Besinnen. Was hat das zu bedeuten, welche Folgen kann das haben? Ist das rückgängig zu machen, wie die Kanzlerin sagt? Kann, wird es sich wiederholen? Aber es musste ja alles gleich analysiert und kommentiert werden, möglichst scharf oder möglichst relativierend, je nachdem. Worte, nichts als Worte. Man kann nicht nicht kommunizieren, hat Paul Watzlawick gesagt. Auch Schweigen ist eine Form der Mitteilung. Aber eben eine andere als lautes Reden und Zutexten. Es kann Anteilnahme ausdrücken, Empathie, Mitgefühl, Nachdenklichkeit, Verbundenheit, Ratlosigkeit. Vieles, was Worte nicht vermögen. Reden ist viel. Nichtreden manchmal mehr.

Ludwig Greven ist freier Publizist

Informationen und Karten auf literaturm.de

10. Literaturfestival
FrankfurtRheinMain

23.-29.3.2020



Veranstalter
STADT FRANKFURT AM MAIN KULTURAMT

Förderer in der Region
KULTURFONDS

Medienpartner
hr2 kultur Frankfurter Allgemeine

Journal

LITERATURM

Sonne in »Kaltland«

Björn Pätzoldt über die von ihm mitbegründete erste »Ausländerpartei« in Deutschland

»In Hamburg ist jetzt eine Partei gegründet worden, die sich besonders für Ausländerbelange einsetzen will. Vorsitzende der »Partei Ausländischer und Deutscher Demokraten« ist die persische Schriftstellerin Torkan Daneshfar-Pätzoldt. Die Partei will ab 1988 an den Wahlen in Hamburg teilnehmen.« Diese kurze dpa-Meldung findet sich am 21. August 1987 in der taz. In ihrem Programm hatten die Initiatoren der Partei Ausländischer und Deutscher Demokraten (PADD) Forderungen, die sich teilweise in dem von der rot-grünen Bundesregierung verantworteten Staatsangehörigkeitsgesetz vom Juli 1999 wiederfinden. Das Projekt PADD stach insofern 1987 hervor und erfuhr hohes mediales Interesse: Fernsehen und Print, darunter NDR und Spiegel, berichteten über die Partei. Björn Pätzoldt, Jahrgang 1944, Politologe und lange Jahre Verleger und selbständiger Organisationsberater, war Mitbegründer dieser ersten »Ausländerpartei« in der Bundesrepublik. Behrang Samsami sprach mit Björn Pätzoldt über die Initialzündung der PADD, seine 2019 verstorbene Frau Torkan Daneshfar-Pätzoldt, die Gründe für die Entstehung

ni« angesprochen werden wollte. Interessant übrigens: Kurz nach ihrer Geburt überfielen die Alliierten den Iran, um seine Ölfelder vor einer Invasion durch deutsche Truppen zu sichern. Während die Briten den Süden besetzten, okkupierten die Sowjets den Norden Irans, darunter auch Gilan.

Welcher Familie entstammte Torkan?

Ihr Vater war Arzt; ihre Mutter Arzthelferin. Sie hatte noch drei Geschwister: einen älteren und einen jüngeren Bruder und eine 16 Jahre nach ihr geborene Schwester. Über ihren jüngeren Bruder, einen einstigen Schah-Gegner, der später unter dem Mullah-Regime im Gefängnis ermordet wurde, hat Torkan 1983 in Deutschland ein Buch veröffentlicht. Der Titel: »Tufan – Brief an einen islamischen Bruder«.

Wie verlief Torkans weiterer Lebenslauf?

Ich kann da nur aus ihren Erzählungen berichten: 1946, nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Norden Irans, übersiedelte die Familie nach Teheran. Hier ver-

bei der sie Trauzeugin der iranischen Braut war. Eigentlich hätten wir uns schon zehn Jahre früher kennenlernen können. Ende der 1960er Jahre arbeitete ich als Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTa) der Universität Hamburg eng mit dem iranischen Studentenverband CISNU zusammen. In dieser Organisation war auch Torkan politisch aktiv. Wir hatten uns wohl gegenseitig übersehen.

Ihre Frau hat 1976 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Was bewog sie zu diesem Schritt, zumal zu einer Zeit, als im Iran noch Mohammed Reza Pahlewi als Schah herrschte?

Sie hatte aus ihrer ersten rein iranischen Ehe einen in Hamburg geborenen Sohn, der sich – wie sie selbst – in diese Gesellschaft integriert hatte. Sie konnte und wollte unter den gesellschaftlichen Zuständen im Iran dort nicht mehr leben.

Wie hat sich Torkan in die deutsche Gesellschaft »integriert«?

Anfangs, noch ohne Sprachkenntnisse, hat sie sich mit

nichts. Es scheiterte wohl an einem zahlungskräftigen Produzenten.

Kommen wir zur PADD: Wenn man die Werke Ihrer Frau, den Roman »Tufan – Brief an einen islamischen Bruder« (1983) und den Erzählband »Kaltland. Wah'schate Ssard« (1984) kennt, in denen sie sich stark autobiografisch mit ihrer eigenen (Familien-) Geschichte im Iran sowie mit ihrer Situation als »Ausländerin« trotz deutschem Pass in der Bundesrepublik befasst, wirkt die Gründung der Partei wie der Versuch, die Zustände nicht mehr nur zu beschreiben, sondern ändern zu wollen.

Wir hatten einen internationalen Bekanntenkreis aus verschiedenen Kontinenten. Bei allen kulturellen Unterschieden einte sie alle doch eins: Das »Ausländer-Dasein«! Jeder beklagte sich über Alltagsdiskriminierung und Behördenwillkür. Als Torkan dann mit dem iranischen Schriftsteller SAID im Jahr 1986 quer durch die Universitätsstädte der Bundesrepublik auf Lesetournee war, erfuhr sie aus dem Auditorium weitere erschreckende Beispiele der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Es hatte ihr gereicht! Sie wollte keine Klagen mehr, sie wollte Veränderung.

Was war der konkrete Anlass für die Gründung der PADD?

Torkan hatte nicht die Absicht, selbst eine politische Karriere einzuschlagen; sie wollte als naturalisierte Ausländerin mit der Gründung der Partei lediglich ein Zeichen setzen, um nach deren Etablierung den Vorsitz an berufenere Hände zu übergeben. Sie war es – wie bereits erwähnt – einfach nur leid, immer nur Klagen zu hören und nichts gegen die Missstände zu tun.

Was waren die Ziele?

Wir hatten sie in sechs Punkten zusammengefasst: 1. Wahlrecht für alle Immigranten nach fünfjähriger Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik, 2. deutsche Staatsbürgerschaft für jedes in der BRD geborene Kind, 3. Liberalisierung und teilweise Abschaffung des Ausländergesetzes, 4. Erleichterung bei der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, 5. Abschaffung aller die Immigranten benachteiligenden Vorschriften und Gesetze und 6. besonderer staatlicher Schutz von Immigranten vor Benachteiligung und Diskriminierung.

Einige Ihrer seinerzeitigen Forderungen finden sich, zwar etwas modifiziert, im Staatsangehörigkeitsgesetz vom Juli 1999 wieder. Wie kamen Sie selbst mit Ausländerrechtsfragen in Berührung?

1968/69 war ich als Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) für Internationales zuständig und stand in engem Kontakt mit ausländischen Studenten-

organisationen in der BRD. In dieser Funktion hatte ich auch an der Erstellung des »Alternativentwurfs '70 zum Ausländergesetz '65« mitgewirkt.

Was hat Sie bewogen, sich auf das »Ausländer«-Thema zu konzentrieren?

In den Schulferien bin ich Jahr für Jahr durch Europa getrampt – und nach dem Abitur über eineinhalb Jahre quer durch Afrika gereist. Diese Erlebnisse und Erfahrungen haben mein



SAMSAMI FRAGT

Interesse geprägt. Und natürlich auch meine erwähnte Tätigkeit in der Studentenpolitik.

Die Gründung der PADD fiel in eine Zeit, als Migranten in Deutschland überhaupt kein Wahlrecht hatten. Damals plante der SPD-FDP-Senat in Hamburg laut Koalitionsvereinbarung, Migranten »nach einem legalen, ununterbrochenen Aufenthalt von mindestens acht Jahren« zu erlauben, zumindest die sieben Bezirksversammlungen in der Freien und Hansestadt mitwählen zu dürfen. Der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) lehnte diese Idee als »Anschlag auf die Verfassung« strikt ab.

Die geplante Einführung des Ausländerwahlrechts nur auf kommunaler Ebene reichte uns nicht; sie ist übrigens aufgrund eines späteren Urteils des Bundesverfassungsgerichts gescheitert, das die Verleihung des Wahlrechts zu den Bezirksversammlungen an Ausländer für »verfassungswidrig« erklärte.

Die PADD war Ihre erste und letzte Parteigründung. Wie sind Sie vorgegangen?

Nach mehr als 32 Jahren erinnere ich mich, wie wir unsere Parteisatzung »gezimmert« hatten: Mangels eigener »Parteigründungserfahrung« baten wir den befreundeten Schriftsteller Peter Schütt um Aushändigung der Satzung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), deren Vorstandsmitglied er damals war. Wir »kupferen« deren Statut weitgehend ab, reichten diese Unterlagen beim Notar ein und beantragten die Zulassung als »Partei Ausländischer und Deutscher Demokraten« (PADD).

Das Parteiengesetz in der Bundesrepublik schrieb damals vor, dass eine Partei bei Wahlen nur antreten durfte, wenn die Mitglieder der Partei oder des Vorstands in der Mehrheit deutsche Staatsangehörige waren. Wie viele Mitglieder hatte die PADD und woher stammten sie?

Im Parteivorstand waren ausschließlich Deutsche beziehungsweise Deutsche naturalisierte, ehemalige »Aus-

länder«. Die letzte Anzahl der Mitglieder ist mir nicht mehr erinnerlich. Es waren Angehörige aus Ghana, Südamerika, Pakistan, Iran, der Türkei und ein Japaner darunter.

Wie war die Reaktion der Öffentlichkeit?

Durchwachsen. Die Medien reagierten überaus positiv auf die Parteigründung; sie stürzten sich geradezu wohlwollend mit Interviewanfragen auf Torkan. Ungezählte Ausländer und Deutsche beantragten ihre Mitgliedschaft. Andererseits – nicht nur von deutscher, auch von ausländischer Seite, insbesondere vom »Bündnis türkischer Einwanderer«, hagelte es Kritik: Die Gründung einer »Ausländerpartei« würde den begehrten Eintritt von Ausländern in deutsche Parteien und das angestrebte Kommunalwahlrecht für Ausländer erschweren.

Deren Forderungen waren Torkan aber nicht genug. Der Eintritt in »rein deutsche« Parteien würde deren Stellung gegenüber Ausländern nicht wesentlich beeinflussen können. Zudem wollte sie das Ausländerwahlrecht nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Landes- und Bundesebene.

Die Idee mit der Partei wurde schnell wieder begraben. Warum?

Neben der vorerwähnten Kritik von Ausländerseite – es wurde auch unter der Hand moniert, dass kein Türke als Vertreter der Mehrheitsausländer, sondern eine Iranerin und mithin eine Frau Parteigründerin ist – gab es auch heftige Angriffe von deutscher Seite: Telefonterror im Form von »Deutschland den Deutschen«, Bombendrohungen und Anfeindungen vor unserer Haustür zehrten zunehmend an unseren Kräften. Als dann auch noch parteiintern ideologische Grabenkämpfe auszubrechen drohten, ging uns die Puste aus. Wir begruben die Partei und verabschiedeten uns von der Öffentlichkeit. Das Hamburger Abendblatt vom 30. Oktober 1987 schrieb unter der Überschrift »Ausländerpartei zog sich zurück«: »Die erste Ausländerpartei in der Bundesrepublik, die Ende August dieses Jahres in Hamburg von der persischen Schriftstellerin Torkan Daneshfar-Pätzoldt gegründet worden war, hat aufgegeben. Wie ein Sprecher der »Partei Ausländischer und Deutscher Demokraten« mitteilte, sei der Versuch gescheitert, den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern die Möglichkeit zu schaffen, ihre Interessen parlamentarisch zu vertreten.«

Vielen Dank.

Björn Pätzoldt ist Politologe. Er war viele Jahre Verleger und selbständiger Organisationsberater, Moderator und Mediator unter anderem für Industrie und Ministerien. Behrang Samsami ist freier Journalist



FOTO: PRIVAT

Torkan Daneshfar-Pätzoldt gründete gemeinsam mit Björn Pätzoldt die »Ausländerpartei«

der Partei und das sehr schnelle Ende dieses politischen Projekts in Hamburg.

Behrang Samsami: Herr Pätzoldt, Ihre 2019 verstorbene Frau Torkan war Hauptinitiatorin der PADD. Bevor wir über diese Episode geliebene Gründung sprechen: Könnten Sie uns, da Informationen rar sind, das Leben Ihrer Frau skizzieren?

Björn Pätzoldt: Torkan wurde im Juli 1941 in Azar-Shahr geboren, einem kleinen Ort in der iranischen Provinz Gilan am Kaspischen Meer. Daher ihr ursprünglicher Nachname Shakibi-Guilani, benannt nach ihrer Geburtsprovinz – was im Iran nicht selten vorkommt. Das »u« in ihrem Namen hat Torkan selbst transkribiert, da sie eigentlich nach England emigrieren und nicht als »Jila-

brachte Torkan ihre Kindheit und Jugend. An der Universität Teheran studierte sie Pädagogik und Anglistik. Später unterrichtete sie in der Hauptstadt als Volksschullehrerin.

Können Sie uns die Gründe für die Übersiedlung Ihrer Frau in die Bundesrepublik nennen?

Nach ihrer Aussage waren es nicht politische, sondern gesellschaftliche Gründe, die sie 1964 zur Ausreise aus dem Iran bewogen: Sie litt unter den islamischen, frauenfeindlichen Konventionen, die auch unter dem Schah-Regime den Alltag beherrschten. Sie wollte frei und selbstbestimmt leben.

Und wie haben Sie Torkan kennengelernt?

Ende 1977 in Berlin auf der Hochzeit eines Schulfreundes,

»niedrigen« Jobs durchgeschlagen: Als Reinigungskraft im Hotel und Postbotin in einem Versicherungskonzern. Nebenbei erwarb sie zügig Kenntnisse in deutscher Sprache, die sie alsbald nahezu komplett beherrschte. Sie schrieb Gedichte und Essays auf Deutsch, veröffentlichte Kurzgeschichten in der Regenbogenpresse und landete schließlich bei den St.-Pauli-Nachrichten, beim Spiegel und dem Stern.

Der iranische Regisseur Sohrab Shahid Saless wollte 1986 Torkans Buch »Tufan – Brief an einen islamischen Bruder« verfilmen. Wie kam es dazu und warum ist daraus nichts geworden?

Wir erhielten per Post eine entsprechende Anfrage und erklärten postwendend unsere Einwilligung. Danach geschah

Zwischen Lebenswirklichkeiten und Allmachtsfantasien

Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen

Darstellungen der Staatssicherheit sind aus Filmen über die DDR nicht wegzudenken. Allzu schnell entsteht dabei aber das Bild eines scheinbar allmächtigen Geheimdienstes, das sich auf historische Aufarbeitung und Geschichtsvermittlung auswirken kann. Andreas Kötzing ist Herausgeber des Sammelbandes »Bilder der Allmacht. Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen«. Theresa Brüheim spricht mit ihm über stereotype Darstellungen und differenzierte Alternativen.

Theresa Brüheim: Wenn man über die Darstellung der Staatssicherheit in Film und Fernsehen spricht, spricht man meist über den Film »Das Leben der Anderen« von Florian Henckel von Donnersmarck. Es gibt natürlich noch viele andere Spielfilme, die die Staatssicherheit zeigen und thematisieren. Welche sind das, Herr Kötzing?

Andreas Kötzing: Tatsächlich hat die Staatssicherheit eine sehr lange filmische Tradition. Erste Filme gab es bereits in den frühen 1950er Jahren, kurz nachdem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gegründet wurde, und die filmische Inszenierung des MfS zieht sich durch die Jahrzehnte. Im Rahmen meiner Recherchen bin ich auf ca. 300 Dokumentar- und Spielfilme gestoßen, in denen die Staatssicherheit eine signifikante Rolle spielt. Und seit »Das Leben der Anderen« im Jahr 2006 gibt es überhaupt nur noch sehr wenige Filme, die sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen und in denen die Staatssicherheit nicht vorkommt. Sie ist fast immer auf irgendeine Art und Weise präsent – mal mehr, mal weniger dominant.

Wie wurde die Staatssicherheit in westlichen Spielfilmen vor der Wende in der Regel dargestellt?

Der Kalte Krieg und der mediale Wettstreit zwischen beiden politischen Systemen führte zu vielen eindimensionalen Darstellungen. Während man auf ostdeutscher Seite natürlich ein sehr positives Bild von der Staatssicherheit in Dokumentarfilmen, Wochenschauberichten und später in Spielfilmen gezeichnet hat, war es auf der westlichen Seite genau umgekehrt. Die Staatssicherheit wurde in der Regel als besonders niederträchtige Geheimpolizei inszeniert, um so die Unterdrückung der DDR-Bevölkerung zeigen zu können.

Manchmal erinnern mich die Stasi-Bilder in diesen Filmen an ähnliche Darstellungen der Gestapo in Filmen über die NS-Zeit, z. B. in Alfred Hitchcocks »Der zerrissene Vorhang«. Es gab auf westlicher Seite aber auch damals schon differenziertere Filme, die versucht haben, Geheimdienste – unabhängig davon, ob sie auf westlicher oder östlicher Seite agierten – in ein kritisches Licht zu rücken. »Der Spion, der aus der Kälte kam« war z. B. ein Film, in dem die Staatssicherheit eine prominente Rolle spielt, sich aber kaum von den westlichen Geheimdiensten unterscheidet. Geheimdiensttätigkeit erscheint darin per se als unmoralisches und skrupelloses Geschäft, bei dem es keine Gewinner gibt. Solche ambivalenten Darstellungen hat es auf ostdeutscher Seite in Stasi-Filmen nicht gegeben.

Wie wurde die Staatssicherheit in Filmen der DDR dargestellt?

Die ersten Dokumentarfilme waren eine Reaktion auf den 17. Juni 1953, als die SED gemerkt hat, dass nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand das Image des Staates, und insbesondere des Geheimdienstes, sehr schlecht war. Mit Dokumentationen und Wochenschauberichten, in denen es meist um die Enttarnung westlicher Agenten in der DDR ging, wurde versucht, ein positives Image vom MfS zu erzeugen. Diese Form der »Öffentlichkeitsarbeit« wurde ab Ende der 1950er Jahre durch Spielfilme erweitert. Vor dem Hintergrund der damals sehr populären Agentenfilme erfüllten die Filme eine Doppelfunktion: Sie sollten spannende Genregeschichten erzählen und gleichzeitig das Vertrauen in den Geheimdienst erhöhen. Das kam beim Publikum aber nur selten gut an. Nur wenige dieser Stasi-Filme – bei der DEFA waren es ein gutes Dutzend – waren an den Kinokassen erfolgreich, wie z. B. »For Eyes Only«, der zu einem großen Erfolg für die DEFA wurde. Alfred Müller spielt darin einen Kundschafter, der im Westen eingesetzt wird, um den amerikanischen Geheimdienst zu unterwandern und die DDR vor einem Angriffskrieg aus dem Westen zu bewahren. Andere Filme konnten an diesen Erfolg jedoch nicht anknüpfen. Wahrscheinlich auch, weil die Mehrheit der DDR-Bevölkerung diese Bilder sehr wohl zu hinterfragen wusste. Ab Ende der 1960er Jahre hat sich die Staatssicherheit dann zunehmend auf das Fernsehen konzentriert. Das

neue Massenmedium versprach eine größere Reichweite für die politische Agitation. Es wurden große und mehrteilige Serienprojekte initiiert. Ganz prominent war »Das unsichtbare Visier« mit Armin Mueller-Stahl in der Hauptrolle. Auch Mueller-Stahl war als Stasi-Kundschafter im Ausland unterwegs, wie übrigens bei nahezu allen Produktionen aus der DDR-Zeit: Es geht fast ausschließlich um die Auslandseinsätze der Staatssicherheit zur Abwehr von Feinden. Die Überwachung der Bevölkerung im eigenen Land war ein Tabu und spielte in den Filmen grundsätzlich keine Rolle. Das hat erst nach der Wiedervereinigung 1990 eingesetzt.

»Das unsichtbare Visier« ist nicht nur ein prominentes Serien-Beispiel, sondern war auch ein regelrechter Strafenfeger in der DDR. Woran lag das?

Dafür gab es viele Gründe, z. B. die exotischen Schauplätze der Serie, die man sonst im DDR-Fernsehen selten zu sehen bekam. Und natürlich die Popularität von Armin Mueller-Stahl als Hauptdarsteller. Auch handwerklich und unter Genre-Gesichtspunkten war die Serie keineswegs schlecht gemacht und wurde mit großem Aufwand produziert, wobei sie sich stark an westlichen Vorbildern orientierte. Mit der Hauptfigur Achim Detjen wurde der Versuch unternommen, eine ostdeutsche James-Bond-Figur zu etablieren. Detjen musste allerdings moralisch viel integrierter und enthaltenere auftreten als James Bond selbst. Freizügige Sexbeziehungen mit diversen Frauen kamen für ihn nicht infrage, ebenso exzessiver Alkoholkonsum oder der leichtsinnige Einsatz von Schusswaffen, wie man das von James Bond kennt. Welchen hohen Prestigewert »Das unsichtbare Visier« für das DDR-Fernsehen hatte, kann man auch an den prominenten Sendeterminen erkennen. Die Serie lief über mehrere Jahre meist an Ostern und Weihnachten als Zwei- oder Dreiteiler und hatte extrem hohe Einschaltquoten, bis Armin Mueller-Stahl als Hauptdarsteller ausgestiegen ist. Er wollte die Rolle nicht mehr spielen und ging kurze Zeit später in den Westen, nachdem er die Resolution gegen die Biermann-Ausbürgerung unterschrieben hatte und in der DDR kaum noch Rollenangebote erhielt. »Das unsichtbare Visier« wurde fortgesetzt, aber ohne ihn als Zugpferd hat es nicht mehr funktioniert.

Wie hat sich die Darstellung der Staatssicherheit in Film und Fernsehen nach der Wende geändert?

In den frühen 1990er Jahren hat es spannende Versuche von ehemaligen DDR-Filmemachern gegeben, die diese Themen bis dahin nicht behandeln konnten. Da sind zum Teil sehr eindringliche Dokumentarfilme entstanden, die bis heute zu den besten Filmen über die Staatssicherheit zählen, wie z. B. »Die verriegelte Zeit« von Sibylle Schönemann und auch einige interessante Spielfilme wie »Der Tangospieler« von Roland Gräf. Allerdings waren diese Filme beim Publikum nicht besonders erfolgreich. Es hat eine gewisse Zeit gebraucht, bis das Stasi-Thema bei der filmischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit stärker in den Mittelpunkt gerückt ist. In Erfolgsfilmen wie »Sonnenallee« oder »Goodbye Lenin« hat die Staatssicherheit noch keine große Rolle gespielt. Dann kam 2006 »Das Leben der Anderen«. Der Film hat den Diskurs nachhaltig verändert, auch weil er international so erfolgreich war. Er führte zu einer Verzahnung von DDR-Geschichte und Staatssicherheit im filmischen Diskurs. Seitdem ist es schwierig geworden, Geschichten über die DDR-Vergangenheit zu erzählen, ohne das Thema »Staatssicherheit« aufzugreifen. Das ist einerseits durchaus nachvollziehbar, weil es an der Staatssicherheit nichts zu verharmlosen oder zu bagatellisieren gibt. Das war ein schrecklicher Geheimdienst, der das Leben in der DDR geprägt und vielen Menschen massiv geschadet hat. Wenn wir an die DDR-Geschichte aber nur unter dem Gesichtspunkt der Staatssicherheit erinnern, dann entsteht leicht ein schiefes Bild von der damaligen Lebenswirklichkeit. Denn selbstverständlich waren nicht alle Menschen in der DDR oppositionell oder sind aus anderen Gründen mit dem Staat in Konflikt gekommen. Es gab auch die Möglichkeit, ein alltägliches Leben zu führen. Es gab Menschen, die in der DDR gelebt, geliebt und gearbeitet haben, ohne ständig über eine Flucht in den Westen nachzudenken. Ihre Lebensgeschichten sind meines Erachtens genauso erzählenswert, spielen in der filmischen Aufarbeitung der DDR aber selten eine Rolle. Da besteht eine Lücke. In Zukunft wird sich das sicherlich verändern. Die ganzen Stasi-Geschichten, die in den letzten Jahren erzählt worden sind, sind zu einem Stereotyp geworden, weil die Stasi meist nur als allmächtiger Geheimdienst inszeniert wird, der in das Leben aller Menschen eingreift.

Wie könnte eine differenziertere Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in Filmen gelingen?

Persönliche Geschichten sollten eine wichtigere Rolle spielen, mit allen

dazu gehörenden Ambivalenzen und Widersprüchen. Das ist bislang eher die Ausnahme bei den filmischen Auseinandersetzungen mit der Staatssicherheit. Und das gilt sowohl für die Leute, die Opfer der Staatssicherheit geworden sind, als auch für die Leute, die selber für die Staatssicherheit gearbeitet haben. Dahinter stecken individuelle Biografien, die man nicht auf schwarz oder weiß reduzieren kann. Anhand von ganz konkreten persönlichen Lebensschicksalen kann man sehr viel differenziertere und spannendere Geschichten erzählen. Das hat es im Film auch durchaus schon gegeben. »Barbara« von Christian Petzold war ein sehr interessanter Versuch. Darin geht es um eine Ärztin, die an ein Krankenhaus strafversetzt wird, nachdem sie einen Ausreiseantrag gestellt hat, und dort von der Staatssicherheit überwacht wird. Sie verliebt sich in einen Kollegen, von dem sie nicht weiß, ob er auch für die Stasi arbeitet. Oder denken Sie an »Gundermann« von Andreas Dresen und Laila Stieler. Der Film hat es geschafft, eine ambivalente und komplexe Geschichte über den prominenten Liedermacher Gerhard Gundermann zu erzählen, der über Jahre hinweg inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war. Aber das war eben nur ein Aspekt seines Lebens. Seine Musik und seine parallele Tätigkeit als Baggerfahrer im Tagebau sind im Film ebenso präsent, ohne dass die IM-Tätigkeit kleingeredet wird. Da liegt der Schlüssel: Man sollte das Thema Staatssicherheit nicht ignorieren, sondern es in einen größeren Kontext einbetten, in dem die Lebenswirklichkeit der Menschen stärker in den Mittelpunkt rückt und nicht so sehr die Allmachtsfantasien der Staatssicherheit. Denn wir wissen heute, dass die Staatssicherheit zwar einen großen Einfluss hatte, aber so allmächtig, wie sie sich selbst gern inszeniert hat, war sie keineswegs. Sie war auch kein unabhängig operierender Geheimdienst, an dem man allein die ganze Unrechtsgeschichte der DDR nacherzählen kann, sondern Teil des SED-Machtapparates. Darüber stand die Parteiführung, die das Ministerium angeleitet hat. Das sind Differenzierungen, die in Filmen allzu leicht verschwinden.

Vielen Dank.

Andreas Kötzing ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und Herausgeber des Buches »Bilder der Allmacht. Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen«. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur



Claus Harten, Thomas Rietschel,
Barbara Haack, Peter Landmann

KULTURBERATUNG

TAKE PART

- Begleitung von Entwicklungsprozessen
- Beratung und Begleitung von Führungskräften
- Evaluation von Kulturprojekten und Kulturinstitutionen
- Mediation und Konfliktmanagement

www.takepart-kulturberatung.de

Telefon 07934 9131-0

Paul und Paula und vieles mehr

Die DEFA-Stiftung sorgt sich um das reiche Film-erbe der DDR

RALF SCHENK

Seit mehr als 22 Jahren gehört die DEFA-Stiftung zu den Einrichtungen der Bundesrepublik, die das deutsche Film-erbe bewahren, pflegen und öffentlich sichtbar machen. Die Gründung dieser Stiftung ging auf eine Forderung vieler ostdeutscher Filmemacherinnen und Filmemacher aus der Zeit um 1990 zurück: Mit ihr sollte gewährleistet werden, dass das umfangreiche Konvolut aus Spiel-, Dokumentar- und Trickfilmen aus den DEFA-Studios möglichst zusammenbleibt und nicht in alle Winde zerstreut wird. Hintergrund war, dass es in den »Wendewirren« einige Vertriebe aus

den alten Bundesländern gab, die sich gern die Rosinen aus dem Filmstock herausgepickt und die Weltrechte daran für lange Zeit gesichert hätten – so wie »Die Mörder sind unter uns«, »Spur der Steine«, »Die Legende von Paul und Paula« oder die vielen Kinderfilme. Dem sollte vorgebeugt werden, denn eine unproduktive Zersplitterung wäre die Folge gewesen.

Weil die DEFA-Filme in einem Volkseigenen Betrieb produziert worden waren, fielen die Rechte zunächst an die Treuhänder, also den Staat. Nach vielen Mühen wurde im Dezember 1998 die DEFA-Stiftung aus der Taufe gehoben, der die Bundesrepublik die Filmrechte übertrug. Damit wurde – neben der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung für Filme vor allem aus der Zeit vor 1945 – eine zweite Filmstiftung mit einem »abgeschlossenen Sammelgebiet« ins Leben gerufen.

Die DEFA-Stiftung verfügt heute über einen Filmstock von etwa 13.500 Filmen, davon rund 730 Spielfilme, 450 Kurzspielfilme, 4.500 Dokumentarfilme und Wochenschauen sowie 850 Trickfilme. Hinzu kommen die DEFA-Synchronisationen, die zwischen 1945 und 1990 entstanden. Als private gemeinnützige Stiftung arbeitet die DEFA-Stiftung eng mit ihren Rechteinhabern zusammen: Die Progress Film GmbH betreibt den Ausschnitts- und Lizenzierungsdienst und lizenziert Motive aus DEFA-Produktionen weltweit an Produzenten, TV-Anstalten und andere Interessierte. Die Icestorm Media GmbH befasst sich mit der Verwertung der Fernseh-, Synchron- und Nebenrechte sowie der DVD- und Video-on-Demand-Auswertung. Der Kinoverleih liegt in den Händen der Stiftung Deutsche Kinemathek. Alle Verwerter tragen durch Abführungen und Garantiesum-

men dazu bei, dass die DEFA-Stiftung ihre Verpflichtungen erfüllen kann.

Derzeitige Hauptaufgabe der DEFA-Stiftung ist die Digitalisierung des Film-erbes. Angestrebt wird, jährlich etwa 50 DEFA-Filme ins digitale Zeitalter zu »retten« und sie auf diese Weise wieder ans Publikum zu bringen. Wichtige Unterstützung bietet das im Januar 2019 ins Leben gerufene Digitalisierungsprogramm des Bundes. Zehn Jahre lang wird jährlich eine Summe von 10 Millionen Euro für alle Rechteinhaber und Filmerebeneinrichtungen zur Verfügung stehen, insgesamt also 100 Millionen Euro. Das Programm wird zentral von der Filmförderanstalt verwaltet: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Länder und Filmwirtschaft haben ihre Anteile hier vereinigt.

Die DEFA-Stiftung digitalisiert ihre Filme nach verschiedenen Kriterien. Neben kommerziellen Aspekten werden Filme nach kuratorischen Gesichtspunkten ausgewählt, so wenn ein Film historisch bedeutsam, aber nicht unbedingt mehr gewinnbringend ist. Sofern analoges Material zu verfallen droht, greift das konservatorische Kriterium. Wichtigster Partner der Digitalisierung ist das Bundesarchiv. Dort lagern alle DEFA-Filmmaterialien; der Filmstock der DEFA ist zu nahezu 100 Prozent überliefert. Denn von allen Filmen, die in den DEFA-Studios entstanden, mussten Negative und Belegkopien ans Staatliche Filmarchiv der DDR abgegeben werden.

Damit sind die Aufgaben der DEFA-Stiftung bei Weitem nicht erschöpft. Das Stiftungsteam kümmert sich um die Zusammenarbeit mit Kinos und Festivals, regt Retrospektiven oder Wiederaufführungen an, pflegt die Kooperation mit Filmhistorikern und anderen Wissenschaftlern, denen es um eine historisch fundierte, kritische Aufarbeitung der ostdeutschen Filmgeschichte geht. Zu den eigenen publizistischen Aktivitäten der DEFA-Stiftung in jüngster Zeit gehören z. B. eine Monografie über den Dokumentarfilmregisseur Volker Koepp und ein Buch über die Regisseurinnen

der DEFA mit mehr als 60 Porträts von Filmfrauen der verschiedenen Studios. Die DEFA-Stiftung bringt vier bis fünf Bücher im Jahr heraus, demnächst sollen unter anderem Bände über den Filmregisseur Slatan Dudow, zu Genrefilmen oder zu sorbischen Filmen erscheinen.

Hinzu kommen Auszeichnungen, die die DEFA-Stiftung auf ihrer jährlichen Preisverleihung und auf diversen Festivals vergibt. Preise fürs filmkünstlerische Lebenswerk gingen bereits an Regisseure wie Frank Beyer, Egon Günther und Herrmann Zschoche, an Autorinnen wie Helga Schütz oder die Schnittmeisterin Monika Schindler. Für ihre Verdienste um den deutschen Film wurden unter anderem Andreas Dresen, Christian Petzold, Thomas Heise und Tamara Trampe ausgezeichnet. Mit Preisen für junges Kino, die auf Festivals in Schwerin, Dresden, Chemnitz, Leipzig und auf der Berlinale vergeben werden, fördert die Stiftung Regisseurinnen und Regisseure, die am Anfang ihrer Laufbahn stehen. All diese Aktivitäten sind nur möglich, wenn entsprechende Einnahmen generiert werden.

Im Großen und Ganzen wird die DEFA-Stiftung in den kommenden Jahren gut von ihren Einnahmen leben können. Allerdings sollten sich alle Beteiligten grundsätzliche Gedanken machen, wie strategisch mit dem deutschen Film-erbe umgegangen wird. Wäre es nicht an der Zeit, im vierten Jahrzehnt nach der Einheit langfristig über eine Art gesamtdeutsche Filmstiftung zu reden? Eine Stiftung, in der nicht nur die DEFA- und die Murnau-Stiftung aufgehen, sondern auch andere Institutionen, bis hin zur Deutschen Kinemathek und dem Filmarchiv im Bundesarchiv. Angesichts der föderalen Struktur der Bundesrepublik ist das ein verwaltungstechnisch hochkomplizierter Vorgang, dem sich momentan niemand aussetzen möchte. Doch ein rechtzeitiges Vordringen wird vonnöten sein, um auch in Zukunft das reiche Film-erbe unseres Landes nicht nur zu verwalten, sondern offensiv und mit klugen Einfällen wachzuhalten.

Ralf Schenk ist Vorstand der DEFA-Stiftung in Berlin



Szene aus »Die Legende von Paul und Paula«

FOTO: DEFA-STIFTUNG / MANFRED DAMM, HERBERT KROISS

Vorwärts in die Vergangenheit

Der Forschungsverbund »Das mediale Erbe der DDR«

DARIA GORDEEVA

Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Das vielfach zitierte Diktum des Soziologen Niklas Luhmann trifft auch für die DDR-Geschichtsschreibung zu: Unsere heutigen Vorstellungen über die realsozialistische Gesellschaft und die individuellen Spielräume im »Arbeiter- und Bauernstaat« sind maßgeblich durch Medien geprägt. Filme lassen die DDR auf Kinoleinwänden und Fernseh Bildschirmen auferstehen, in Buchläden stapeln sich DDR-Romane und Monografien, in Facebook-Gruppen feiern »Kinder der DDR« die Vergangenheit und in Museen werden Plattenbauwohnungen maßstabgetreu rekonstruiert.

Der Forschungsverbund »Das mediale Erbe der DDR. Akteure, Aneignung, Tradierung« nimmt Medien mit DDR-Bezug in den Blick, untersucht ihre Entstehung, Transformation und Nutzung und fragt nach ihrem Beitrag zur deutsch-deutschen Erinnerungskultur. Der Begriff »deutsch-deutsch« fällt hier nicht von ungefähr: Knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung dominiert im medialen und politischen Diskurs das »Diktaturgedächtnis« – ein Erinnerungsnarrativ, das sich auf die Verbrechen und den Unterdrückungs-

charakter des SED-Herrschaftssystems beschränkt. In dieser eindimensionalen, von westdeutschen Deutungseliten geprägten Täter-Opfer-Geschichte finden sich viele ehemalige DDR-Bürger, die weder bei der Stasi noch in der Opposition waren, mit ihrem »ganz normalen« Alltag nicht wieder. In diesem Spannungsfeld zwischen dem Diktatur- und dem Alltagsgedächtnis bewegt sich der Forschungsverbund und setzt sich zum Ziel, den Gedächtnisrahmen zu erweitern.

»Das mediale Erbe der DDR« ist Teil einer Förderinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Der Verbund führt drei Standorte zusammen – die LMU München, die FU Berlin und das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam – und vereint Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik und Kommunikationswissenschaft.

Was gehört zum »medialen Erbe«, das 27 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vier Jahre lang präparieren? Das Untersuchungsspektrum ist breit gefächert.

Eins von 14 Projekten fragt, ob Menschen, die das Medienhandwerk in der DDR gelernt haben, Medien »anders« machen als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Das Vorhaben analysiert, wie sich diese »andere« Perspektive in ihrem Werk zeigt, und

lässt die »Medienmenschen« ihre Biografie selbst erzählen. Ein thematisch verwandtes Projekt beobachtet Lebens- und Werktransformationen von DEFA-Filmschaffenden, die in ihren Dokumentarfilmen in der späten Phase der DDR und über 1990 hinaus gesellschaftliche Transformationsprozesse abbildeten.

Weitere Forschungsprojekte beschäftigen sich mit der sich wandelnden Medienlandschaft und der veränderten Mediennutzung. Wie wurde der Ostrock in den kapitalistischen bundesdeutschen Musikbetrieb integriert – und was ist dabei verloren gegangen? Wie veränderte sich die Lebenswelt in den neuen Bundesländern, als bekannte Sendungen und Gesichter von Fernsehbildschirmen verschwanden? Brauchten Menschen im Berlin der Nachwendzeit Medien, um an Lebensbewältigung und sozialer Identität zu arbeiten? Die ersten Interviewergebnisse offenbaren ganz unterschiedliche Nutzungsmuster in der Ost- und Westhälfte der Stadt: So gibt es den Osterliner, der sich in den 1990ern über die mediale Darstellung der »Ossis« ärgerte und um DT64 trauerte; aber auch den Mann aus Wilmersdorf, der beim Tagesspiegel blieb, um sich der Überlegenheit des Westens zu versichern; oder die Westberlinerin, die nach Pankow zog, dort ihren Freundeskreis erweiterte und deshalb

die Berliner Zeitung zu lesen begann. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf medialen DDR-Repräsentationen. Unter den breit gefassten Medienbegriff fallen dabei auch Nutzungsumgebungen: das Internet, Schulen und Museen. Welche Narrative und Geschichtsbilder werden in sozialen Medien geteilt? Welches DDR-Bild vermitteln Schulbücher, Lehrhandreichungen, Arbeitshefte, die – im Unterschied zu kurzlebigen Medien der Populärkultur – jeden heranwachsenden Menschen jahrelang begleiten? In einem geschichtsdidaktischen Projekt wird die Rolle der Großdeutungen wie »zweite deutsche Diktatur« oder »Unrechtsstaat« im Kontext einer wertebasierten Demokratiebildung untersucht. Zwei weitere Projekte untersuchen Museumsausstellungen als komplexe Medien, die mittels Objekten, Bildern, Texten und Filmen Geschichten erzählen. Auch in Museen, so die ersten Ergebnisse, überwiegt die diktaturzentrierte DDR-Erinnerung und die »Exotisierung« von Ostdeutschen – die Zuschreibung einer grundlegenden Andersartigkeit, die in der frühen Nachwendzeit wurzelt. Die ersten Interviews mit Museumsgästen zeigen dennoch: Die Ausstellungen zur DDR-Geschichte dienen als Erinnerungsanlass und werden meistens für den Vergleich mit heutigen Entwicklungen genutzt – Stichworte: neue Mauern, Datenschutz und Überwachung.

Einen Einblick in den DDR-Alltag ermöglichen private Fotoalben und Schmalfilme. Das Online-Archiv »Open Memory Box« fordert das herrschende Diktaturnarrativ heraus und zeigt 415 Stunden privater Filmsequenzen von 150 Familien aus der DDR: Geburtstage, Hochzeiten und Beerdigungen, Westbesuche, Weihnachtsfeiern und Urlaubsreisen zum Balaton.

»Das mediale Erbe der DDR« baut Brücken zwischen Forschenden und Laien und steht für eine »offene Wissenschaft«. Auf dem projektbegleitenden Blog erscheinen regelmäßig Film- und Buchrezensionen, Veranstaltungsberichte, Alltagsbeobachtungen und Fundstücke aus der Öffentlichkeit. In Entwicklung ist ein allgemein zugängliches Online-Handbuch »Die DDR im Film«, das etwa 130 Serien, Spiel- und Dokumentarfilme unter die Lupe nimmt und einen Blick hinter die Kulisse der interessengeleiteten Filmproduktion, -förderung und -rezeption wagt.

Daria Gordeeva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München am Lehrbereich von Michael Meyen

Weitere Informationen unter: medien-erbe-ddr.de sowie im Blog medienerbe.hypothesen.org



Marijam Agischewa (2. v. l.) als Karin Patzelt in der ARD-Vorabendserie »In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte«

Filmerfolg mal zwei

Marijam Agischewa über ihre Erfahrungen als Schauspielerin in DDR und BRD

»Marta, Marta« (1980), »Treffpunkt Flughafen« (1985/86), »Novalis – Die blaue Blume« (1993) und »In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte« (seit 2015): Die Schauspielerin Marijam Agischewa ist dem deutschen Publikum bekannt und präsent, ob in Spielfilmen oder in Fernsehserien, ob in der früheren DDR oder in der Bundesrepublik. Behrang Samsami sprach mit Marijam Agischewa über ihre Herkunft und ihr Leben in der DDR, über ihre Arbeit beim Fernsehen und Film in beiden deutschen Staaten und über Ostdeutschland als besonderen Drehort nach der Wende.

Behrang Samsami: Frau Agischewa, Ihre Mutter war tatarischer Herkunft, Ihr Vater stammte aus Österreich und Sie sind in China geboren. Bitte erzählen Sie uns von Ihrer Familiengeschichte.

Marijam Agischewa: Meine Mutter wurde auch in China geboren. Ihre tatarische Familie wohnte im Ural und in Harbin, einer von den Russen 1898 in der Mandchurei gegründeten Stadt. Mein Großvater hatte einen Handel zwischen dem zaristischen Russland und dem Kaiserreich China. Als 1917 die Revolution ausbrach, kam der Handel zum Erliegen, weil bestimmte Luxusgüter, die mein Großvater betrieb, nicht mehr gefragt waren. So blieb seine Familie in China. Mein Vater gelangte nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich nach China. Er wie auch meine Mutter wären gern dort geblieben. Aber es kam die Zeit des »Großen Sprungs« und die Kulturrevolution. Wir sind erst Ende 1959 aus dem Land gekommen. Das war die allerletzte Gelegenheit. Als Akademiker und Ausländer hätte man das wohl nicht überlebt. Von Freunden meiner Eltern, die dort geblieben sind, hat man auch nie wieder etwas gehört. Ob sie auf natürliche Weise gestorben oder der Kulturrevolution zum Opfer gefallen sind, haben wir nicht erfahren.

Wie ist Ihre Familie aus China in die DDR gekommen?

Mein Vater hatte eine Delegation der Ostberliner Humboldt-Universität kennengelernt, die ein paar Jahre vorher in China gewesen war. Dadurch hatte er erfahren, dass die Universität Sinologen suchte. Da es keine zuverlässigen Informationen, Zeitungen, Radio, Fernsehen gab, wusste er nur wenig, was in Europa los war. Aber dadurch, dass die Lage in China schwierig geworden war, hieß es für ihn: raus und einen Job finden. Dass

er sehr gut Chinesisch konnte, hat natürlich geholfen.

Es gab viele Schwierigkeiten mit der Ausreise. Sie wurde mehrfach verschoben. Dann sind wir in ein Abenteuer aufgebrochen. Zwei Monate hat die Fahrt gedauert. Mein Vater überlegte auch, ob wir nicht bei den Seychellen aussteigen sollten, weil sie dort englischsprachige weiße Einwanderer suchten. Das wollte meine Mutter aber nicht. So sind wir dann nach Deutschland gekommen.

Ihr wirklicher Name ist Melan Schwarz. Ist Marijam Agischewa ein Künstlernamen?

Mein Vater hieß Schwarz. Er hat unter anderem Lyrik veröffentlicht. Als ich im Dezember zur Welt kam, blühten im Süden Chinas die Pflaumenbäume. Daher Melan, was auf Deutsch »Woge von Pflaumenblüten« bedeutet. Als unsere Ausreise anstand, gab es auch deshalb Schwierigkeiten, weil meine Eltern unterschiedliche Nachnamen hatten. Was genau vorgefallen ist, weiß ich nicht, aber ich musste auf dem Nachnamen meiner Mutter ausreisen. Dafür gab es auch eine neue Geburtsurkunde, ausgestellt auf Marijam Agischewa. Und das ist so geblieben. Übrigens finde ich Melan Schwarz schöner. Man hat mich auch immer Melan genannt – meine Eltern, mein Mann, meine Freunde.

Wie verlief Ihre Kindheit, wie Ihre Schullaufbahn?

Ich bin in Berlin-Friedrichshagen aufgewachsen und auf eine »R-Schule« gegangen, das heißt, mit erweitertem Russischunterricht, wo Kinder, die gute Leistungen brachten, gesammelt wurden. Alle von uns sollten studieren. Üblicherweise gab es nicht für jeden die Möglichkeit, Abitur zu machen – immer nur die beiden Besten aus jeder Klasse. In Ostberlin gab es drei solcher R-Schulen. Von der 10. bis zur 12. Klasse waren wir alle auf dem Grauen Kloster. Die Elternhäuser waren sehr aufgeklärt. Außerdem hatten wir viele Ausländer an der Schule – Botschaftskinder oder von Personen, die aus beruflichen Gründen in der DDR waren, Ingenieure oder solche aus anderen technischen Berufen.

Wollten Sie studieren?

Ich interessierte mich für Archäologie. Das war aber nicht möglich, weil man zu wenig Studenten in dem Fach brauchte. Da gab es nur alle paar Jahre einen Studiengang. Nach dem Studium hätte ich wohl mit einem Pinsel in einem Museum gesessen, Scherben

gesäubert und beschriftet. Ich wäre – vor allem wegen der Reiseschwierigkeiten – sicherlich auch nicht zu großen Ausgrabungsstätten gefahren. Dann habe ich mich für Gärten und Parkanlagen begeistert und dachte, Landschaftsarchitektur könnte was werden. Dazu brauchte man aber eine Berufsausbildung, die es, glaube ich, nur in der DDR gab und mit der man sich auf das Studium spezialisierte – in diesem Fall Zierpflanzengärtner. Das ging drei Jahre – die Berufsausbildung spezialisiert mit Abitur. Ich habe mich beworben und Sie werden es nicht glauben, obwohl ich so gute Noten hatte, hat man mich nicht genommen.

Und wie sind Sie dann zum Schauspielberuf gekommen?

In der Schule, da war ich 16 Jahre alt, hatte man mich für einen Film entdeckt, »Geschwister«. Der Regisseur Wolfgang Hübner und die anderen DEFA-Leute zogen von Schule zu Schule und sahen sich sehr viele Jugendliche an. Ich war in einer Klasse mit besonders hübschen Mädchen. Bei uns wurden fünf oder sechs für das Casting ausgesucht – ich nicht. Ich saß ganz hinten. Mich hatten sie übersehen. Ich war in der Theatergruppe und war deprimiert, aber auch zu schüchtern, um mich zu melden. Dann gingen die DEFA-Leute schon, doch da drehte sich eine Frau um und sagte: »Die Brünette da hinten mit den langen Haaren. Sie können wir auch noch nehmen.« So bin ich auf die Liste gekommen. Das Casting ging über Monate. Und zum Schluss bin ich übrig geblieben. »Geschwister« wurde während der Sommerferien gedreht. Danach ging die Schule weiter. Als aus Archäologie und Landschaftsarchitektur nichts wurde, habe ich gedacht: »Dann bewirbst du dich einfach auf der Schauspielschule.« Das tat ich dann – und zwar auf der Ernst-Busch-Schule in Ostberlin, wurde aber abgelehnt, bewarb mich in Leipzig und dann noch einmal in Ostberlin. Dann hat es geklappt. Ich bin noch immer froh darüber, weil auf der Ernst-Busch-Schule wirklich tolles Handwerk vermittelt wurde. Es war ein hartes Regime, aber ich habe viel gelernt. Die Schule hatte übrigens weltweit einen guten Ruf. Es waren damals auch Leute aus Amerika bei uns, die hospitierten.

Wie lief Ihre Arbeit als Schauspielerin in der DDR? Hatten Sie eine Agentur, die Sie betreut hat?

Im Studium kamen immer wieder Filmleute zu uns, die junge Schauspieler für Projekte suchten. Als ich einmal

im Gebäude des DDR-Fernsehens in Johannisthal war, um einen Zettel aus einem Büro abzuholen, hatte ich solchen Hunger, dass ich in die Kantine gegangen bin und dort gegessen habe. Plötzlich stand jemand hinter mir und sagte: »Was machen Sie denn hier im Fernsehen? Arbeiten Sie irgendwo in einem Büro?« Ich sagte: »Ich bin Studentin auf der Schauspielschule.« »Das trifft sich ja gut. Wir machen gerade Probeaufnahmen.« Dann kam mir ein Mädchen entgegen, die die Hauptrolle eigentlich schon bekommen hatte. Doch dann machten sie noch mal Probeaufnahmen mit mir. Und plötzlich war alles anders und ich bekam diese wunderbare Rolle, die mich bis heute verfolgt. Es war die Hauptrolle im Film »Marta, Marta«, der in der DDR ein Riesenhit wurde. Nach der Ausbildung gab es ein »Intendantenvorspiel«. Da wurden besonders schöne Szenen vorgespielt, die wir im Studium aus Theaterstücken erarbeitet hatten. Es kamen alle Theater, die eine Vakanz hatten, und suchten sich jemanden aus. Ich wollte aber nicht ans Theater und hatte schon beim DDR-Fernsehen angefragt. Da gab es auch ein Ensemble. Ein junges Mädchen hatten sie nicht, dann haben sie sich offenbar beraten und mir einen Vertrag beim DDR-Fernsehen gegeben.

Sie haben in der Folge viel gedreht und sind in unterschiedlichen Formaten aufgetreten, wie im Spielfilm »Kippenberg« (1981) oder in den Serien »Polizeiruf 110« und »Treffpunkt Flughafen«. Hierzu ein Zitat von Ihnen: »Was nützt einem aller Erfolg, wenn man das Gefühl hat, künstlerisch stehen zu bleiben. Ich habe drüben in rund 40 Produktionen mitgespielt. Je kritischer die politische Situation wurde, desto weiter entfernten sich die Filme von der Wirklichkeit. Da hat mir das Drehen keinen Spaß mehr gemacht.« War das der Hauptgrund, 1989 von einer genehmigten Reise in die USA zu Verwandten nicht mehr in die DDR zurückzukehren?

Ich war jung und hatte natürlich Karrierevorstellungen. Die Leitung des DDR-Fernsehens hat aber viel hineingeredet, was ich zu drehen habe und was nicht. Es gab auch keine Ideen – etwa, dass man mit Schauspielern, die beliebt waren, etwas aufbauen könnte. Sie wurden stattdessen hier oder da hineingestopft. Ich habe auch Vorschläge gemacht. Doch das schleppte



SAMSAMI FRAGT

sich. Es stagnierte nicht nur beruflich, sondern auch im Land. Als der rumänische KP-Chef Nicolae Ceaușescu 1988 mit dem Karl-Marx-Orden die höchste Auszeichnung der DDR bekam, habe ich mich gefragt, wo das hingehet. Ich hatte vorher lange in Rumänien gedreht und wusste, wie die Situation dort war.

Wann sind Sie nach Europa zurückgekehrt?

Das war Anfang 1989, als noch gar nicht abzusehen war, was passieren würde. Ich war ein paar Wochen in den USA und bin dann nach Westberlin gezogen. Ich muss sagen – das hört sich so als Anekdote spannend an –, aber es war wirklich hart. Heute möchte ich das nicht noch mal erleben: Im Lager Marienfelde zu sein, arbeitslos und ohne Geld. Ich bin dann über mich hinausgewachsen und Klinkenputzen gegangen, was nicht meine Art ist, weil ich im Grunde ein schüchterner Mensch bin. Das

Klinkenputzen hat funktioniert. Diese Phase brach aber nach einem Jahr wieder ab.

Wie haben Sie die Umbruchphase in Deutschland erlebt?

Die Bewältigung, die die Menschen aus der DDR zu leisten hatten, war unterschiedlich. Die, die von der Wende überrascht worden sind, hatten etwas anderes zu bewältigen als die, die vorher schon weggegangen waren. Ich hatte diese Art Überraschung nicht, weil die Auseinandersetzung und der Abschied von der DDR schon abgeschlossen waren. Das mussten die Menschen, die bis zum Ende dort geblieben waren, erst einmal schaffen – und akzeptieren, dass es das Land nicht mehr gab.

War es einfach, als bekannte Schauspielerin aus der DDR an neue Rollen zu kommen?

Ich habe eine Serie synchronisiert, was gut lief, doch dann gedacht, dass das so nicht weitergehen kann, und bin noch mal Klinkenputzen gegangen. Und dann ging es langsam voran. Ich habe viel gedreht, etwa »Praxis Bülowbogen« und »Traumschiff«, »Rosamunde Pilcher« und »Tatort«. Das bleibt in den Köpfen der Menschen. Für solche Produktionen bin ich sehr dankbar, weil es in der heutigen Medienlandschaft, die so zersiedelt ist, sehr schwer ist, sich einen Namen zu machen, der in Erinnerung bleibt. Man kann viel drehen, ohne dass es jemand mitbekommt, wenn es nicht irgendwie ein Prestigeprojekt ist.

Können Sie Unterschiede für Schauspieler in der DDR und der BRD benennen?

Ob wir 10 oder 15 Tage länger gedreht haben, spielte damals keine Rolle. Heute wird viel schneller gearbeitet. Und das liegt mir. Ich arbeite gern schnell, weil man dann unter Adrenalin ist. Heute muss man sich auch mehr kümmern und präsent sein. Es gibt Agenturen. In der DDR hatten wir keine. Es gab zwar ein Besetzungsbüro beim Fernsehen und bei der DEFA mit einer Kartei. Aber sonst kannte man die Leute von den Theatern. Man fuhr auch herum und suchte nach neuen Talenten, was heute, glaube ich, nicht mehr so stattfindet. Heute wird auch viel mehr produziert. Das war mit ein Grund dafür, warum ich aus der DDR weg wollte – weil es potenziell im Westen mehr Arbeit gab.

Seit 2015 spielen Sie bei »In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte« eine Chefarztin. Dreh- und Spielfilm ist Erfurt. Wie empfinden Sie, heute wieder im Osten Deutschlands zu drehen?

Das Seltsame ist, dass Ostdeutschland und Ostberlin nach der Wende als Drehort unheimlich beliebt waren. Man fand das spannend. Die runtergekommenen Hackeschen Höfe beispielsweise hatten plötzlich eine Aura, etwas Morbides. Das zog auch ausländische Produktionen an solche Orte. Ich war damals viel im Osten unterwegs. So drehten wir den Kinofilm »Novalis – Die blaue Blume« großenteils in Oybin in der Sächsischen Schweiz. Eine unheimlich schöne Landschaft. Wir drehten dort in einer verfallenen Burg und wohnten in einem total abgeranzten ehemaligen Arbeiterwohnheim. Das holte mich damals alles wieder ein, bekam aber plötzlich eine philosophische Dimension.

Vielen Dank.

Marijam Agischewa ist Schauspielerin mit österreichischem Pass und bekannt aus zahlreichen Fernseh- und Spielfilmproduktionen aus DDR und BRD. Behrang Samsami ist freier Journalist

»Deutschland und Japan haben ähnliche Mantras des Fleißes«

Die deutsch-japanischen Beziehungen an der Villa Kamogawa

Direkt am Fluss Kamo in der früheren japanischen Hauptstadt Kyoto auf der Insel Honshū befindet sich die Villa Kamogawa. Diese Einrichtung des Goethe-Instituts bietet Künstlern und Kulturschaffenden mit Wohnsitz in Deutschland eine dreimonatige Residenz in »Far East« und damit verbunden einen Perspektivwechsel auf heimische europäische Debatten. Seit einem knappen halben Jahr leitet Enzo Wetzels die Villa Kamogawa. Theresa Brüheim spricht mit ihm über die Bedeutung des Residenzprogrammes für die deutsch-japanischen Beziehungen.

Theresa Brüheim: 2011 wurde die Villa Kamogawa anlässlich des 150. Jubiläums der deutsch-japanischen Beziehungen eröffnet. Was macht diese aus?

Enzo Wetzels: Es gibt eine gewisse Ähnlichkeit, die man Japanern und Deutschen nachsagt: Sie sind sehr eifrig bei der Arbeit, kennen sich technisch gut aus, erfinden viel und gern. Auch wenn wir Deutschen mittlerweile auf verlorenem Posten stehen, was Erfindungen angeht. Nichtsdestotrotz wird diese konstruierte Ähnlichkeit von beiden Seiten weiterhin gepflegt. Man hat sozusagen ähnliche Mantras des Fleißes und der Arbeitsorientierung.

Es gibt darüber hinaus viele Prozesse, die die postindustriellen Gesellschaften in Westeuropa und Japan gleichermaßen durchlaufen und denen sie begegnen müssen – wie z. B. der Überfluss, eine starke Zunahme von

Nationalismus, die alternde Gesellschaft. Das Mantra der Überalterung ist in Japan noch viel stärker präsent als in Europa. Wer zahlt in die Rentenkasse? Wohin mit den ganzen alten Leuten? Sterben Japanerinnen und Japaner irgendwann aus? Allerdings gibt es hier viel weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Man versucht, die Herausforderungen technisch anzugehen und zu lösen, z. B. Roboter für die Pflege einzusetzen. Historisch reicht die deutsch-japanische Verbindung weit zurück. Die erste moderne Verfassung Japans hat die preußische Verfassung zum Vorbild. Zur Zeit des Dritten Reiches pflegte man eine Art Waffenbrüderschaft. Aus politischen und strategischen Gründen wollte man Verstärkung im Fernen Osten haben, um die »Feinde« in der Mitte in die Zange zu nehmen. Beide verbindet auch die totale Niederlage, und beiden Ländern gelang ein rascher Wiederaufbau nach dem Krieg, gefolgt von einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung. Jetzt finden sich beide wieder in einem Tal der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ermüdung.

Welchen konkreten Beitrag leistet die Villa Kamogawa für die deutsch-japanischen Beziehungen?

Die Villa Kamogawa ist eine Art Sprungbrett oder erst einmal eine Plattform für Künstlerinnen und Künstler mit Wohnsitz in Deutschland, die Japan tiefer kennenlernen wollen, als es möglich wäre, wenn sie

z. B. zu einem Festival eingeladen wären oder eine Koproduktion mit einem japanischen Partner realisieren würden. Man kann völlig andere Perspektiven erfahren und für drei Monate ein ziemlich anderes Setting erleben. Wir bieten Künstlerinnen, Kulturtheoretikern, Philosophinnen, Ethnologen und anderen aus Deutschland ein tiefes Atemholen ohne Produktionsdruck. Dadurch dass sich diese Plattform in Japan, in Kyoto befindet, sind Irritationen, Überraschungen, Herausforderungen zu erwarten – für beide Seiten. Die Villa lädt die – japanischen – Nachbarn, Cafébesucherinnen, Studierenden und Kulturschaffenden ein, aus dem japanisch-traditionellen Kyoto mit seinen über tausend Tempeln und Weltkulturerbestätten an den Hängen der Berge herauszukommen und zeitgenössische Kunst, Gedanken und Verhaltensweisen aus Deutschland und Europa zu erleben – und zwar nicht in Form einer Ausstellung, sondern weil sie live auf die Stipendiatinnen und Stipendiaten treffen. Die Villa Kamogawa ist ein Kulminationspunkt, an dem sich Europa und Japan begegnen, wo aber ebenso auch alltägliche Unterschiede sichtbar werden. Unter der Oberfläche des künstlerischen wie auch des wissenschaftlichen Austauschs, der jeder für sich gewissen internationalen Regeln oder Usancen folgt, liegen erhebliche Unterschiede in der Arbeitsweise und dem Umgang miteinander. So ist es immer auch eine Art Selbstvergewis-

serung und Selbstinfragestellung des europäischen Blicks. Z. B. untersucht gerade Luise Donschen botanische Gärten in Kyoto. Sie schaut, wie japanische Gärtner einen »europäischen Garten« auffassen. Sie trifft sozusagen auf das Europabild in Japan. Der berühmte Murin-an in Kyoto – »a Japanese garden masterpiece« – wurde von einem japanischen Politiker angelegt, nachdem er in Berlin und London europäische Gärten zu schätzen gelernt hatte.

Die Villa Kamogawa fördert jedes Jahr bis zu zwölf Stipendiatinnen und Stipendiaten. Wie viele Bewerbungen gehen pro Runde ein?

Es gehen pro Runde ca. 400 Bewerbungen ein. Wir haben drei Zeiträume, die jeweils drei Monate umfassen. Dazwischen liegen eine längere Sommerpause und eine kürzere Winterpause. In der Villa Kamogawa verfügen wir über vier Apartments für Künstlerinnen und Künstler. Im kommenden Jahr wollen wir bis zu neun Stipendien vergeben und ein Apartment für Kooperationen – in den Künsten und den Wissenschaften – freihalten, für längerfristige Vorhaben oder auch für Besuche an der Villa, die im Zusammenhang mit unseren Projekten stehen. Auch Partnerbewerbungen sind möglich, wenn zwei gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Wir sind noch nicht recht darauf vorbereitet, aber wir wollen, dass in Zukunft auch eine Künstlerin oder ein Künstler mit einem kleinen Kind das Stipendium wahrnehmen kann.

Bewerben kann man sich in den Rubriken Architektur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Design, Literatur, Musik, Film und Kulturtheorie/Kulturkritik. Gibt es eine Rubrik, die besonders stark nachgefragt wird?

Ungefähr die Hälfte aller Bewerberinnen und Bewerber kommt aus der Bildenden Kunst. Kyoto hat da auch überwältigend viel zu bieten: Handwerksbetriebe in der 14. Generation, besondere Materialien und Arbeitsweisen und eine andere Auffassung vom öffentlichen Raum, vom Wohnen und Zusammenleben. Im nächsten Jahr wollen wir Kulturtheorie stärker in den Vordergrund rücken, weil auch die Hochschulen an einer internationalen Öffnung interessiert sind. Überhaupt wollen wir japanische Stimmen in die Jury holen, damit die Künstlerinnen oder Kulturtheoretiker nicht ganz »vom Himmel herab« in Japan landen, sondern mit ihren Ideen und Vorhaben schon auf engagierte, erwartungsvolle Partner treffen.

Zur Eröffnung der Villa Kamogawa betonte der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, den Förderschwerpunkt Tanz und Choreografie im Rahmen der Darstellenden Künste. Ist das heute noch so?

Auf jeden Fall. Unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten sind fast immer auch Tänzer und Choreografinnen. Wobei sich auch hier die Interessen erweitern. Mitte dieses Jahres wird die Tänzerin und Choreografin Lisa Gómez hier zum Verhältnis von Körper und Luft arbeiten, sie will dabei auch eine ganz spezifische Art der zeitgenössischen japanischen Bewegungserziehung einbeziehen, das Seitai-ho.

Wie wählen Sie die Stipendiatinnen und die Stipendiaten aus, die zu Ihnen kommen?

Nach der Bewerbungsrunde tritt eine fünf- bis siebenköpfige Jury zusammen. Eine Stimme hat das Goethe-Institut, ansonsten sind es Vertreter aus allen Genres. Im nächsten Jahr wollen wir das System justieren und verstärkt mit Partnerinstitutionen und Kuratoren arbeiten. Künstlerinnen und Künstler sollen auch gezielt eingeladen werden, von denen wir glauben, dass ein Besuch oder eine Residenz von besonderem Interesse für japanspezifische Themen oder hiesige Festivals sein könnten.

Es klingt bereits an, der Austausch mit der japanischen Kulturszene besteht. Wie intensiv ist dieser?

Die Villa Kamogawa ist gut erreichbar, zugleich etwas abgelegen, zwei Kilometer vom Zentrum, von den großen Shopping Malls. Das ist eine gute Ausgangslage zum ruhigen Arbeiten und zugleich zum lebendigen Austausch. In unmittelbarer Nachbarschaft, auch entlang des Kamogawa-Flusses, liegen ein Baumarkt, der kaiserliche Garten, eine Hochzeitskirche japanischen Stils und eben unsere Villa mit dem Charme eines deutschen Cafés mit Dallmeier und einem – wieder – japanischen Garten. Eine sehr lebendige urbane Kulturszene fängt südlich vom Bahnhof an, sich zu entfalten, vier Kilometer von hier. Früher, bis vor ca. 30 Jahren, war das eine zwielichtige Gegend, in der man sich abends vergnügte. Wenn wir es schaffen, dass Leute von dort auch mal flussaufwärts bis in die Villa kommen, um auf die Stipendiaten zu treffen, im Café Müller, am Fluss, im Baumarkt oder bei einem gemeinsamen »Open Studio«, dann haben wir viel erreicht.

Was planen Sie für die Villa Kamogawa?

Wir überlegen gerade, wie wir Themen wie Umweltverschmutzung oder Dekolonialisierung, Postindustrialisierungsgesellschaften und Zukunft von Arbeit und Freizeit nicht nur im bilateralen deutsch-japanischen Kontext verhandeln können. Unser Ziel ist, an der Diskussion zwischen globalem Süden und Norden auch von Japan aus teilzunehmen. Japan hat z. B. ein starkes Interesse in Südostasien und leistet dort Entwicklungshilfe. Solches Engagement gibt es – anders gelagert – in Deutschland auch. Was bedeutet Entwicklungszusammenarbeit heute? Ist das nicht wieder die Kolonialisierung, nur in einem neuen Gewand? Das wäre eine globale Fragestellung. Wir werden Bewohner von Residenzen im globalen Süden kontaktieren und zu Treffen, Veranstaltungen – offline und online – einladen. Außerdem beschäftigt uns die Frage, wie man Leute, die, wie aktuell die Passagiere der Diamond Princess im Hafen von Yokohama, in einer Art von erzwungener Residenz leben, kontaktieren und etwas mit ihnen unternehmen kann.

Vielen Dank.

Enzo Wetzels ist Institutsleiter des Goethe-Instituts Osaka Kyoto und der Villa Kamogawa. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur



**kultur
stellen
markt**

www.nmz.de/stellenmarkt
Print & Online
seriös – aktuell
seit 68 Jahren

www.nmz.de
neue musikzeitung

Die Suche nach dem Glück

Der Abenteurer und Autor Mario Goldstein im Porträt

ANDREAS KOLB

Willkommen im Abenteuer« ist die Homepage von Mario Goldstein überschrieben. Blättert man als gewöhnliches Exemplar eines Internet-Stubenhockers durch die Seiten, dann macht sich Staunen breit über die Unternehmungslust dieses Mannes. Man lässt sich faszinieren und fühlt sich beinahe so wie damals, als man in den Romanen eines Karl May die weite Welt entdeckt hat. Nur mit dem kleinen Unterschied, dass Mario Goldstein die Reisen nach Thailand, mit dem Katamaran über den Ozean, mit dem Wasserwerfer nach Indien und per pedes durch Alaska und Kanada in Wirklichkeit unternommen und erlebt hat. Das macht die Authentizität seiner Reiseberichte, Bücher und Vorträge aus.

Sein jüngstes und viertes Buch, »Abenteuer Grünes Band« ist entstanden in Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Veröffentlicht zum 30. Jubiläum des Mauerfalls, war es nach drei Monaten vergriffen und ging im Januar dieses Jahres bereits in die 2. Auflage. Kein Wunder, das Thema trifft den Nerv vieler Menschen: An der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze erstreckt sich auf knapp 1.400 Kilometern das Naturschutzprojekt »Das Grüne Band«. In 100 Tagen erwanderte der Abenteurer und Reisefotograf Mario Goldstein als BUND-Botschafter das Grüne Band in Deutschland auf dem Kolonnenweg, der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Eine Strecke von 1.393 Kilometern, durch ein Nationales Naturmonument mit einer wechselvollen Geschichte, das heute als Schatzkammer der Artenvielfalt gilt.

Eigentlich müsste das Grüne Band ein rotes Tuch für ihn sein. Denn Mario Goldstein wurde 1969 in Oelsnitz/Vogtland nahe der DDR-Grenze geboren.

»Nach der Wende war diese deutsch-deutsche Grenze in meinem Kopf jahrzehntelang nicht mehr existent. Ich habe nach meiner Erfahrung mit dem DDR-Regime und den Gefängnisauferhalten diesen Lebensabschnitt aus meinem Leben verbannt. Ich stürzte mich auf andere Dinge. Eines aber bleibt, die Suche nach Freiheit beschäftigt mich bis heute.« Er sei »frei aufgewachsen«, erinnert sich Goldstein. Als Kind lebte er mit der Mutter und den Großeltern zusammen. Der Vater hatte sich von seiner Mutter getrennt, als Mario ein Jahr alt war. Zusammen mit seinem ein Jahr jüngeren Bruder war er als Kind nur draußen, baute Hütten und zog durch die Wälder. Da schien die Freiheit grenzenlos. Doch der Radius des jungen Abenteurers wurde größer und irgendwann in der Pubertät drang ihm immer stärker ins Bewusstsein: »Ich komme in meinem Leben nicht mehr raus aus der DDR. Wenn du frei sein willst, dann musst du diese Grenze überwinden.« Es war eine Sehnsucht, die immer mehr Kraft bekam. Zusammen mit Freunden schmiedete der Teenager Pläne für eine Republikflucht. Er sah ein Agrarflugzeug, das zum Düngen eingesetzt wurde, und malte sich aus, wie man mit der Propellermaschine über die Grenze fliegen könnte. Ungeschickterweise redete er darüber. Das hatte zur Folge, dass er erstmals mit 15 Jahren eingesperrt wurde: zwölf Stunden Verhören und zweieinhalb Monate Untersuchungsgefängnis. Sein Gefühl für Freiheit wurde abrupt eingestampft: »Man hat mir die Angst injiziert. Und mich danach im Geheimen weiter observiert.« Das Ergebnis der Schikanen war ein unbändig wachsender Freiheitswille in dem Heranwachsenden.

Mit 18 stellte Goldstein seinen ersten Ausreiseantrag. Der wurde abgelehnt und der Satz eines Beamten der Abteilung für Innere Angelegenheiten hat sich unauslöschlich ins Gedächtnis eingepägt: »Herr Goldstein, Sie kommen hier nie raus.« Vier Wochen später wagte er erneut die Flucht, dieses Mal von der Tschechoslowakei nach Österreich. Und wieder – am letzten Zaun! – wurde er erwischt und zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Sechs Monate saß er in Chemnitz, damals Karl-Marx-Stadt, im Stasi-Gefängnis, dann wurde er für 16.000 DM von der BRD freigekauft.

Februar 1989, ein halbes Jahr vor dem Mauerfall, stand Mario Goldstein schließlich in Fulda und wusste: »Ich bin jetzt frei. Ich bin nicht länger eingeeengt in einem Land.« Angekommen im Kapitalismus, wurde Goldstein Unternehmer mit dem klar formulierten Ziel, Millionär zu werden. »Geld bedeutet Freiheit, dachte ich damals. Das ist es nicht, das weiß ich heute.« Er wurde Lastwagenfahrer, verkaufte Versicherungen, vertrieb Time-Sharing-Urlaube, gründete eine Werbeagentur und verkaufte Fensterwischer auf Wochenmärkten und Messen. Er machte eine Druckerei auf, handelte mit Glas auf Weihnachtsmärkten und wurde schließlich Bauträger und Teilhaber eines Bauunternehmens.

Beinahe zwölf Jahre jagte er als Workaholic und Unternehmer dem Glück nach. Er arbeitete 80 Stunden die Woche, »auf Kosten der Familie«, wie er heute bedauernd sagt. 1999 ging seine Bauträgerfirma pleite, das war der Wendepunkt in seinem Leben. Finanziell hätte er das überstanden, er hatte noch die Fensterwischer und seine Frau war fest angestellt bei der Sparkasse. Aber er merkte, dass sich zusammen mit dem Rückgang des beruflichen Erfolgs auch die Freunde von ihm abwendeten. »Nur solange ich erfolgreich war, hatte ich Freunde.« Das gab Goldstein zu denken. Er stornierte das Lebensziel Millionär, verkaufte alles, was er hatte, und stieg – nach ein paar Zwischen-

stationen – auf einen Katamaran, um damit um die Welt zu segeln. Es war der Start seiner außergewöhnlichen Karriere als Abenteurer.

»2001 holte ich zum Befreiungsschlag aus, verkaufte alles, was ich in Deutschland besaß und segelte von Thailand aus aufs Meer hinaus. Sieben Jahre lebte ich auf einem Katamaran und fand die Freiheit, die ich so lange vermisst hatte. Getrieben von Neugier und meiner inneren Unruhe zog ich von Insel zu Insel, von Land zu Land und von Volk zu Volk.« Mit dem Katamaran »Goodlife« bereiste Goldstein in fünf Jahren 22 Länder. Das nächste große Abenteuer wartete 2011 auf ihn: Zusammen mit seinem Bruder und 1.000 Friedensbotschaften machte er sich mit einem ausgemusterten Wasserwerfer als Fortbewegungsmittel auf den Weg zum Dalai Lama – und erhielt tatsächlich eine Audienz.

2013/14 durchstreifte er mit seiner heutigen Frau Ramona die Wildnis von Alaska und Kanada und 2016 stürzte er sich mit seiner vielbeachteten Wanderung am Grünen Band in ein einheimisches, europäisches Abenteuer.

Goldstein wäre nicht Goldstein, wenn er nicht auch das Abenteuer persönlich managen würde. Heute ist er Inhaber der Eventagentur »Freitritter« in Plauen mit fünf Mitarbeitern, mit denen er Live-Reportagen der Spitzenklasse betreibt. Er vermarktet seine Bücher sowie Reisevorträge von sich, aber auch von anderen Referenten, darunter Namen wie Willi Weitzel, Markus Lanz und National-Geographic-Top-Fotografen und viele andere mehr. Er hält auch Firmenvorträge über Freiheit und Selbstbestimmung – stets gekoppelt mit einer Wanderung mit den Zuhörern, die er führt. Und er gründete das Freitritter Festival in Plauen, das

jedes Jahr Ende März stattfindet. In den sieben Jahren ihres Bestehens konnte die Agentur bereits 100.000 Besucher zu den Veranstaltungen locken.

Goldsteins spirituelles Resümee aus über drei Jahrzehnten Abenteuererleben hört sich einfach an, ist aber schwer errungen. »Der Mensch sucht seit Ewigkeiten nach dem Glück an Orten, wo er es niemals finden wird, etwa im Anhäufen von Geld, Erfolg und Aufmerksamkeit. Gerade wegen der vielen Abenteuer, die ich weltweit erleben durfte, weiß ich, dass man sich gar nicht weit fortbewegen muss, um das Glück zu finden – denn die innere Freiheit zählt. Das dauerhafte Glück entwickelt sich beim Menschen im Inneren – und zeigt sich auch darin, wie man mit anderen Menschen umgeht.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur



Botschafter für das Grüne Band: der Abenteurer und Autor Mario Goldstein

Spiegelung von Diskriminierung bleibt Diskriminierung!

Auf dem Weg zur diversitätsbewussten Gesellschaft

SUSANNE KEUCHEL

Im Vorfeld einer Podiumsdiskussion las ich jüngst folgende interne Moderatorenanweisung: »(...) versuche, die Moderation so zu gestalten, dass dominantes Redeverhalten im Publikum vor allem von weißen Cis-Männern Einschränkungen erfährt«. Sofort stellte sich mir die Frage: Was ist ein Cis-Mann? Meine Recherche ergab, dass als Cis-Gender diejenigen bezeichnet werden, deren aktuelle Geschlechtsidentität dem Geschlecht entspricht, das ihm/ihr bei der Geburt zugewiesen wurde. Diese Erkenntnis aktivierte frühere Tagungserlebnisse zum Thema Diversität, beispielsweise der oft gehörte Einwurf: »Wer nicht selbst diskriminierende Erfahrungen aufgrund der eigenen ethnischen Herkunft erfahren hat, sollte sich zu diesem Thema nicht äußern.« Oder die Einleitung eines Professors zu seinem Vortrag mit den Worten: »Ich weiß, ich darf mich als privilegiierter weißer Biodeutscher zum Thema Diversität eigentlich nicht äußern, mit Blick auf meine Ehefrau, die einen

Migrationshintergrund hat, erlaube ich mir, doch ein paar Perspektiven einzubringen!« Der Begriff »Cis-Gender« dient ebenso, wie der des »Biodeutschen« dazu, Missverhältnisse in Machtfragen zu reflektieren. Mit der Labelung der Mehrheitsgesellschaft in eine »Schubladen-Kategorie«, wie z. B. Cis-Gender, erfährt die Mehrheit das Gefühl, wie es ist, selbst in eine Schublade einsortiert zu werden. Dies erinnert ansatzweise an George Orwells lehrreiches Buch »Animal Farm«. Die Tiere rebellieren hier gegen die Unterdrückung des Menschen, setzen diese ab; infolge übernehmen jedoch schleichend die Schweine den Machthabitus des Menschen. Wenn Diskriminierungspraxis als »normal« von einer Mehrheitsgesellschaft empfunden wird, ist es wichtig, dass dies »hörbar« aufgedeckt wird. Ein Beispiel hierfür ist die Frauenbewegung. Feministische Texte aus dem Umfeld der 1968er-Bewegung lesen sich für heutige Generationen in Teilen befremdlich, waren aber damals wichtige Befreiungsschläge. Es ist jedoch eine Sache, diskriminie-

rende Machtverhältnisse aufzudecken, eine andere, diversitätsbewusst zu handeln und Gesellschaft zu gestalten. Eben genannte Beispiele sind Spiegelungen von Diskriminierung und damit letztlich ebenfalls Diskriminierung! Es wäre eine spannende



KEUCHEL KONTEXTE

ethische Frage, ob erlebte Diskriminierung die Diskriminierung anderer rechtfertigt! Menschen provozierend als »privilegiert« zu bezeichnen, kann Machtverhältnisse aufdecken, kann aber aus verschiedenen Gründen auch kritisch bewertet werden: Denn mit der Differenzierung in Privilegierte und Nicht-Privilegierte erfolgt auch eine einseitige Festlegung von erstrebenswerten Lebensumständen, beispielsweise Erfolg an Geld oder Karriere und nicht an Freundeskreis oder Gesundheit zu binden. Auch

führt dieses Schubladendenken auf der anderen Seite dazu, biografische Zusammenhänge komplett auszublenken. Möglicherweise hat der privilegierte männliche Biodeutsche eine schwere Krankheit, sein Kind verloren oder andere negative Lebenserfahrungen gemacht. Bei der Aufdeckung spezifischer Machtverhältnisse sollte zudem immer der Blick offen sein für andere, bisher noch wenig thematisierte Diskriminierungspraktiken, beispielsweise Diskriminierung bezogen auf Ost-/Westdeutschland, ländliche Bevölkerung oder auch Menschen mit spezifischem Körpergewicht. Das Aufdecken von Machtverhältnissen, aber auch der Weg zu einer diversitätsbewussten Gesellschaft ist letztlich ein nie endender Prozess, da Menschen bei Machtfragen immer wieder dazu neigen werden, neue Allianzen zu bilden – frei nach George Orwell: »All animals are equal, but some animals are more equal than others.«

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

ZUR PERSON ...

Bratschistin Tabea Zimmermann erhält Ernst von Siemens Musikpreis

Der internationale Ernst von Siemens Musikpreis geht in diesem Jahr an die deutsche Bratschistin Tabea Zimmermann. Die Ernst von Siemens Musikstiftung lobte Zimmermanns tiefes musikalisches Verständnis und ihre bedingungslose Liebe zur Musik. Als Solistin arbeitet sie regelmäßig mit den weltweit bedeutendsten Orchestern wie den Berliner Philharmonikern, dem Orchestre de Paris, dem London Symphony Orchestra, dem Israel Philharmonic Orchestra und der Tschechischen Philharmonie. Seit Oktober 2002 ist sie zudem Professorin an der Hochschule für Musik »Hanns Eisler«. Den mit 250.000 Euro dotierten Preis bekommt Tabea Zimmermann am 11. Mai im Münchner Prinzregententheater überreicht.

Neuer Leiter am Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

Henning Mohr ist seit Januar neuer Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft und damit Nachfolger von Norbert Sievers, der seine Führungsverantwortung nach 37 Jahren abgab. Der Sozialwissenschaftler Mohr ist davon überzeugt, dass sich der Kulturbereich insgesamt deutlich flexibler aufstellen muss, um den sich rasant verändernden Bedarfen des Publikums gerecht werden zu können, und möchte sich für eine größere Innovationsorientierung in der deutschen Kulturpolitik einsetzen. In den vergangenen drei Jahren koordinierte Henning Mohr das BMBF-geförderte praxisnahe Forschungsprojekt »INTRAFO« am Deutschen Bergbaumuseum Bochum.

KZ-Gedenkstätte Ravensbrück bekommt neue Leiterin

Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück hat eine neue Leiterin: Andrea Genest wird ab dem 1. August die Nachfolge von Insa Eschebach antreten, die in den Ruhestand geht. Die Berliner Politikwissenschaftlerin Genest wurde durch den Stiftungsrat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten auf Vorschlag einer Auswahlkommission in ihr neues Amt berufen. Genest wird zudem Stellvertreterin des Stiftungsdirektors Axel Drecol. Sie arbeitete bereits an verschiedenen Gedenkstätten im In- und Ausland und wirkte an Ausstellungs- und Publikationsprojekten der Gedenkstätte Ravensbrück mit. Das KZ Ravensbrück war das größte Konzentrationslager der Nationalsozialisten für Frauen. Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück besteht seit 1959.

Berliner Frauenpreis 2020 für Yvonne Büdenhölzer

Die Leiterin des Theatertreffens der Berliner Festspiele, Yvonne Büdenhölzer, erhält am 6. März den diesjährigen Berliner Frauenpreis. Verliehen wird der Preis, der seit 1987 Frauen ehrt, die sich mit besonderem Engagement und zukunftsweisend für Frauen und für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen, von der Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci. Büdenhölzer hat eine Mindestquote von 50 Prozent für die »10er Auswahl« des Theatertreffens eingeführt: Zunächst für die kommenden beiden Jahre müssen mindestens fünf der insgesamt zehn Stücke von Regisseurinnen – oder einem überwiegend weiblichen Team – stammen. Der Berliner Frauenpreis ist mit 5.000 Euro und einer Skulptur der Bühnenplastikerin Esther Janshen dotiert.

Hochspannung

Im Hotel Metropol

Fast wie ein Krimi liest sich der Roman »Metropol« von Eugen Ruge. Ruge erzählt darin die Geschichte seiner Großmutter Charlotte Ruge, einer überzeugten Kommunistin. Sie war mit ihrem zweiten Mann im Agentennetzwerk »OMS« für die Komintern tätig. Im Roman wird der Zeitraum von einem Urlaub am Schwarzen Meer in Moskau über einen »Umzug« in das Hotel Metropol bis hin zur Ausreise nach Mexiko beschrieben. Charlotte und ihr Mann, Deckname Hans, leben zunächst in recht komfortablen Verhältnissen im Hotel Metropol, finanziell abgesichert durch die Komintern. Im Buch wird geschildert, wie sich die Schlinge des stalinistischen Terrors immer enger schließt. Wie Misstrauen gesät wird, wie Denunziation und Verrat um sich greifen und sich das Paar fragt, mit wem sie wann Kontakt hatten, wer Verräter ist und wem noch getraut werden kann. Die Zahl der Verhafteten und der Verschwundenen wird immer größer. Zu Beginn erfreuen sich Charlotte und Hans noch der Spaziergänge rund um das Metropol. Sie genießen das üppige Essen im Speisesalon. Im Verlauf des Romans wird der Horizont immer kleiner. Das Zimmer wird kaum mehr verlassen. Die Gesellschaft im Salon immer kleiner, das Essen frugaler, bis schließlich der Zugang zum Speisesalon verwehrt wird. Beide gehen in Gedanken ihre Kaderakte durch. Das Misstrauen untereinander wächst. Die Begegnungen mit den beiden Söhnen von Charlotte aus erster Ehe werden immer weniger.

Vor der erlösenden Möglichkeit des Exils in Mexiko liegt das Paar fast nur noch regungslos auf seinen Betten. Ermattet von der Angst, die Nächsten zu sein, die abgeholt werden. Jede Nacht hören sie die Schergen des Geheimdienstes, der andere »Bewohner« des Hotels Metropol abholt.

Ruge erzählt in einem lakonischen, dichten Stil, der in den Bann zieht. Als Leserin möchte man die Hauptperson manchmal schütteln, dass sie die Augen vor dem Terror öffnen möge, so berührend ist bei aller Distanz das Buch und so wenig Emotion gesteht Ruge der Hauptprotagonistin zu, die bis zum Schluss von der Richtigkeit stalinistischen Handelns überzeugt zu sein scheint. Ein sehr lesenswerter Roman. Gabriele Schulz

Eugen Ruge. Metropol. Hamburg 2019



Schlaflos im Shitstorm

Der Alltag von Politikerinnen und Politikern

Um 4:30 Uhr aufstehen, 5 Uhr Beschlüsse lesen, 6 Uhr Ankunft ARD-Hauptstadtstudio, 6:30 Uhr Live-Sendung, 7 Uhr Fahrt zu n.tv, 7:30 Uhr Live-Schaltete bei n.tv, 8 Uhr Lesezeit für Anträge & Co., 9 Uhr Presselage, 9:30 Uhr Bundesvorstandssitzung – nur vom Lesen dieses frühmorgendlichen (!) Terminplans steigt der eigene unbeteiligte Stresspegel rasant an. Dabei wurden die Begleitumstände noch nicht mal erwähnt: dauerhafter Schlafmangel, permanenter öffentlicher Druck, regelmäßige Verunglimpfungen und manchmal auch Morddrohungen.

Bei dieser Beschreibung handelt es sich nicht um eine journalistische Übertreibung, sondern um die realitätsnahe Beschreibung des Alltags von Spitzenpolitikerinnen und -politikern. Diesen kennt Julia Jorch sehr gut. Die Autorin von »Schlaflos im Shitstorm: Der etwas andere Insiderbericht aus der Welt der Politik« arbeitete von 2011 bis 2017 in der Pressestelle des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen. Aus dieser Zeit schöpfen sich nicht nur unterhaltsame Anekdoten, sondern auch ungeschönte Wahrheiten über den vielleicht verklärtesten Job der Welt: Berufspolitiker/in.

Mitleid soll nicht erregt, aber ein wenig mehr Verständnis geschaffen werden. Denn klar ist: Wir brauchen Politiker, einfach: »Weil das Land nicht von selbst regiert. Und weil sich Gesetze nicht von alleine schreiben und dumme Gesetze auch nicht von allein wieder verschwinden. Oder

willst du spontan mal kurz erklären, wie man die »Weiterleitung des morbidityorientierten Risikostrukturausgleiches« vorantreiben kann?«.

Für Julia Jorch gibt es zwei Arten von Büchern über Politik: a) ein »superwichtiger« Bericht aus dem »inner circle« der Macht und b) Erklärbücher im pfliffigen Ton. Jorch ist aber noch eine dritte Art gelungen: Ein brutal ehrliches, irre komisches und gewinnend emphatisches Buch über den politischen Alltag und die zuweilen unberechenbare Arbeit in einer Pressestelle. Grandios! Bitte mehr davon! Theresa Brüheim

Julia Jorch. Schlaflos im Shitstorm: Der etwas andere Insiderbericht aus der Welt der Politik. München 2019



Ein erster Schritt

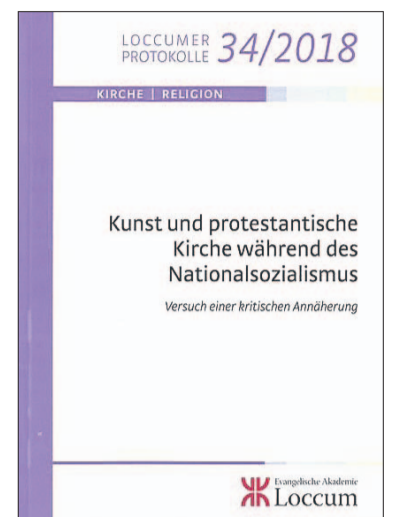
Kirchliche Kunst im Nationalsozialismus

Bis heute tauchen Kunstgegenstände und Kunstgut aus der Zeit des Nationalsozialismus in Kirchen in ganz Deutschland auf. Was machen diese Kunstgegenstände in einem Gotteshaus? Ist diese Kunst per se problematisch? Wo beginnen die Probleme? Wer entscheidet z. B. in den Landeskirchen, was mit dem Kunstgut zu tun ist?

Das ist nur ein Bruchteil der Fragen, die sich stellen, wenn die Auseinandersetzung mit kirchlicher Kunst aus den Jahren des Nationalsozialismus beginnt. So geschehen ist dies auf einer bereits im Juni 2018 gemeinsam vom Kulturbüro der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Evangelischen Akademie Loccum veranstalteten Tagung. Ziel ist es, so langfristig eine gründliche Aufarbeitung der im Nationalsozialismus entstandenen christlichen und kirchlichen Kunstproduktion anzustoßen.

Der Sammelband »Kunst und protestantische Kirche während des Nationalsozialismus«, herausgegeben von Thorsten Albrecht, Christian Brouwer, Johann Hinrich Claussen und Stephan Schaepe, ist zugleich Versuch einer kritischen Annäherung an das Thema und Bericht der genannten Tagung.

Der Sammelband ist in vier Teile gegliedert: Zu Beginn werden die thematischen Grundlagen zur kritischen Aufarbeitung gelegt, es folgen eine Einordnung in den komplexen Kontext von Kunst aus der Zeit des Nationalsozialismus in protestantischen Kirchen, detaillierte Fallbeispiele sowie zu adressierende Aufarbeitungsher-



ausforderungen. Zu den Autorinnen und Autoren zählen neben den Herausgebern unter anderem: Manfred Gailus, Magdalena Droste und Christian Stäblein.

Während Kunst und Kirche im Nationalsozialismus für sich genommen vielfach bearbeitete Themen sind, widmet sich der Sammelband »Kunst und protestantische Kirche während des Nationalsozialismus« einem wenig erforschten Gebiet und kann so als erster wichtiger Schritt auf einem noch langen Weg der Aufarbeitung gesehen werden. Vielen Dank dafür! Theresa Brüheim

Thorsten Albrecht et al (Hrsg.). Kunst und protestantische Kirche während des Nationalsozialismus: Versuch einer kritischen Annäherung. Rehberg-Loccum 2019

Vielschreiber

Der Diskursbeitrag der Kultur

Nachdem Carsten Brosda, seines Zeichens Hamburger Senator für Kultur und Medien, Ende letzten Jahres mit »Die Zerstörung« ein Buch zu zerstörerischen Mechanismen von Politik, Gesellschaft und insbesondere Medien vorlegte, erschien im Februar dieses Jahres sein Buch »Die Kunst der Demokratie. Die Bedeutung der Kultur für eine offene Gesellschaft«. War das erstgenannte Buch in erster Linie eine Beschreibung zerstörerischer Mechanismen, geht es in diesem darum, die Chancen der Kultur für eine demokratische Gesellschaft aufzuzeigen. Dabei stellt sich Brosda den gesellschaftlichen Veränderungen wie ästhetischen, politischen, sozialen und kulturellen Umbrüchen und reflektiert vor diesem Hintergrund, welchen Beitrag Kultur zum Diskurs leisten kann. Weiter setzt sich Brosda mit der sozialdemokratischen Idee »Kultur für alle«, mit Kultur und Heimat, der Erinnerungskultur, dem digitalen Umbruch sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft auseinander. Brosda durchmisst in dem Buch die aktuellen kulturpolitischen Fragen, reflektiert diese und entwickelt auf dieser Folie seine eigenen kulturpolitischen Ideen. Als roter Faden zieht sich durch das Buch, nicht kleingeistig aufzurechnen, ob sich Kultur lohnt, ob die Mittel für Kulturförderung nicht anderweitig besser aufgehoben wären. Dem wird das Bild entgegengesetzt, welche Wirkung und Kraft Kultur entfalten kann, wie sie Debatten und den Geist beflügeln kann. Dabei nimmt Brosda Kultur nicht in den Dienst, sondern macht



unmissverständlich klar, dass die Freiheit der Kunst nicht eingeschränkt werden darf. Weder von jenen, denen künstlerische Arbeiten nicht passen, noch von jenen, die Kultur benutzen wollen. Absolut lesenswert! Gabriele Schulz

Carsten Brosda. Die Kunst der Demokratie. Die Bedeutung der Kultur für eine offene Gesellschaft. Hamburg 2020

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur



Das Magazinegebäude in Berlin-Lichterfelde: Räumlich und personell ist es die größte Einrichtung des Bundesarchivs mit hohem Benutzungsaufkommen

THEMA

Aus dem Schatten treten

Archive sind zentrale Kulturorte

OLAF ZIMMERMANN

Das kann ins Archiv«, damit wird ein Vorgang oft als abgeschlossen bezeichnet. Er wird nicht mehr aktuell benötigt, er kann abgelegt und für die Nachwelt bewahrt werden. Mit »das kann ins Archiv« wird teilweise auch assoziiert, das wird nicht mehr gebraucht, das kann weg!

Eine solche Beschreibung ist natürlich grundfalsch. Denn bei den Archivalien handelt es sich nicht um abgeschlossene Vorgänge im eigentlichen Sinn. Das Spannende an Archiven ist gerade, dass sie ermöglichen, die Vergangenheit immer wieder neu zu befragen und dies für die Gestaltung der Gegenwart fruchtbar zu machen. Archive sichern das Gedächtnis einer Stadt, einer Region, eines Landes, einer Nation, einer Religionsgemeinschaft, einer Bewegung und vieles andere mehr. Archivgut, das lange Zeit unberührt verwahrt wurde, kann plötzlich höchste Relevanz erhalten und Aufschluss über Entscheidungen, Entscheidungswege und Protagonisten geben. So manches Unverständliche erschließt sich durch die Auswertung von Archiven.

In Archiven werden Dokumente aufbewahrt, erschlossen und gesichert. Viele der Dokumente aus der Vergangenheit sind aus Papier. Hier besteht die große Aufgabe darin, diese Dokumente vor dem Verfall zu sichern. Dabei gilt es zu beachten, dass die Dokumente ursprünglich gerade nicht für das Archiv angelegt wurden, sondern dass mit ihnen gearbeitet wurde. Sie tragen daher Spuren der Benutzung, wurden hin

und her gewendet, es wurde auf ihnen geschrieben, sie wurden versandt, abgeheftet, weitergegeben und so weiter. Archivalien atmen Geschichte. Und Archivalien sind Unikate. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied von Archiven zu Bibliotheken. Sicher, wissenschaftliche Bibliotheken bewahren

Archive ermöglichen, die Vergangenheit immer wieder neu zu befragen und dies für die Gestaltung der Gegenwart fruchtbar zu machen

auch Autografen und verfügen damit über Originale. Ohne Zweifel gibt es von einigen alten Büchern nur noch einige wenige Exemplare in Bibliotheken, dennoch richtet sich generell die Arbeit von Bibliotheken darauf, Medien zugänglich zu machen, wohingegen Archive Dokumente und Vorgänge bewahren und zugänglich machen. Ein Archiv zielt ebenso wie eine Bibliothek auf Benutzung. Archivgut ist zugänglich. Die Nutzung und Auswertung unterliegen allerdings Beschränkungen des Persönlichkeitsrechts.

Im Unterschied zu anderen Kulturinstitutionen wie Bibliotheken, Museen oder Theatern werben Archive jedoch nicht mit Ausstellungen oder Aufführungen um Publikum. Ihr Wert bemisst sich nicht darin, wie viel Öffentlichkeit sie erreichen, sondern wie gut und dauerhaft sie Dokumente si-

chern und erschließen. Archive befinden sich daher oft im Windschatten anderer Kultureinrichtungen. Selten, vom Deutschen Literaturarchiv in Marbach oder anderen ausgewählten Archiven einmal abgesehen, wird über sie und ihre Arbeit in den Feuilletons berichtet. Gesehen und Wertschätzung erfährt die Archivarbeit besonders durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Aber auch Journalistinnen und Journalisten sowie Autorinnen und Autoren nutzen intensiv Archive. Sie wissen zu schätzen, was es bedeutet, entlegene Dokumente präsent zu haben oder auszugraben, um der wissenschaftlichen Argumentation oder der publizistischen Idee das entscheidende Argument zu geben oder eine These zu belegen.

Neben der Sicherung der Archivalien sind die Digitalisierung von Archivgut und die Langzeitarchivierung der Digitalisate weitere sehr große Herausforderungen. Hierfür sind entsprechende Investitionen erforderlich, die eben nicht nur das Bundesarchiv und die Landesarchive betreffen, sondern ebenso die kommunalen Archive sowie die Archive, die sich in Trägerschaft von Hochschulen, Kirchen, Stiftungen oder Vereinen befinden. Bei der Digitalisierung ist ferner zu beachten, dass es sich teilweise um Dokumente handelt, die Gebrauchsspuren tragen und deren Papier von minderer Qualität ist. Die Digitalisierung muss daher mit großer Sorgfalt betrieben werden. Archive finden ferner Wege, wie Dokumente, die ausschließlich digital existieren, bewahrt und künftigen Generationen zugänglich gemacht werden können.

Um die Digitalisierung weiter voranzutreiben, sind entsprechende Investitionen in die Infrastruktur sowie in das Personal dringend erforderlich. Dabei werden sehr unterschiedliche Qualifikationen benötigt: von Fachangestellten, die eine Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems absolviert haben, über exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedenen Disziplinen bis hin zu EDV-Expertinnen und -Experten, die technisch versiert sind, unterschiedliche Programmiersprachen beherrschen und Ideen entwickeln, wie die Digitalisierung vorangetrieben werden kann.

Archivarinnen und Archivare sind aber nicht nur Spezialistinnen und Spezialisten für das Bewahren, sie sind es ebenso für das Wegwerfen. Archive folgen einer strikten Logik, was die Bewahrung von Dokumenten betrifft. Daher braucht es die Expertinnen und Experten, die die Dokumente zuordnen, einordnen und über Findbücher – egal ob papiern oder digital – zugänglich machen. Dazu gehört auch, Vorgänge einzuordnen und sie eben nur einmal aufzubewahren. Archivarinnen und Archivare kommt dabei eine große Verantwortung zu.

Archiv ist nicht Archiv

Die Archivlandschaft ist groß und vielfältig. Sie reicht vom Bundesarchiv mit neun verschiedenen Standorten über Landesarchive, kommunale Archive, wissenschaftliche Spezialarchive, Kirchenarchive bis hin zu Spezialarchiven mit einem eng umgrenzten Sammlungsgebiet. Diverse Archive

sind aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden. In einigen werden Dokumente, Flugblätter, sogenannte Graue Literatur und anderes mehr aus den neuen sozialen Bewegungen, die in den 1970er Jahren entstanden sind, gesammelt. In vielen dieser Archive wird unter prekären Bedingungen gearbeitet. Die Finanzierung der Arbeit ist unsicher. Es wird sich von Projekt zu Projekt gehandelt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können kaum Perspektiven eröffnet werden. Es gehört ordentlich Überzeugung und Liebe zur Sache dazu, unter solchen Bedingungen am Ball zu bleiben. Diese Archive bedürfen mehr Aufmerksamkeit und vor allem mehr Ressourcen, damit sie nicht mit dem Ruhestand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgegeben werden müssen.

Archive leben von Dauerhaftigkeit und Zuverlässigkeit, nur dann können sie ihr Versprechen der langfristigen Zugänglichmachung der ihnen anvertrauten Dokumente und Materialien einlösen. Damit dies gelingt, ist eine Archivinitiative vonnöten, damit der Satz »das kann ins Archiv« keine Platitüde ist, sondern mit der Zusage der Aufbewahrung verbunden wird.

Archive sind zentrale Kulturorte. Sie dürfen nicht weiter im Schatten anderer wichtiger Kulturorte stehen. Um ein wenig mehr Licht in oft unbekannte Archivwelten zu bringen, haben wir diesen Schwerpunkt in Politik & Kultur in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv konzipiert.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Ein Ort der Vergewisserung

Was ist ein Archiv?

MICHAEL HOLLMANN

Der Philosoph Michel Foucault hat – nicht als Erster, dafür mit weitreichenden Folgen – den Begriff des Archivs aus seiner ursprünglichen institutionellen Sphäre herausgelöst und einen Diskurs über »das« Archiv als abstrakte Ordnungsstruktur bei der Organisation von Wissen eröffnet.

In der Folge Foucaults haben Philosophen, Kulturwissenschaftler, Medien- und Kunsttheoretiker weiter über »das Archiv« nachgedacht und dabei die real existierenden Archive immer mehr aus dem Blick verloren. Dem Archiv werden nun merkwürdige Eigenschaften zugeschrieben: Es brennt (Georges Didi-Hubermann), es rumort (Wolfgang Ernst), man kann ihm verschrieben sein (Jacques Derrida) und es hat einen Geschmack (Arlette Farge). Neben der traditionellen Archivwissenschaft hat sich eine »Archivologie« entwickelt, für die – so Wolfgang Ernst – das Archiv zu einer »kulturtechnischen Universalmetapher« avanciert sei, zu einer »diskursiven Begriffsmünze«, die »durch lauter Gebrauch bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen« sei. Wohin diese Befreiung des Archivbegriffs »aus der eng archivwissenschaftlichen Umklammerung« führen wird, ist nicht abzusehen.

Tatsächlich fällt es den in der archivistischen Praxis stehenden Archivarinnen und Archivaren zunehmend schwer, diesen soziologisch-philosophischen Diskurs für die Bewältigung der ihnen gestellten Herausforderungen fruchtbar zu machen, die vor allem den Erhalt und die Bereitstellung des archivalischen

Kulturguts betreffen. Dafür hat ihr – tatsächlich nur vordergründiger – Hang zum Gegenständlichen nicht wenig zu dem merkwürdigen Sonderling-Image beigetragen, das Archivare – und hier entspricht die Reduzierung auf die männliche Form dem literarischen Topos – in Literatur und Film haben.

Yuval Noah Harari hat in seinem grandiosen Werk »Eine kurze Geschichte der Menschheit« darauf hingewiesen, dass die Erfindung und Verwendung einer Schrift allein nicht genügt, damit eine untergegangene Zivilisation wenigstens in der Erinnerung der Nachwelt Bestand hat. Nur wenn diese Zivilisation auch Institutionen der Sicherung und Speicherung von schriftlichen Aufzeichnungen ausgebildet hat, kann ihre Kultur heute noch erforscht werden. Ob als babylonisches Tempelarchiv oder römisches Staatsarchiv: Archive trugen wesentlich zur Stabilität staatlicher Ordnungen bei und stellten so auch das spätere Erinnert-Werden sicher.

Diese Erkenntnis gilt heute unverändert fort. Die staatlichen Archive sichern Aufzeichnungen, die angefertigt wurden, um schriftlich auf Papier oder einem anderen Medium politisches und administratives Handeln zu dokumentieren. Diese Aufzeichnungen werden als »Gedächtnisstütze« aufbewahrt; sie dienen immer zunächst einem sehr unmittelbaren, aktuellen Zweck der Kommunikation, Wissenssicherung und Rechtfertigung. Sie entstehen nicht, um im Interesse einer wissbegierigen Nachwelt archiviert zu werden.

Wenn der ursprüngliche Zweck der Aufzeichnung entfallen ist, gilt heute für staatliche Stellen die Verpflichtung, alle für die Administration verzichtbar-

ren Unterlagen dem zuständigen Archiv anzubieten, dessen fachkundiges Personal für die Auswahl der dauerhaft zu erhaltenden Unterlagen, die konservatorische Sicherung, Digitalisierung und schließlich für die Bereitstellung zur Nutzung sorgt. Grundsätzlich handelt es sich dabei um unikales Archivgut, das nur in genau einem bestimmten Archiv überliefert wird.

Aber nicht nur der Staat, auch große Wirtschaftsunternehmen und wichtige gesellschaftliche Institutionen wie Kirchen, Parteien und Vereine unterhalten mittlerweile Archive. Wesentlich für die Beziehungen der Archive untereinander ist, dass sie nicht miteinander konkurrieren; da Archivgut buchstäblich einmalig ist, verhalten die mehr als 1.000 Archive in Deutschland sich komplementär zueinander. Und da macht es nichts, dass nicht alle Einrichtungen, die sich Archiv nennen, einer strengen, auf einer spezifischen Zuständigkeit basierenden Definition entsprechen. Zahlreiche Spezialsammlungen wie das Archiv für alternatives Schrifttum (afas) oder das Deutsche Tagebucharchiv dürfen ebenfalls für sich in Anspruch nehmen, unikales Archivgut zu sichern und damit Teil des nationalen Gedächtnisses zu sein.

Alle Archive sichern Archivgut mit dem Anspruch, die Originale so lange wie möglich, die Informationen aber möglichst unbegrenzt zu erhalten. Damit sichern sie Informationen, die selbst noch keine Erinnerung sind, die aber – gemäß den gesetzlich definierten Zugangsregeln – von jedermann genutzt werden können und so zur Grundlage historischen Erinnerns werden können; im Zeitalter der Information



Die Bestände der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg umfassen die Überlieferung staatlicher militärischer Stellen seit 1867

und des digitalen Wandels sind Archive Garanten der Volkssouveränität.

Was also ist ein Archiv? Ein Archiv, jedes Archiv ist ein Ort der Vergewisserung, die individuelle und kollektive Erinnerung möglich macht und damit eine wichtige Voraussetzung von Identität auf der Ebene der Person, der

Familie sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung darstellt. Und je leichter der Zugang zu seinem Archivgut ist, desto mehr wird ein Archiv diesem hohen Anspruch gerecht.

Michael Hollmann ist Präsident des Bundesarchivs

Das Überlieferungskomprimat

Der Dialog zwischen Archiven und Wissenschaft

RAINER HERING

Archive sichern unser Wissen dauerhaft. Weil wir in einer Informationsgesellschaft leben, benötigen wir täglich eine große Zahl von Angaben aus früheren Tagen, Monaten und Jahren. Dabei helfen uns diese Wissensspeicher. Archive beinhalten eine Vielzahl von Informationen auf Pergament, Papier, Film, als Bild oder in elektronischer Form. Sie sichern heute Unterlagen von gestern, damit sie morgen für alle zur Verfügung stehen.

Archive sind Oasen des Wissens. Die dort verwahrten Unterlagen sind, anders als in Bibliotheken, in der Regel Unikate: Als Originaldokumente sind sie nur hier zu finden. Archivarbeit ist die Grundlage historischer Publikationen und Sachbücher. Wer eine wissenschaftliche Arbeit oder eine sonstige Veröffentlichung schreiben will, braucht valide Informationen und Daten. Diese können in den Archiven recherchiert werden.

Wissenschaftlich fundierte Untersuchungen sind die Grundlage unserer historischen Kenntnisse. Sie basieren auf Quellen, die sich vor allem in den Archiven finden. Archive bewahren unsere historische Überlieferung und gewährleisten so verlässliche Forschungen.

In der Geschichtswissenschaft ist die Landesgeschichte sehr wichtig. Sie schafft die Voraussetzung dafür, dass die Bedeutung der einzelnen Regionen und Orte angemessen in der deutschen Geschichte berücksichtigt wird. Viele wirksame Anstöße, insbesondere im Bereich der sozial- und alltagshistorischen Forschung, stammen aus der

Lokal- und Regionalgeschichte. Auf dieser Ebene lassen sich viele Themen gründlicher analysieren, als es auf der nationalen oder gar der internationalen Ebene möglich ist. Diese Tiefe ist nur mit archivistischen Quellen zu erzielen.

Archive sind ein zentraler Faktor des modernen Wissensmanagements und der Wissenskonstruktion. Die Archivarinnen und Archivare bewerten die angebotenen Dokumente und wählen etwa drei bis fünf Prozent zur dauerhaften Aufbewahrung aus. Ziel ist ein Überlieferungskomprimat: viel Inhalt auf wenig Raum und für wenig Geld. Dadurch ermöglichen Archive eine Konzentration auf das Wesentliche und entlasten die Verwaltungen, die so Raum- und Personalkosten einsparen können.

Nur eine klare Ordnung ermöglicht das schnelle Auffinden des Gesuchten. Archivarinnen und Archivare bereiten die bei ihnen dauerhaft verwahrten Informationen strukturiert auf, um einen zeitnahen Zugriff zu ermöglichen, gerade auch für die Wissenschaft. Für jede Registratur führende Stelle wird ein eigenes Findbuch erstellt, sodass der Entstehungszusammenhang der Informationen erhalten bleibt – das ist das Provenienzprinzip.

Im 19. Jahrhundert wurden die Archive endgültig zu Stätten wissenschaftlicher Forschung, nachdem bereits im 16. Jahrhundert eine intensive Nutzung der Archive für historische Arbeiten eingesetzt hatte. Diese wurde auch von den Archivaren betrieben, die vereinzelt zudem an Universitäten lehrten.

Die Präsenz von Archivarinnen und Archivaren in der akademischen Lehre und Forschung gewinnt im digitalen Zeitalter immer mehr an Bedeutung:

Zum einen führt das kaum mehr zu überblickende Internetangebot gerade bei Studierenden dazu, sich ganz auf die virtuelle Welt zu verlassen und immer seltener von sich aus Bibliotheken und Archive persönlich zu nutzen. Hier muss aktiv in der Lehre entgegengesteuert werden, um eine Verengung der Forschungsperspektiven zu verhindern und eine differenzierte, quellennahe Wissensaufnahme zu gewährleisten.

Darüber hinaus wird im Zeitalter der Globalisierung die Bewahrung von lokaler und regionaler Identität immer wichtiger, damit die Menschen sich in einer immer unübersichtlicher werdenden bzw. scheinenden Welt orientieren und mental verankern können. Dazu kann gerade die Beschäftigung mit der Geschichte vor Ort, also die lokale, die regionale, aber auch die Landesgeschichtsschreibung nachhaltig beitragen. Archiven kommt in diesem Prozess eine zentrale Bedeutung zu, um die hierfür erforderlichen Quellen und ggf. weiterführende Beratung zur Verfügung zu stellen.

Ein dritter Grund verdeutlicht die notwendige Zusammenarbeit von Hochschulen und Archiven: Die Einführung moderner Speichermedien in den öffentlichen wie privaten Verwaltungen sowie die digitale Kommunikation in unserer Gesellschaft führen dazu, dass die Quellen des 21. Jahrhunderts in den Archiven überwiegend elektronisch erhalten werden. Für ihre Interpretation und historische Auswertung sind neue methodische Instrumente erforderlich, sodass die Historischen Grundwissenschaften, wie z. B. die Aktenkunde, kontinuierlich weiterentwickelt werden müssen. Zugleich gewinnt die Archivwissenschaft, die die theoretische

Basis für das archivistische Wirken schafft, an Bedeutung, da sich die Prozesse in den Archiven grundlegend wandeln. Zudem schafft auch sie das methodische Grundgerüst für die angemessene Auswertung von archivistischen Quellen. Deutlich wird, dass der intensive Dialog zwischen Wissenschaft und Archiv eine zentrale Voraussetzung für

den dauerhaften Erhalt und die Nutzung unseres Wissens ist. Archivarinnen und Archivare sind dazu bereit.

Rainer Hering leitet das Landesarchiv Schleswig-Holstein und lehrt an den Universitäten Hamburg und Kiel Neure Geschichte und Archivwissenschaft

ÜBERBLICK SCHWERPUNKT

Was ist ein Archiv? Viele werden antworten: ein Aktenlager; einige werden philosophieren: Gegenstand der Kultur-, Medien- und Kunstwissenschaft; wenige werden wissen: das Gedächtnis unserer Gesellschaft. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, befasst sich auf S. 16 auch mit dieser Frage. Für ihn ist das Archiv auch ein Ort der Vergewisserung. Auf der gleichen Seite gibt Rainer Hering einen Einblick in den Dialog zwischen Archiv und Wissenschaft.

Mehr über die strategischen Herausforderungen, die dem Bundesarchiv gegenüberstehen, berichtet auf S. 17 die Vizepräsidentin Andrea Hänger. Auf S. 18 erklärt Christine Axer, während Tobias Herrmann über die Akten des Reichskolonialsamtes im Bundesarchiv berichtet.

Das Schweizerische Bundesarchiv befindet sich gerade auf dem Weg zum komplett digitalen Archiv – wie dieses aussieht, weiß Stefan Kwasnitza auf S. 19. Der Deutsche Bundestag hat die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv beschlossen: Auf S. 20 und 21 diskutieren Ro-

land Jahn, Hans Jessen, Michael Hollmann und Olaf Zimmermann, wie dies in der Praxis aussieht und was in der Konsequenz folgen muss. Einblicke in das Landesarchiv Baden-Württemberg, das Stadtarchiv Halle (Saale), das Historische Archiv des Erzbistums Köln, die Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, das Deutsche Literaturarchiv und das Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung finden sich auf S. 22 und 23. Jürgen Bacia macht auf S. 24 die Probleme deutlich, mit denen Freie Archive konfrontiert sind.

Kerstin Wolff stellt ein alternatives Archiv, nämlich das Archiv der deutschen Frauenbewegung, auf eben dieser Seite vor.

Ins Hessische Landesarchiv nimmt Andreas Hedwig die Leserinnen und Leser auf S. 25 mit und Susanne Freund erläutert Berufswege ins Archiv. Auf S. 26 gibt es die Möglichkeit, in die Zeitschriften Archivar und Archivalische Zeitschrift hineinzulesen.

Dieser Schwerpunkt ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv entstanden.

Das Alte mit neuen Methoden bewahren

Die strategischen Herausforderungen des Bundesarchivs

ANDREA HÄNGER

Als nationales Zentralarchiv der Bundesrepublik ist das Bundesarchiv zuständig für die Übernahme, Erhaltung und Bereitstellung der Unterlagen der Bundesverwaltung und ihrer Vorläuferinstitutionen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Überlieferung der zentralen zivilen und militärischen Stellen der DDR. Ergänzt wird die staatliche Überlieferung durch die Unterlagen von Verbänden, Vereinen und Personen von überregionaler Bedeutung, sofern nicht andere Archive diese Aufgabe übernehmen. Zurzeit verwahrt das Bundesarchiv unter anderem über 400 Kilometer Akten, 12 Millionen Fotos und 150.000 Filmwerke ganz überwiegend aus dem Bereich der Zeitgeschichte.

Betrachtet man die wechselvolle Geschichte von Reichs- und Bundesarchiv, wird schnell klar, wie sehr auch eine vermeintlich eher im »Windschatten der Geschichte« stehende Institution wie ein Archiv gesellschaftlichen Veränderungsprozessen unterworfen ist. So betrifft aktuell auch der tief greifende digitale Wandel die Aufgaben des Archivs in ihrem Kern. Auch wenn zurzeit die Übernahme der Stasi-Unterlagen das Thema ist, mit dem das Bundesarchiv am stärksten in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, ist sie doch nicht die größte Herausforderung, die es zu bewältigen gilt.

Eine zentrale Aufgabe des Archivs ist die Übernahme der Unterlagen, die in der laufenden Verwaltung nicht mehr für die Aufgabenwahrnehmung benötigt werden und denen bleibender Wert zukommt. Beide Kriterien, das Abgeschlossenheit und der bleibende Wert, sind konstitutiv für die Entstehung von Archivgut. Doch in der digitalen Welt ist dieser Zustand des Abgeschlossenheit nicht mehr so klar zu definieren wie bei einem Aktenordner, bei dem schon die rein materielle Begrenzung der Ringheftung oder des Heftstreifens das Zur-Seite-Legen mit sich bringt. In einer E-Akte gibt es kein so offensichtliches Platzproblem, und in einer Datenbank verbleiben auch solche Datensätze einfach im System, die nicht mehr aktualisiert werden. Die Übergänge zwischen Fachverfahren und E-Akten-Systemen sind zudem fließend, und nicht alle Informationen befinden sich stabil an einem Ort. Es kann kaum noch eindeutig definiert werden, was genau die E-Akte umfasst, die dauerhaft zu sichern ist, weil zum Verständnis des Entscheidungsprozesses weitere Systeminformationen benötigt werden. Im Dezember 2019 ging nach fast zehnjähriger Vorarbeit das Digitale Zwischenarchiv des Bundes in den Produktivbetrieb. Das Bundesarchiv verantwortet hier ein zentrales Projekt der IT-Konsolidierung der Bundesverwaltung und hat damit mehr als nur einen Meilenstein erreicht, seine Arbeit auch in der digitalen Welt fortzuführen. Doch kaum ist dieser Schritt getan, stehen die nächsten Herausforderungen an. Komplexe moderne Fachverfahren bringen neue Fragen mit sich, nämlich die einer nicht mehr rekonstruierbaren Entscheidungsgrundlage in den Fällen, in denen externe Informationsquellen »on the fly« in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, ohne in den Entscheidungsdokumenten selbst ihren Niederschlag zu finden. Gleichzeitig müssen bis mindestens Ende der 2030er Jahre parallel die Kapazitäten und das Know-how für die Übernahme von Papierakten bereitgehalten werden.

Eine weitere große Herausforderung ist der dauerhafte Erhalt des Archivguts – und das möglichst im Original. Ausnahmslos alle Trägermaterialien

bestehen aus organischen Grundstoffen, die naturgemäß einem mehr oder weniger schnellen Verfall ausgesetzt sind, der im besten Fall aufgehalten, aber niemals ganz zum Stillstand gebracht werden kann. Bei Filmmaterial oder Tonbändern ist ein zügiger Wechsel des Trägermaterials unumgänglich, um die Informationen dauerhaft erhalten zu können. Das gilt aber auch für Papier. Das Bundesarchiv wird nicht über die Ressourcen verfügen, seine über 400 Kilometer Papierakten Blatt für Blatt mit aufwändigen Restaurie-

dem geschieht mehr und mehr über das Internet. Dabei zielen die Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer nicht nur auf die fast schon selbstverständliche digitale Bereitstellung, sondern auch auf einen qualitativ höheren Recherche-Komfort, der sich mit den Alltagserfahrungen der Nutzerinnen und Nutzer in anderen Lebensbereichen messen lassen muss. Großes strategisches Ziel des Bundesarchivs für diese Dekade ist die digitale und – soweit rechtlich möglich – Online-Bereitstellung aller relevanten Quellen aus der Zeit des Dritten

in 100 Jahren die Frage nach Herkunft und Abstammung nicht wird beantwortet werden können. Ein angemessener Ausgleich zwischen Datenschutz und Recht auf Erinnern steht hier noch aus.

Und nicht zuletzt braucht es natürlich auch Menschen, die die Arbeit im Archiv machen. In Fachkreisen wird seit Langem über das Berufsbild »Archivar/in« diskutiert, der oder die möglichst neben ausgewiesener Expertise im Bereich mittelalterlicher Urkunden in lateinischer, französischer und deutscher Sprache XML, SQL und Java be-

beit benötigt, die aber unter den Bedingungen des öffentlichen Dienstes nicht ohne Weiteres zu gewinnen sind. Die Berufsdiskussion blendet zudem aus, dass Archive nicht nur ein Arbeitsplatz für Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind, sondern dass die Mehrzahl der Beschäftigten in verschiedensten Ausbildungsberufen arbeitet. Hier besteht die Herausforderung, dass auch Qualifikationen benötigt werden, die »am Markt« nicht mehr ausgebildet werden, wie z. B. im Bereich der analogen Filmbearbeitung,



Das Bibliotheksmagazin des Bundesarchivs am Dienstort Berlin-Lichterfelde

ungsmaßnahmen zu erhalten. Für eine große Menge müssen einfache konservatorische Maßnahmen wie eine archivgerechte Lagerung – die mit Abstand wirtschaftlichste und effektivste Methode der Bestandserhaltung – ausreichen, um das Papier möglichst lange zu erhalten. Nach und nach sind dann über die Digitalisierung zumindest die Informationen über die Zeit zu retten, wobei heute nicht absehbar ist, ob in jedem Fall die Digitalisierung vor dem Zerfall realisiert werden kann. Damit ist die wichtigste Herausforderung für das Bundesarchiv die Schaffung von fachlich geeigneten Magazinkapazitäten – und das nicht nur für die Stasi-Unterlagen, sondern auch für die Unterlagen der 2019 in das Bundesarchiv übernommenen ehemaligen Wehrmachtauskunftsstelle und die mehr als 75 Kilometer Akten, die nach heutigem Wissen noch in den Bundesbehörden verwahrt werden. Vor dieser Herausforderung verblasst die ebenfalls gewaltige Aufgabe, jährlich einen Zuwachs an Datenmenge von mehr als fünf Petabyte bewältigen zu müssen, die vor allem aus der Digitalisierung der Filme bzw. der Abgabe bereits digital produzierter Filme herrühren.

Die dritte wesentliche Kernaufgabe ist die Bereitstellung. Dies hat grundrechtlichen Charakter. Archivbenutzung ist schon lange nicht mehr auf den Besuch von Lesesälen reduziert, son-

Reiches, um einer breiten Öffentlichkeit einen möglichst voraussetzungslosen Zugang zu diesen Quellen zu verschaffen. Für die neueste Zeitgeschichte ist eine solche Bereitstellung auf lange Sicht leider unmöglich – vor allem, weil das Urheberrecht die Erfordernisse und Besonderheit der Archive konsequent ignoriert.

Das führt von den Kernaufgaben zu den Rahmenbedingungen. Um diesen Aufgaben vollständig gerecht zu werden, ist eine permanente Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens erforderlich. Nicht möglich ist zurzeit die Sicherung von Registerdaten, die Spezialgesetzen unterliegen, wie z. B. das Ausländerzentralregister. Hier werden jährlich große Mengen an Daten gelöscht und sind damit unwiederbringlich für künftige Generationen verloren. Während in den meisten Landesarchivgesetzen das Archivgesetz die Löschungsvorschriften der Spezialgesetze überschreibt, sollte im Bund der für die Bürgerinnen und Bürger deutlich transparentere Weg beschritten werden: die Aufnahme einer Erlaubnis zur dauerhaften Aufbewahrung von Daten in die Spezialgesetze. Diese Gesetzesänderungen sind aber bisher nicht erfolgt. Das führt dazu, dass z. B. die Daten derjenigen Menschen, die in den letzten Jahren neu in unser Land gekommen sind, nicht gesichert werden dürfen und so ihren Nachkommen

herrschen sowie kompetente Stellungnahmen zur deutschen Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht oder zur Informationsweiterverwendung abgeben können sollte, während er oder sie die diversen Social-Media-Kanäle des Archivs kreativ und möglichst rund um die Uhr bespielt. Diesen Herausforderungen lässt sich aber nicht mit Berufsdiskussionen begegnen, sondern nur mit einer Neuausrichtung des gesamten Berufsfeldes »Archiv«, das mehr und mehr echte Spezialisten in den Bereichen Informationstechnologie, Recht und Öffentlichkeitsar-

die im Bundesarchiv als Voraussetzung für die Digitalisierung noch viele Jahre zwingend benötigt werden.

So pendeln die Aufgaben des Bundesarchivs zwischen Tradition und Innovation. Die strategische Herausforderung bleibt, das Alte mit neuen Methoden zu bewahren und die Gesellschaft von der Relevanz dieser Arbeit so zu überzeugen, dass dafür ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Andrea Hänger ist Vizepräsidentin des Bundesarchivs

i BUNDESARCHIV

Der Schwerpunkt »Das Archiv: Das Gedächtnis der Gesellschaft« ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv entstanden. Es hat den gesetzlichen Auftrag, das Archivgut des Bundes auf Dauer zu sichern und nutzbar zu machen. Dabei handelt es sich um Unterlagen wie Akten, Karten, Bilder, Plakate, Filme und Tonaufzeichnungen in analoger und digitaler Form. Entstanden sind die Unterlagen bei zentralen Stellen des Heiligen Römischen Reiches (1495-1806), des Deutschen Reiches (1815-1866), des Deutschen Reiches (1867/71-1945), der Besatzungszonen (1945-1949), der Deutschen Demo-

kratischen Republik (1949-1990) und der Bundesrepublik Deutschland (seit 1949). Zudem sammelt das Bundesarchiv auch schriftliche Nachlässe von bedeutenden Personen, Unterlagen von Parteien, Verbänden und Vereinen mit überregionaler Bedeutung sowie publizistische Quellen.

Die Bilder im Schwerpunkt auf den Seiten 15 bis 27 zeigen die neun Dienstorte des Bundesarchivs. Diese befinden sich in: Bayreuth, Berlin-Lichterfelde, Berlin-Reinickendorf, Freiburg im Breisgau, Hoppegarten, Koblenz, Ludwigsburg, Rastatt und Sankt Augustin-Hangelar.

Für alle

Der Zugang zu Archivgut

CHRISTINE AXER

Immer noch werden Archive assoziiert mit Schlagworten wie Geheimarchiven oder Schatzkammern. Dabei sind sie bereits seit mehr als zwei Jahrhunderten nicht mehr Herrschaftsarchive, sondern sie bewahren Unterlagen mit historischem, wissenschaftlichem, kulturellem und rechtlichem Wert auf, um sie allen Interessierten zugänglich zu machen. Sie sind das Gedächtnis einer Gesellschaft.

Als Gedächtnis einer Gesellschaft können Archive nur dann Wirkung entfalten, wenn sie nicht nur Unterlagen von historischem oder rechtlichem Wert dauerhaft erhalten, sondern wenn sie diese auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Mehr denn je stehen Archive in Deutschland allen offen. Digitalisierung und Informationsfreiheit, aber auch die Transformation von der Informations- in eine Wissensgesellschaft haben diese Entwicklung in den letzten Jahrzehnten weiter beschleunigt.

Archive können nur dann allen Interessierten offenstehen, wenn sie die Daten all jener angemessen schützen, die im Archivgut, wie z. B. Prozess- oder Personalakten, enthalten sind. Datenschutz und Öffnung der Archive sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille.

Das Verhältnis von Datenschutz und Nutzung wird in den 17 Archivgesetzen des Bundes und der Länder im Einzelnen austariert. Ausgangspunkt ist dabei die allgemeine Feststellung, dass die Archive der Nutzung offenstehen. Die Ausgestaltung variiert im Einzelnen. Die meisten Archivgesetze wie das des Landes Nordrhein-Westfalen schreiben ein Recht auf Nutzung für jedermann und jederfrau fest. Andere Archivgesetze, wie das des Landes Bayern, schreiben ebenfalls ein Recht auf Nutzung fest, setzen aber die Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses voraus, welches bei amtlichen, wissenschaftlichen, publizistischen oder Bildungszwecken sowie zur Wahrnehmung berechtigter persönlicher Belange als gegeben gilt. Eine dritte Kategorie von



Aufsicht auf das Gebäude der Hauptdienststelle des Bundesarchivs in Koblenz, das 1952 gegründet wurde

Archivgesetzen, wie z. B. das Hamburgische Archivgesetz, stellt fest, dass jeder das Recht hat, Archivgut »zu amtlichen, wissenschaftlichen, heimatkundlichen oder publizistischen Zwecken sowie zur Wahrnehmung berechtigter persönlicher Interessen« zu nutzen.

Wie dieses allgemeine Recht auf Zugang zu Archivgut umgesetzt und gleichzeitig das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt wird, deklinieren die Archivgesetze im Detail. Alle Archivgesetze legen Schranken fest, innerhalb derer die Nutzung von Archivgut nochmals gesondert zu beantragen und zu begründen ist. Hierbei handelt es sich um die sogenannten Schutzfristen. Die beiden wichtigsten Schutzfristen sind die allgemeine Schutzfrist, welche im Wesentlichen für alle Unterlagen gilt, und die zusätzliche Schutzfrist für personenbezogenes Archivgut.

Anders als oft dargestellt, schützt die allgemeine Schutzfrist die schützenswerten Interessen all jener, zu denen im Archivgut Informationen enthalten sind. Dieses Ziel könnte theoretisch auch erreicht werden, indem bei jeder Nutzung für jede Archivalie geprüft wird, ob schützenswerte Angaben enthalten sind. Archive jedoch verwahren Urkunden aus dem Mittelalter und weiteres Archivgut aus vorherigen Jahrhunderten. Eine solche Prüfung macht hierfür keinen Sinn; die Nutzer müssten lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Es bedarf also einer zeitlichen Begrenzung für das Erfordernis der Prüfung der anspruchsbegrenzenden bzw. -ausschließenden Tatbestände im Archiv: der allgemeinen Schutzfrist von 30 bzw. in einigen Fällen von zehn Jahren.

Die Schutzfrist für personenbezogenes Archivgut orientiert sich an den Lebensdaten der Betroffenen. Sie beträgt

zehn Jahre nach Tod oder wenn dieser nicht feststellbar ist – je nach Archivgesetz – 90 bzw. 100 Jahre nach Geburt. Sind beide nicht feststellbar, beträgt die Schutzfrist 60 Jahre nach Geburt.

Beide Schutzfristen schließen das Archivgut nicht grundsätzlich von der Nutzung aus, sondern sie schützen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder, der entsprechendes Archivgut einsehen möchte, kann daher einen Antrag auf Verkürzung der Schutzfristen stellen. Die allgemeine Schutzfrist kann gemäß Hamburgischem Archivgesetz verkürzt werden, wenn unter anderem das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder aber schutzwürdige Interessen Dritter nicht durch die Nutzung verletzt werden.

Die personenbezogene Schutzfrist hingegen kann verkürzt werden, wenn die Einwilligung des Betroffenen oder

seines Rechtsnachfolgers vorliegt, es sich um ein wissenschaftliches Vorhaben handelt oder berechtigte Belange vorliegen und die schutzwürdigen Interessen Betroffener bzw. Dritter angemessen berücksichtigt werden.

Indem die Schutzfristen die Wahrung des Datenschutzes garantieren, ermöglichen sie die anhaltende Öffnung der Archive. Ohne sie könnte kein weitestgehend voraussetzungsloser Zugang auch zu all jenen Unterlagen gewährt werden, die keinen Schutzfristen mehr unterliegen.

Der Blick in die Zukunft lässt erahnen, dass künftig der Zugang zu Archivgut noch leichter sein wird. Digitalisate und Portale werden die Hürden weiter senken. Der Datenschutz wird dabei weiterhin eine große Rolle spielen.

Christine Axer ist Abteilungsleiterin im Staatsarchiv Hamburg

Quellen zur Kolonialgeschichte

Eine verflochtene Überlieferung

TOBIAS HERRMANN

Die deutsche Herrschaft über die »Schutzgebiete« und Kolonien in Afrika, im Pazifischen Ozean und in China währte mit maximal 35 Jahren – von 1884 bis 1919 – nur vergleichsweise kurz. Dennoch ist aus dieser Zeit eine Vielzahl archivarischer Quellen überliefert, die für die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte zur Verfügung stehen und einer gründlichen Auswertung harren – im kritischen Bewusstsein dessen, dass sich darin weit überwiegend die Sicht der Kolonialmacht spiegelt, die keinesfalls allein die Geschichtsschreibung bestimmen darf.

Die erhaltenen über 10.000 Akten des zentralen Bundesarchiv-Bestands Reichskolonialamt können nahezu vollständig online genutzt werden. Sie geben Einblick in die Entstehung grundlegender politischer Entscheidungen und rechtlicher Regelungen, den Verwaltungsaufbau in den Kolonien, Wirtschafts- und Verkehrsinfrastrukturen, Beziehungen zu den Ein-

heimischen, bewaffnete Auseinandersetzungen, Forschungsexpeditionen, Missions- und Schulwesen und mehr. Allerdings ist die Überlieferung nicht lückenlos: Rund 30 Prozent der Anfang 1945 noch im Reichsarchiv befindlichen Unterlagen des Bestands wurden beim Luftangriff auf Potsdam im April 1945 zerstört, darunter Akten zum Etat- und Rechnungswesen, Eisenbahnsachen und die Unterlagen der Schutztruppen.

Die schriftliche Überlieferung der deutschen Lokalverwaltung in den Kolonien ist – mit teilweise abenteuerlichen Zwischenstationen – in der Regel dort verblieben und wird heute überwiegend in den Nationalarchiven der Nachfolgestaaten verwahrt. Dieser Zustand entspricht dem bewährten Kontinuitätsprinzip, wonach Verwaltungsunterlagen möglichst an dem Ort aufbewahrt werden sollten, auf den das Handeln der überliefernden Stelle sich wesentlich bezieht. Zudem verbleiben sie in ihrem Entstehungszusammenhang, der eine kontextorientierte Auswertung ermöglicht.

Restitutionsfragen stellen sich deshalb im archivischen Bereich zwischen der Bundesrepublik und den Nachfolgestaaten der deutschen Kolonien faktisch nicht. Abgesehen davon, dass

es sich bei dem in Deutschland aufbewahrten Archivgut um originär deutsche Unterlagen handelt, die im Unterschied etwa zu musealen Objekten nicht entfremdet wurden, würde der Versuch, die Unterlagen des Reichskolonialamts nach geografischen Betreffen auseinanderzudividieren, überall dort schnell an seine Grenzen stoßen, wo es um raumübergreifende Fragen der Kolonialverwaltung geht.

Mit der Digitalisierung und Bereitstellung der Akten über das Internet möchte das Bundesarchiv aber die orts- und zeitunabhängige Benutzung ermöglichen und ist bestrebt, denselben Weg auch für weitere im eigenen Haus aufbewahrte sowie für solche Bestände zu eröffnen, die außerhalb Deutschlands liegen. Teilweise kann dabei an Kooperationsprojekte vor allem aus den 1960er und 1970er Jahren angeknüpft werden, in deren Rahmen Verfilmungen von Beständen der deutschen Lokalverwaltung in den »Gouvernements« durchgeführt und Kopien der Mikrofilme an das Bundesarchiv übergeben wurden, die jetzt als Basis für die Digitalisierung dienen können. Ein Beispiel ist der Bestand Gouvernement von Kamerun: Der Inhalt der bis 1985 entstandenen Mikrofilme wurde vom

Bundesarchiv digitalisiert und steht online zur Verfügung, während die andere Bestandshälfte nur in Yaoundé benutzt werden kann. Auch mit DFG-Mitteln werden Digitalisierungen durchgeführt, etwa von den Mikrofilmen des Bestands Kolonialverwaltung in Togo. Die Aus-

Restitutionsfragen stellen sich zwischen der Bundesrepublik und den Nachfolgestaaten der deutschen Kolonien faktisch nicht

wahl der verfilmten Akten war dabei selbstverständlich zeitgebunden und würde angesichts veränderter Fragestellungen heute wohl teilweise anders getroffen.

Um zu einer vollständigen Digitalisierung und Online-Bereitstellung der außerhalb Deutschlands aufbewahrten Unterlagen zur lokalen Kolonialverwaltung zu kommen, bedarf es verlässlicher Partnerschaften mit den dortigen Archiven und/oder weiterer interessierter Akteure vor Ort. In Kamerun konnten mit Unterstützung des Auswärtigen Amts

und des Goethe-Instituts einige Erfolge erzielt werden. Bei der Sicherung und Erschließung solcher Bestände Hilfestellung zu leisten, bleibt ein zentrales Anliegen des Bundesarchivs.

Einen genaueren Überblick über die Zugänglichkeit der eigenen Bestände zur Kolonialgeschichte sowie einen nach den einzelnen Kolonien geordneten geografischen Einstieg bietet das Bundesarchiv in der Rubrik »Entdecken« auf seiner Internetseite bundesarchiv.de. Der im Herbst 2019 online veröffentlichte, mit Förderung des Auswärtigen Amts von der Fachhochschule Potsdam erstellte »Archivführer Deutsche Kolonialgeschichte« weist darüber hinaus viele außerhalb Deutschlands befindliche Bestände nach. Dort finden sich auch nützliche Tipps zur Entzifferung und aktenkundlichen Einordnung der mitunter sperrigen Quellen, die aber für die Beschäftigung mit der verflochtenen Kolonialgeschichte, für die Provenienzforschung zu Kulturgut aus kolonialen Kontexten und als oft erste schriftliche – und bildliche! – Zeugnisse des Zusammenlebens der einheimischen Bevölkerung von hoher Bedeutung sind.

Tobias Herrmann ist Referatsleiter im Bundesarchiv

Auf dem Weg zum komplett digitalen Archiv

Online-Zugang und Digitalisierung »on demand« im Schweizerischen Bundesarchiv

STEFAN KWASNITZA

Das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) verfolgt die Vision eines durchgängig digitalen Archivs. Unabhängig davon, ob Dokumente analog oder digital im Archiv vorliegen: Sie lassen sich online konsultieren.

Diese Vision setzt das BAR mit dem seit Herbst 2019 verfügbaren Online-Zugang zum Bundesarchiv recherche.bar.admin.ch um. Das Webportal wird durch eine Digitalisierungsinfrastruktur ergänzt: Das BAR digitalisiert damit Papier-Unterlagen »on demand«. Bestellen Kundinnen und Kunden ein Papier-Dossier, erhalten sie es rund zwei Wochen später digitalisiert im Online-Zugang.

Die Konsultation der Dossiers ist aber nicht die einzige Dienstleistung des BAR. Auch die weiteren, mit dem Zugang verbundenen Angebote stehen im Web zur Verfügung: Auskunft erhalten, recherchieren, sich digital identifizieren und Einsichtsgesuche einreichen. Beratungsleistungen vor Ort sind nun im digitalen Raum vorhanden: Der Chat mit Spezialisten und ein Chatbot unterstützen die Kunden bei ihrer Recherche online. Ein Besuch im Lesesaal wird nicht mehr nötig sein, sobald die Kapazität der Digitali-

So grundlegend sich Technik und Technologie der Archivierung in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben, so wenig hat sich ihre Aufgabe geändert. Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 sichert das BAR die Dokumentation staatlichen Handelns und macht diese zugänglich. Der Zugang soll dabei für die gesamte Öffentlichkeit gleichberechtigt möglich sein. Dieser Grundsatz ist im Art. 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Archivierung von 1998 festgehalten. Auf der Basis des – in einer weitestgehend analogen Zeit entstandenen – Gesetzes von 1998, hat sich das BAR in den letzten 20 Jahren mit der digitalen Transformation beschäftigt.

2004 erhielt das BAR den Auftrag, die langfristige Speicherung und Benutzbarkeit der Archivdaten langfristig zu gewährleisten. Treiber der Entwicklung war und ist die flächendeckende Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) in der Bundesverwaltung. Der digitale Archivierungsprozess basierte von Beginn an auf drei Elementen: digitale Entgegennahme, digitale Erhaltung und digitaler Online-Zugang zum Archivgut.

2009 nahm das BAR mit dem digitalen Archiv ein erstes Element erfolgreich in Betrieb. Mit der Umsetzung der elektronischen Geschäftsverwaltung in der Bundes-

die Digitalisierung der Verwaltung selber: Damit die Daten langfristig lesbar bleiben, soll die Verwaltung künftig digitale Unterlagen nach einer Frist von maximal fünf Jahren ins Archiv abliefern. Das lässt sich aber nur durchsetzen, wenn der Zugriff auf die eigenen Unterlagen einfacher und schneller wird.

Der Aufbau eines Online-Zugangs zum Archivgut des Bundes war deshalb nach der Errichtung des digitalen Archivs und der Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung das dritte und letzte Element, um den digitalen Informationskreislauf in der Bundesverwaltung zu vervollständigen. Im Webportal sind vier Neuerungen besonders hervorzuheben: Neu sind im Online-Zugang nicht nur Metadaten, sondern auch Primärdaten, also die eigentlichen Inhalte der Dokumente, vorhanden. Damit suchen Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr nur in Titeln und Strukturen, sondern im Volltext. Das ermöglicht neue Suchstrategien und zusätzliche Treffer in den Dokumenten. Aus Datenschutzgründen ist die Volltextsuche bei frei zugänglichen Unterlagen nur dann möglich, wenn diese älter als 50 Jahre sind.

Im Webportal lenken Regelsets den Zugang. Nutzerinnen und Nutzer können anonym, als registrierte oder als identifi-

Damit dient der Wandel letztlich dem höheren Ziel des Archivs: dass sich alle eine eigene kritische Meinung zum Staatshandeln bilden können

lisierungsteam des BAR scannt die Unterlagen und speichert sie im digitalen Archiv. Damit stehen sie ab diesem Moment allen interessierten Personen langfristig digital zur Verfügung. Eine Herausforderung ist bei der Digitalisierung nicht nur die Menge der bestellten Dossiers, sondern die damit verbundene – für das Archiv neue – Arbeitsweise: die quasi-industrielle Verarbeitung von Aufträgen.

Die Bundesverwaltung arbeitet in der Schweiz mehrsprachig. Vereinfacht heißt das, wer nach »Ausschuss« sucht, sollte auch nach »comité« suchen. Deshalb werden bei der Eingabe eines Suchbegriffs im Suchschlitz automatisch Synonyme und Übersetzungsvorschläge in den vier Landessprachen generiert. Die vorgeschlagenen Begriffe stammen aus der Terminologie-Datenbank »Thermdat« der Bundesverwaltung.

Alle diese Neuerungen im digitalen Bereich waren nur möglich, weil das BAR im analogen Bereich verzichtet hat: Eigene Ausstellungen, Beratung im Lesesaal oder zwei Öffnungstage pro Woche wurden abgeschafft. Das ist nötig, weil das Archiv nicht mit den gleichen Mitteln analoge und digitale Dienstleistungen erbringen kann. Während der digitalen Transformation ist das Setzen von Prioritäten noch zentraler, da der analoge Betrieb nach wie vor läuft und gleichzeitig neue Angebote aufgebaut werden.

Ziel ist eine grundlegende Veränderung aller Kernprozesse. Entsprechend verändern sich die Stellenprofile und Fähigkeiten der Mitarbeitenden laufend. Die Weiterbildungen in beispielsweise Informatik, agiler Entwicklung oder Usability sind ein zentraler Erfolgsfaktor.



Auf dem Gelände der Bundespolizei in Sankt Augustin-Hangelar befindet sich das Zwischenarchiv für die Aufnahme ministeriellen Schriftguts der obersten Bundesbehörden in Bonn

sierungsinfrastruktur genügend hoch ist. Aktuell kann das Bundesarchiv noch nicht alle Bestellungen analoger Dossiers digitalisieren – die Bestellmenge pro Person ist deshalb stark eingeschränkt.

In diesem hybriden Status mit einem Online-Zugang bei gleichzeitigem Betrieb des klassischen Lesesaals befindet sich das Archiv mitten in der digitalen Transformation.

Es handelt sich um eine grundlegende Neuausrichtung der Institution im Zeitalter der Informationsgesellschaft, die alle Aspekte der Archivierung erfasst, neue Anforderungsprofile für die Mitarbeitenden verlangt und ein verändertes Berufsbild bei Archivarinnen und Archivaren voraussetzt.

verwaltung wurde das zweite Element realisiert und ermöglicht die automatisierte Übernahme der Akten ins Archiv. Das BAR übernimmt heute digitale Geschäftsunterlagen und relationale Datenbanken des Bundes, erhält diese langfristig und kann sie – unabhängig von Änderungen bei Dateiformaten und Speichertechnologien – wieder zur Nutzung bereitstellen.

Allerdings waren bis vor Kurzem für den Zugang zum digitalen Archivgut nach wie vor manuelle Interventionen nötig. Gleichzeitig erwarteten Öffentlichkeit und Verwaltung vermehrt, Unterlagen und Informationen online auswerten und weiterverarbeiten zu können. Ein Hauptargument für den Online-Zugang liefert

zierte Person recherchieren. Je nach Status sind unterschiedliche Funktionen verfügbar. Die Suche in den Metadaten steht dabei sämtlichen Nutzerinnen und Nutzern offen. Bei der Bestellung von Unterlagen wird eine Anmeldung, bei der Konsultation geschützter Unterlagen eine Identifikation nötig. Hat eine Person keine Berechtigung für einen Zugriff auf geschütztes Archivgut, wird sie automatisch in den Einsichtsuchprozess umgeleitet.

Eine herausfordernde Neuerung ist die Digitalisierung »on demand«. Dabei können Kunden im Bestellvorgang wählen, ob sie ein analoges Dossier digital oder im Lesesaal einsehen möchten. Wählen sie »digital«, geht ein Auftrag an die interne Digitalisierungsinfrastruktur. Das Digita-

Dank Vorgabe eines strategischen Zielbilds, innovativer Ideen und dem Veränderungswillen der Mitarbeitenden hat das Bundesarchiv einen großen Schritt in Richtung komplett digitales Archiv getan. Noch ist dieser Weg nicht abgeschlossen. Doch die gemeinsame Anstrengung lohnt sich und zahlt sich in seit Jahren steigenden Nutzungszahlen aus. Damit dient der Wandel letztlich dem höheren Ziel des Archivs: dass sich alle eine eigene kritische Meinung zum Staatshandeln bilden können.

Stefan Kwasnitza ist stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Informationszugang im Schweizerischen Bundesarchiv

111 Kilometer Aktenbestände, 2 Millionen Fotos, 23.000 Tondokumente

Die Überführung der Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv

In anderthalb Jahren, im Sommer 2020/2021, wird die Stasi-Unterlagen-Behörde ins Bundesarchiv überführt. Das beschloss der Deutsche Bundestag im September letzten Jahres. Grundlage dafür ist ein Konzept, das der Präsident des Bundesarchivs, Michael Hollmann, und Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU), Roland Jahn, zusammen entwickelt haben. Gemeinsam mit Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, und Hans Jessen, freier Redakteur von Politik & Kultur, sprechen sie über die geplanten Änderungen und die notwendigen Weichenstellungen.

Hans Jessen: Herr Hollmann, was da auf Sie zukommt, ist materiell gewaltig: 111 Kilometer Aktenbestände, fast 2 Millionen Fotos, knapp 3.000 Filme, 23.000 Tondokumente kommen neu in Ihre Zuständigkeit. Die Vorstellung, dass Lastwagenkolonnen alles nach Koblenz karren, ist aber falsch. Wie haben wir uns die Übernahme real vorzustellen?

Michael Hollmann: Zunächst bleiben die Stasi-Unterlagen genau da, wo sie jetzt sind. Die Vorstellung, jetzt kommen alle Stasi-Akten ins Bundesarchiv und damit nach Koblenz, war schon vor 30 Jahren nicht richtig. Seit Jahrzehnten arbeitet das Bundesarchiv an mehreren Dienstorten; seit fast 60 Jahren gibt es die Abteilung Militärarchiv in Freiburg, und seit der Wiedervereinigung gibt es hier in Berlin gleich mehrere Dienststellen. Wir begreifen das Bundesarchiv schon seit Langem nicht mehr als ein Haus an einem Ort, sondern als ein nationales Zentralarchiv, das sich an mehreren Orten der Nutzung öffnet: Die Überlieferungen der Reichsbehörden aus der Zeit bis 1945 befinden sich ebenso in Berlin wie die Überlieferungen der DDR-Behörden, der SED und der Massenorganisationen der DDR. Die Überlieferungen der Bundesregierung und der Bundesbehörden seit 1949 werden in Koblenz und Bayreuth verwahrt, und alle militärischen Unterlagen verwaltet die Abteilung Militärarchiv in Freiburg.

Mit der Übernahme der Stasi-Unterlagen kommen zwölf weitere Archivstandorte hinzu, die mittelfristig auf fünf Standorte – einer je östliches Bundesland – zusammengeführt werden sollen. Dort hoffen wir dann vor allem, zunächst vernünftige Magazine bauen zu können, denn die Unterbringung der Stasi-Unterlagen ist an den meisten Standorten aktuell leider defizitär.

Herr Jahn, Menschen, die lange Jahre Ihre Bundesgenossen bei der Aufarbeitung des Stasi-Unterdrückungssystems waren, werfen Ihnen jetzt vor, mit der Abschaffung der eigenständigen Behörde einem historischen Schlussstrich zuzustimmen. Das heißt, diesen Teil der DDR-Geschichte sozusagen hinter Archivmauern zu begraben.

Roland Jahn: Ich nehme solche Meinungen durchaus ernst. Der Zugang zu den Stasi-Akten ist ein Symbol der friedlichen Revolution. Genau deshalb sind wir diesen Weg gegangen. Wir haben ein Konzept vorgelegt, das der Deutsche Bundestag bestätigt hat. Es ermöglicht eine dauerhafte Nutzung aller Stasi-Akten in ihrer Gesamtheit. Wir wollen, dass die Stasi-Unterlagen auch institutionell Teil des Gedächtnisses der Nation werden.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv hat als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur eine besondere Bedeutung. Gleichzeitig soll sich der Horizont erweitern: Die DDR war keine Stasi-Diktatur, sondern eine SED-Diktatur. Das spiegelt sich nicht allein in den Unterlagen der Staatssicherheit wider, sondern zusätzlich in vielen, vielen anderen Beständen des Bundesarchivs. Den Blick zu weiten auf das gesamte System, das soll in Zukunft noch besser gelingen, durch eine einfachere Gesamtbetrachtung, auch der Dokumente.

Unter denen, die skeptisch verhalten bis offen Ihrem Konzept widersprechen, sind viele, die an genau den Orten arbeiten, wo die Unterlagen gerade aufbewahrt werden. Warum ist dort die Skepsis so ausgeprägt?

Jahn: Die Sorge ist, dass hier ein Symbol geschliffen wird. Uns geht es aber genau darum, das Symbol hochzuhalten. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass die Akten, Fotos, Ton- und Filmdokumente auch in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten zur Verfügung stehen. Wer das Konzept durchliest, kann erkennen, wie wichtig uns die öffentliche Kommunikation des Stasi-Unterlagen-Archivs ist. Dafür brauchen wir alle Unterstützung, auch von denjenigen, die Sorge haben, dass hier etwas verloren gehen könnte.

Herr Zimmermann, halten Sie die Überführung der Symbolinstitution Stasi-Unterlagen-Behörde unter das Dach des Bundesarchivs grundsätzlich für richtig?

Olaf Zimmermann: Es geht jetzt erst einmal um die Frage, was mit den Akten passiert. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer braucht man eine Regelung, die auf Dauer angelegt ist. Die diese Akten sichert, aber nach den normalen Regeln für alle Menschen auch Zugang zu diesen Akten schafft. Also nicht nur für die unmittelbaren Opfer, die jetzt schon den Zugang haben. Nach 30 Jahren reden wir von mindestens einer Generation nach dem Zusammenbruch der DDR. Wir müssen überlegen, wie wir diesen erinnerungskulturellen Bereich überhaupt für die nachfolgenden Generationen dauerhaft wachhalten können. Daher halte ich es von beiden Akteuren, Bundesarchiv und Stasi-Unterlagenbehörde, für richtig und mutig zu sagen, dass sie diese Transformation jetzt vornehmen. Die Akten müssen so konserviert werden, dass sie noch über Hunderte von Jahren erhalten bleiben. Sie müssen in einer normalen, archivmäßigen Weise zugänglich sein. Und wir müssen für diesen Inhalt eine erweiterte Öffentlichkeit schaffen. Deswegen geht es nicht allein um Akten, sondern es geht auch um die authentischen Orte, z. B. die ehemalige Stasi-Zentrale in Lichtenberg.

Hollmann: Es gibt mittlerweile viele Menschen in diesem Land, vor allem mit Migrationshintergrund, die sich mit Deutschland identifizieren, aber weder eine persönliche Verbindung zum Dritten Reich noch eine zur deutschen Teilung haben. Für diese Bundesbürger muss die deutsche Geschichte genauso zugänglich gemacht werden. Auch künftig sollen vor allem die Opfer der Stasi sich eine klare und deutliche Vorstellung davon machen können, was ihnen angetan wurde. Aber darüber hinaus muss das SED-

System für alle transparent gemacht werden, die keinen biografischen Anknüpfungspunkt haben.

Jahn: Für uns ist es ein Spagat. Es gilt heute und in absehbarer Zukunft, den Opfern gerecht zu werden, das ist unser Auftrag. Aber es gilt auch, die Brücke zur nächsten Generation zu bauen. Da geht es um grundsätzliche Fragestellungen, z. B. wer was mit welchem Ziel damals aufgeschrieben hat? Es geht um die Befähigung, mit Informationen und deren Quellen umzugehen; es geht um den Transparenzgedanken in dieser Gesellschaft, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Dazu kann auch die Hinterlassenschaft einer Diktatur, also die Dokumentation des Unrechts, beitragen. Es geht um ein Archiv für das demokratische Bewusstsein. Dazu nutzen wir auch die historischen Orte. Wir nutzen den musealen Charakter, den besonders die Stasi-Unterlagen auch haben. Sie wirken für viele wie ein Monument eines Überwachungsstaates.

Das klingt bei Ihnen dreien ein wenig so, als hätten Sie die Sorge, dass der bisherige Charakter der eigenständigen, im Wesentlichen auf Opfer und den Raum der ehemaligen DDR bezogenen Institutionen zwar diese Gruppe inkludiert, aber die Gruppe der Menschen darüber hinaus, die man interessieren, gewinnen, informieren möchte, ein Stück weit ausschließt.

Hollmann: So ist es doch auch. Wenn Sie sich das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) anschauen, stellen Sie fest, dass es ein Datenschutzgesetz ist. Es sagt prinzipiell: Der Umgang mit den Stasi-Akten ist verboten, es sei denn, er ist ausdrücklich und für klar definierte Zwecke erlaubt. Und diese Zwecke orientieren sich fast ausschließlich an den Interessen der Stasi-Opfer. Dagegen ist es für wissenschaftliche Anliegen oft schwierig, die Stasi-Unterlagen für ihre Forschung nutzen zu können. Im StUG wird kein Wissenschaftsbegriff im weiten und übertragenen Sinne angewandt, sondern es fokussiert den Zugang sehr stark auf die Stasi und ihre Tätigkeit im engeren Sinne. Dagegen ist ein Archivgesetz wie das Bundesarchivgesetz ein Informationsfreiheitsgesetz. Es gibt formale Regeln für den Zugang zu Archivgut für jedermann, wobei personenbezogene Unterlagen in der Regel erst nach längeren Fristen als nicht personenbezogene frei zugänglich sind. Vor allem spielt der Zweck, für den Sie die Akten oder das Archiv insgesamt nutzen wollen, für die Frage nach dem Zugang keine Rolle. Das ist ein Übergang, den wir auch für die Stasi-Unterlagen langsam, aber sicher hinbekommen müssen. Das bisherige Regelwerk hatte seinen Wert und seine Notwendigkeit in der Frühphase einer vereinigten Bundesrepublik, in der es vor allem darum ging, dass die Stasi-Opfer zu ihrem Recht gelangen können. Aber im Laufe der Zeit – und immer mit Blick auf die berechtigten Interessen der Betroffenen – muss der Zugangsmodus sich dahin wandeln, dass die Stasi-Unterlagen genutzt werden können wie normales Archivgut, also ohne Bewertung des Nutzungszwecks.

Da ist Roland Jahn ein bisschen skeptisch ...

Jahn: Nein, aber mein Blickwinkel ist anders. Ich gehe natürlich von dem Anliegen aus, was die Bürgerinnen und Bürger, die diese Unterlagen

erobert haben, damit verbinden: den Transparenzgedanken des staatlichen Handelns und den Datenschutz für die Bürger. Das ist für mich der Gedanke von Informationsfreiheit.

Widerspricht dieser Gedanke dem, was Michael Hollmann sagt?

Jahn: Nicht unbedingt. Aber vielleicht in der Begrifflichkeit. Ich sehe das Stasi-Unterlagen-Gesetz auch als eines der Informationsfreiheitsgesetze, die auf den Weg gebracht worden sind. Den politischen Gedanken des Anspruchs auf Transparenz staatlichen Handelns, wie er in der Revolution formuliert wurde, sehe ich als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft, in der gleichzeitig aber Bürgerinnen und Bürger sowohl vor dem Zugriff des Staates als auch vor dem Missbrauch von Informationen über diese Menschen geschützt sind. Das ist zu bedenken bei der Gestaltung zukünftiger Zugangsregeln.

Zimmermann: Das ist ein Punkt, der nur in einer gewissen Zeitschiene funktionieren kann. Irgendwann haben die Opfer, zumindest zu einem ganz erheblichen Teil, diesen Zugang genutzt. Haben sich damit auseinandergesetzt. Jetzt stehen wir, glaube ich, vor der Phase, dass die Stasi-Akten in eine Normalität überführt werden müssen, in eine Archiv-Normalität. Die große Herausforderung besteht nicht primär in der Frage, wie wir die Stasi-Akten unterbringen. Sie besteht darin, wie wir etwas in Erinnerung und Diskussion halten, was zeitlich immer mehr nach hinten rückt. Der Anteil der Menschen, die unmittelbar davon betroffen gewesen sind, wird biologisch gesehen immer kleiner. Es ist nicht direkt vergleichbar, aber wir machen uns auch Gedanken, wie wir weiter an die Shoah erinnern, wenn die Überlebenden, die Zeitzeugen, verstorben sind. Ich wünschte mir, wir hätten schon vor 30 Jahren ganz intensiv über diese Fragen nachgedacht. Wir sind hier, was die Aufarbeitung der Stasi, die Aufarbeitung dieser Diktatur angeht, weiter – auch konzeptionell.

Herr Hollmann, das ist nicht die erste Bestandserweiterung des Bundesarchivs. Vor ca. einem Jahr haben Sie Unterlagen ehemaliger deutscher Wehrmachtangehöriger und die Auskunftsstelle für deren Angehörige und Nachkommen übernommen. Jetzt kriegen Sie eine Einrichtung, die pro Jahr immer noch zwischen 40.000 und 60.000 Anträge auf Akteneinsicht erhält, dazu. Für wen wird sich mehr ändern? Für das Bundesarchiv als neue verantwortliche Behörde oder für die derzeit noch 13 Orte, an denen die Stasi-Unterlagen lagern und eingesehen werden können?

Hollmann: Ändern wird sich für beide eine ganze Menge. Das Bundesarchiv wird nach der Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs seinen Job – so nenne ich es einmal ganz flapsig – in Bezug auf die Erhaltung des Archivguts einfach weiter tun müssen, dann allerdings für einen deutlich vergrößerten Archivgutbestand, der zu einem bedeutenden Teil sehr prekär untergebracht ist.

Zu den mehr als 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs werden über 1.400 neue Kolleginnen und Kollegen des Stasi-Unterlagen-Archivs hinzukommen. Sie

werden – ich meine es ganz positiv – insofern eine deutliche Erweiterung ihres fachlichen Spektrums erfahren, das im Moment zwangsläufig auf eine bestimmte Überlieferung und auf die Zugänglichmachung unter speziellen Randbedingungen konzentriert ist. Meine große Hoffnung ist, dass wir die Grenzen zwischen dem »alten« Bundesarchiv und dem Bereich des Stasi-Unterlagen-Archivs möglichst rasch abbauen und den »Binnen-transfer« innerhalb des dann ziemlich großen Bundesarchivs organisieren können, in dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einmal von der einen in eine andere Abteilung überwechseln können. Wir müssen viel voneinander lernen und Professionalisierungen in beide Richtungen erreichen. Die Kolleginnen und Kollegen des Stasi-Unterlagen-Archivs werden die Veränderungen unter Umständen auch als Kontrollverlust empfinden. Bisher müssen sie, weil das Gesetz das so will, vor allem im Blick haben: Wer will zu welchem Zweck die Stasi-Unterlagen nutzen? Mit dem aus der Zweckfreiheit der Archivgutnutzung resultierenden Kontrollverlust müssen wir im Bundesarchiv seit dem Bundesarchivgesetz von 1988 ebenso umgehen wie alle deutschen Staatsarchive. Ich habe diese Veränderung selbst biografisch als Nutzer und Archivar mitgemacht. Man kann Archivgut nicht mehr einfach der Nutzung entziehen, denn es kommen Benutzer und fordern: »Diese Akten will ich jetzt haben. Ich habe einen Anspruch darauf!«

Jahn: Dabei ist zu betonen, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz als Gesetz, das den Zugang zu den Unterlagen regelt, weiter existieren wird. Es wird natürlich angepasst. Dort, wo derzeit der Bundesbeauftragte und seine Behörde im Gesetz in der Verantwortung stehen, wird dann das Bundesarchiv in der Verantwortung stehen. Das Entscheidende für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass sie weiter nach klaren rechtsstaatlichen Regeln in die Unterlagen schauen können; und wie bisher auch die Angehörigen von Verstorbenen diese Unterlagen nutzen können und dass auch die öffentlichen Stellen diese Unterlagen weiter nutzen können. Die Unterlagen stehen für Forschung und Bildung zur Verfügung. Und die Kommunikation des Stasi-Unterlagen-Archivs analog wie im digitalen Raum, z. B. durch die Stasi-Mediathek gehören weiter dazu. Das ist dann die Brücke zur nächsten Generation.

Hollmann: Der Fokus liegt heute immer noch sehr ausschließlich auf der Stasi, auf der Bewältigung der SED-Diktatur und dem, was diese Diktatur ihren Opfern angetan hat. Wir werden das weiten müssen. Es muss z. B. möglich sein, dass in 20 Jahren jemand Stasi-Unterlagen nutzt, nicht, um sich mit der Stasi auseinanderzusetzen, sondern die Tonbänder oder die Mitschriften nimmt, um als Sprachwissenschaftler die Alltagssprache in der DDR zu erforschen. Das sind Zugänge, die im Moment nur sehr bedingt stattfinden können. Die ganze Breite dessen, was wissenschaftliche Forschung bedeuten kann, muss sich irgendwann auch mit den Stasi-Unterlagen auseinandersetzen können. Uns ist klar, dass das ein Prozess ist, der sich auf der Zeitschiene allmählich vollziehen wird. Das ent-

Fortsetzung auf Seite 21 ▶

Fortsetzung von Seite 20

spricht letztlich auch dem Geist des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. In dem Maße, in dem Betroffenheit, auch persönliche Betroffenheit, abnimmt, kann die Nutzbarkeit für andere Fragestellungen zunehmen.

Zimmermann: Eine wesentliche Frage ist doch: Welche Rolle spielen Archive oder Daten in der Zukunft? Herr Hollmann hat gerade klargestellt, dass nach dem Bundesarchivgesetz im Grunde jeder Bürger einen Anspruch auf Nutzung von archivierten Beständen hat. Ein entscheidender Punkt ist: Daten sind letztendlich auch politische Machtquellen, mit denen man eine Gesellschaft gestalten kann. Das Informationsfreiheitsgesetz ist nicht nur ein Gesetz, sondern es ist auch eine Idee, wie man in einer Demokratie mit Informationen umgeht. Im Moment erleben wir eine stärkere Repression: Die großen, auch digitalen Strukturen bieten nur unzureichenden Zugang zu spezifischen Informationen. Man hat viele Informationen, aber bestimmte Informationen werden einem entzogen. Deswegen sind Archive, wo wir als Bürger einen Rechtsanspruch auf Zugang haben, extrem wichtig.

Hollmann: In dem Moment, in dem wir uns der Erschließungsinformationen »enttäufern« und sie sogar ins Internet stellen, geben wir als Archivarinnen und Archivare ein Stück Kontrolle auf. Das ist aber unausweichlich, wenn der Gesetzgeber sagt: Wenn es keinen legitimen Grund für eine Versagung gibt – und das sind nur wenige Gründe – ist Archivgut nach spätestens 30 Jahren für jedermann frei zugänglich. Auf diese Erregungsschicht sind wir stolz! Da damit den Archivarinnen und Archivaren ein Stück ihrer früheren gefühlten Machtposition genommen wurde, bedurfte es eines Bewusstseinswandels. Nun hat sich die Rolle von Archivarinnen und Archivaren deutlich verändert: Sie übernehmen Unterlagen in ihre Archive und müssen sich Gedanken machen, wie sie das Archivgut einem möglichst breiten Publikum für möglichst vielseitige Nutzung zur Verfügung stellen.

Einer der Kritikpunkte am Überführungskonzept der Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv ist, dass die derzeit noch zwölf Außenstellen in den neuen Ländern auf fünf reduziert werden sollen – eine pro Bundesland. Der Vorwurf lautet, damit würden historische Orte getilgt und Bürgern der Zugang zu eigener Geschichte erschwert.

Jahn: Das Gegenteil ist der Fall: Das Konzept für die Außenstellen an historischen Standorten wurde in Absprache mit den Landesregierungen und vielen anderen Akteuren in den ostdeutschen Bundesländern entwickelt. Die Gedenkstättenlandschaft in den Ländern hat sich seit den 1990er Jahren auch verändert. Wenn wir Zukunft gestalten wollen, müssen wir mit den Realitäten umgehen. In den Außenstellen wird Akteneinsicht vor Ort im Verhältnis zu den Anträgen wenig wahrgenommen. Viel läuft über Kopien auf dem Dienstweg, zudem wird die Digitalisierung die Nutzung weiter verändern. Trotzdem werden wir mit den Außenstellen weiter präsent sein, weil auch die Bundesländer noch mal deutlich gemacht haben, dass die Unterlagen nicht nur in den ehemaligen DDR-Bezirken angelegt worden sind, sondern dort auch von den Bürgern erobert wurden. Dem tragen wir Rechnung, indem wir dafür sorgen, dass die Unterlagen in den ostdeutschen Bundesländern bleiben. Für die Stellen, an denen wir in Zukunft die Archivstandorte bündeln, bitten wir den Bundestag zu inves-

tieren, um eine dauerhafte archivgerechte Lagerung zu ermöglichen. Pro Bundesland soll es einen Archivbau an einem historischen Ort geben. An den Standorten ohne eigenen Archivbau werden wir dafür Sorge tragen, dass die Angebote an Information, an Beratung, an Möglichkeit zur Akteneinsicht dort weiterhin erhalten bleiben.

Hollmann: Im Zuge der Digitalisierung nimmt die Bedeutung des konkreten Aufbewahrungsorts von Archivgut deutlich ab. Im Bundesarchiv ist heute schon Praxis, dass wir Archivgut in größerem Stil digitalisieren. Und wenn ein rechtefreies Digitalisat vorliegt, kann dies schon heute online genutzt werden. Ist es nicht rechtefrei, kann es in den Lesesälen des Bundesarchivs zugänglich gemacht werden – und zwar in jedem, unabhängig vom Verwahrort des Originals. Sie müssen dann nicht mehr, wenn Sie Akten der Gestapo einsehen wollen, nach Berlin fahren, die Digitalisate stehen Ihnen in gleicher Weise auch in Freiburg, Koblenz oder Bayreuth zur Verfügung. Genauso wird es mit den Stasi-Unterlagen sein, die schon heute in der Regel nicht im Original, sondern in einer kopierten Form vorgelegt werden. In Zukunft wird man auch in Rostock, Leipzig oder Suhl eine Stasi-Akte, deren Original in Berlin liegt, als Digitalisat zu sehen bekommen. Das heißt, wir bringen die Dinge viel stärker zusammen – und das dann verbunden mit den übrigen Unterlagen zur DDR-Geschichte, die schon jetzt im Bundesarchiv verwahrt werden.

Zimmermann: Ich würde diese »Überführung« ganz gern als Chance sehen, um noch mal einen deutlichen Schritt weiterzugehen als bisher. So gut wir uns bei dem Stasi-Unterlagen-Gesetz mit den Akten beschäftigt haben, so schlecht haben wir das Erinnern an die DDR organisiert. Das ist kein Ruhmesblatt. Ich finde es schon erstaunlich, dass wir kein öffentliches DDR-Museum haben. Wir haben zwar im Deutschen Historischen Museum oder im Haus der Geschichte in Bonn Abteilungen, die sich auch mit der DDR beschäftigen. Aber die Frage, wie wir erinnern, ist hauptsächlich privatisiert worden. Denken sie an das private DDR Museum oder das ebenfalls private Museum am Checkpoint Charlie. Wir haben auch erstaunlich wenig authentische Orte – wenn man sich vorstellt, dass da immerhin mal eine Mauer quer durch Deutschland gelaufen ist, eine Mauer Berlin teilte. Heute kann man sehen, wie wenig davon erhalten wurde. Einer der größten noch authentischen Bereiche ist die ehemalige Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße. Sie müsste einer der zentralen Orte werden, an denen wir uns auch museal mit DDR-Geschichte und damit verbundener deutsch-deutscher Geschichte auseinandersetzen. Dort besteht ein unglaublicher Vorteil gegenüber einer klassischen Museumsstruktur. Wenn ich in ein Gebäude hereingehe und die spießigen Wohn- und Arbeitsräume des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, sehen kann, ist das was anderes, als wenn ich sie auf einem Bild sehe oder einen Text darüber lese. Um die DDR für Menschen verstehbar zu machen, die dort nicht gelebt haben, so wie ich, aber auch für meine Kinder und Kindeskinde, wird man eine andere Möglichkeit entwickeln und noch weitergehen müssen, als man bisher gegangen ist.

Hollmann: Das Stasi-System muss im Kontext verstehbar gemacht werden. Das heißt nicht nur im Kontext von Information, sondern auch im



Als umfangreichsten Bestand verwahrt das Lastenausgleichsarchiv im früheren Krankenhaus der Stadt Bayreuth die Akten der Ausgleichsverwaltung

Kontext des Ortes. Die zentralen Orte, an denen wir aus Erinnerung auch Kultur machen wollen, braucht es schon. Ich finde es fatal, dass in den letzten Jahren der Begriff der Erinnerungskultur so weitgehend auf das Themenfeld des Holocausts beschränkt wurde. Es ist richtig, dass wir es in Deutschland – mit erheblicher Nachhilfe aus dem Ausland – zu einem integralen Teil unserer Kultur gemacht haben, uns auch der schlimmen Seiten der deutschen Geschichte zu erinnern und zu versuchen, diese nicht auf die Glanzzeiten beschränkte Erinnerung für die demokratische Weiterentwicklung unseres Landes fruchtbar zu machen. Diese Form der Erinnerungskultur muss auf das Thema DDR und SED-Diktatur ausgeweitet werden. Es reicht nicht aus, in der Schule zu lernen, dass es in der DDR ein diktatorisches System gab, man muss dieses Wissen auch vor Ort erfahrbar und damit kulturell fruchtbar machen.

Jahn: Das Stasi-Unterlagen-Archiv bleibt am historischen Ort in Berlin-Lichtenberg und dann auch an historischen Orten in den Ländern präsent. Es ist der klare Auftrag des Deutschen Bundestages, mit der Transformation auch den Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale zu nutzen. Zusätzlich sollen weitere Bestände des Bundesarchivs zur DDR dorthin kommen, um dort in einem Archivzentrum, in dem auch Digitalisierung und Bestandserhaltung großgeschrieben werden, dafür Sorge zu tragen, dass hier der Austausch stattfinden kann, eingebettet an diesem historischen Ort, der sowohl Diktatur- als auch Demokratiegeschichte darstellt. Wir freuen uns auch, dass das Land Berlin kürzlich beschlossen hat, das Gelände als Campus für Demokratie weiterzuentwickeln.

Hollmann: Aber dieser Campus – wer auch immer sich darauf ansiedelt – ist nicht dazu da, um ex cathedra dogmatisch zu erklären: So war das in der DDR. Dieser Ort muss vielmehr eine Einladung sein an jeden, der sich mit dem Thema DDR und Stasi auseinandersetzen will, mit den Räumlichkeiten, mit dem lesbar und intellektuell Erfahrbaren. Man soll sich an diesem Ort selbst ein Bild machen können – nur so kommt das Vetorecht der Quellen zur Geltung. **Zimmermann:** So ein Ort muss dann natürlich auch eine Bedeutung in der Kulturpolitik haben, die dieser

Einladung entspricht. Wir geben eine ganze Menge Geld für Orte aus, zu denen wir einladen. Ob wir Schlösser wiederaufbauen oder ganz neue Museen für zeitgenössische Kunst bauen – das kostet viel Geld. Ob überall in der Bundespolitik schon bewusst ist, dass die Gestaltung dieses Ortes zusätzlich kosten wird, und ob überall der Wille vorhanden ist, dies in den nächsten fünf bis acht Jahren auch zu schaffen – da habe ich Zweifel.

Hollmann: Im Moment stehen wir vor der aus meiner Sicht günstigen Situation, dass der Bund, und zwar durch Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien als auch ganz offensichtlich durch den Bundestag, erklärt hat, man werde diese Überführung der Stasi-Unterlagen unter das Dach des Bundesarchivs nicht dazu nutzen, irgendwelche Effizienzrenditen einzufahren und Geld einzusparen. Wir haben die Zusage, dass die Haushalte von Bundesarchiv und BStU zunächst vollständig addiert werden und dass es zusätzliche Mittel für dringend notwendige Investitionen geben wird.

Zimmermann: Und die reichen?
Hollmann: Es werden keine Zahlen genannt, sondern es wurde gesagt, man werde die notwendigen Mittel, z. B. für die baulichen Maßnahmen und die digitale Infrastruktur, zur Verfügung stellen. Daran werden wir natürlich, wenn nötig, immer wieder erinnern.

Roland Jahn, so oder so werden Sie der BStU-Chef sein, der aktiv das Ende seiner Behörde in der bekannten Form betrieb. Was muss passieren, dass man in 20 Jahren sagt: »War gut, dass er das gemacht hat«?

Jahn: Es geht darum, diese Trophäe der Revolution weiter hochzuhalten. Aber wenn wir die Rolle von Archiven als Stützpfiler der Demokratie sehen, geht es auch darum, dass die Stasi-Unterlagen Teil des nationalen Gedächtnisses sind. Wir können dadurch deutlich machen, dass wir deutsche Einheit leben, dass wir diesen Teil deutsch-deutscher Geschichte in den nächsten Generationen als einen eigenen Teil deutscher Geschichte annehmen, auch wenn jemand z. B. in Saarbrücken geboren ist. Für mich ist wichtig, dass wir jetzt die Zukunft der Akten sichern. Gleichzeitig hat der Deutsche Bundestag klargestellt, dass

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen nicht einfach abgeschafft wird, sondern der Beauftragte für die Akten zu einem Beauftragten für die Menschen weiterentwickelt werden soll: zu einem Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur. Solange die Opfer leben, ist es wichtig, dass jemand für sie da ist. Eine – wie jetzt bereits – direkt vom Parlament gewählte Institution, damit die Opfer, solange sie leben, nicht auf der Strecke bleiben.

Hollmann: Wir werden uns darum bemühen, durch gute Arbeit dafür zu sorgen, dass man in 20 Jahren sagt: »Herr Jahn hatte recht«.

Herr Zimmermann, von Ihnen ging die Initiative für dieses Gespräch aus, nehmen Sie positive Aspekte daraus mit?

Zimmermann: Hier bemühen sich Menschen sehr intensiv, das Erinnern über ein Archiv in die Zukunft zu tragen, das finde ich mutig und gut. Besonders das, was Herr Jahn gemacht hat, finde ich couragiert. Er wird seinem Auftrag gerecht, einen Weg zu finden, wie man nachhaltig mit Erinnerungskultur umgeht. Es ist dann jetzt auch die Aufgabe von Herrn Hollmann, sicherzustellen, dass die Bestände nachhaltig erhalten bleiben. Das wird auch noch eine Menge politischer Forderungen bedeuten, weil es nur funktionieren kann, wenn noch einmal kräftig in den Erhalt investiert wird, damit man auch in hundert Jahren noch auf die Archivalien zugreifen kann. Und ich habe das positive Gefühl, dass man gemeinsam versuchen will, etwas zu tun, was der besonderen Bedeutung des authentischen Ortes »Normannenstraße« gerecht wird. Es ist wichtig, zu erkennen, dass wir dort – ein bisschen ab vom Zentrum Berlins – einen ganz besonderen Ort haben, der sich für die künftigen Generationen als wichtiger Erinnerungsort erweisen wird.

Vielen Dank.

Roland Jahn ist Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Michael Hollmann ist Präsident des Deutschen Bundesarchivs. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Im Archiv ...

Das Landesarchiv Baden-Württemberg

GERALD MAIER

Das Landesarchiv Baden-Württemberg versteht sich als Institution mit mehrdimensionaler Ausrichtung: als Dienstleister und Partner der Landesverwaltung, als landeskundliches Kompetenzzentrum sowie als wissenschaftliche Forschungsinfrastruktureinrichtung. Grundlage für seine Arbeit ist das Landesarchivgesetz. Der Sitz des Landesarchivs befindet sich in Stuttgart. Dort liegt im sogenannten Kulturquartier auch das Hauptstaatsarchiv, das das Ministerialarchiv ist. Zugleich ist es für das Archiv des Landtags von Baden-Württemberg zuständig. Weitere Archivstandorte bestehen in Ludwigsburg, Karlsruhe, Freiburg, Sigmaringen, Wertheim, Neuenstein und Kornwestheim.

Vorrangige Aufgabe des Landesarchivs als Dienstleister für Verwaltung und Justiz ist es, Archivgut als Teil des kulturellen Erbes und der Erinnerungskultur zu sichern, zu erhalten und zugänglich zu machen. Rückblickend wird so Transparenz des Regierungs-, Verwaltungshandelns und der Rechtsprechung hergestellt und eine kritische Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ermöglicht. Zu den über 165 laufenden Kilometern Archivgut und weiteren rund 160 laufenden Kilometern Grundbuchunterlagen, die bisher von den Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen des Landes übernommen wurden, zählen auch die historische Überlieferung des Bundeslandes Baden-Württemberg seit 1952 und die Überlieferung der Vorgängerterritorien seit dem Mittelalter.

Das Landesarchiv macht als landeskundliches Kompetenzzentrum das Archivgut allgemein nutzbar und betreibt eine umfangreiche Vermittlungs- und Bildungsarbeit. Es wirkt damit aktiv an der kulturellen und politischen Bildung mit. Die Nutzung und Vermittlung erfolgt sowohl vor Ort in den Staatsarchiven als auch über ein umfassendes Online-Angebot, zu dem auch das Informationssystem »LEO-BW – Landeskunde Entdecken Online« gehört. Dieses vom Landesarchiv betriebene Portal hatte im Jahr 2019 rund 1,5 Millionen Nutzerinnen und Nutzer und enthält zurzeit etwa 2,7 Millionen Nachweise zu landeskundlichen Objekten oder Informationen aus rund 40 Landeseinrichtungen.

Darüber hinaus ist das Landesarchiv Teil der Informations- und Forschungsinfrastruktur des Landes. Es wirkt als außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtung an der auf das Archivgut und das Land Baden-Württemberg bezogenen Forschung und historisch-politischen Bildung mit und bearbeitet archiv- und informationswissenschaftliche Forschungsprojekte. So wurden in einem von der Landesregierung geförderten Projekt zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der Nachkriegszeit seit 2012 umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet, über 1.800 ehemalige Heimkinder bei der Suche nach Spuren ihrer Vergangenheit unterstützt und zahlreiche Einzelschicksale rekonstruiert. Auch über das Land hinaus engagiert sich das Landesarchiv im Bereich der Digitalisierung, digitalen Erhaltung und Präsentation von Kulturgut und war maßgeblich am Aufbau der Europeana und der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDb) beteiligt – den wichtigsten Plattformen für den interdisziplinären digitalen Nachweis des Kulturerbes in Europa und Deutschland.

Gerald Maier ist seit 2018 Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg

Das Stadtarchiv Halle (Saale)

RALF JACOB

Von Halle (Saale) nach Jerusalem«, so lautete der Titel einer Kooperationsveranstaltung des Stadtarchivs der Stadt Halle (Saale) mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte, die im Herbst 2019 den Lebensweg eines halleschen Gelehrten vorstellte. Der renommierte Philosoph Dominique Bourel, Professor am Institut Universitaire d'Etudes Juives Elie Wiesel der Sorbonne in Paris, sprach über seine auch im Stadtarchiv Halle (Saale) durchgeführten Forschungen zum Altphilologen Moshe Schwabe.

Diese Veranstaltung steht mit ihrem kooperativen Ansatz und dem Bezug auf die aktuellen Recherchen im Archiv in mehrfacher Hinsicht für die Ausrichtung des Stadtarchivs Halle. Die städtische Einrichtung versteht sich mit seinem Gesamtbestand im Umfang von ca. 6.000 laufenden Metern Unterlagen, davon 500 laufende Meter Bücher und 300 laufende Meter regionale Zeitungsüberlieferung, als Partner und Dienstleister seines Trägers und seiner öffentlichen Nutzerinnen und Nutzer. Die Überlieferungssituation seiner Bestände wurde im Zweiten Weltkrieg oder durch andere Willkürakte nicht gestört; so bildet die Bandbreite des Bestands die städtische Lebenswelt authentisch ab. Gleichzeitig werden seine Bestände intensiv öffentlich genutzt.

Um den wachsenden Anforderungen bei der Erschließung, Verwahrung und Pflege der Unterlagen gerecht zu werden, konnten wiederholt Maßnahmen der Arbeitsförderung sinnvoll eingebunden werden. Zudem gelang es in den letzten Jahren verstärkt, einen festen Kreis von Ehrenamtlichen für die Arbeit im Stadtarchiv zu gewinnen. Entsprechend ihren Fähigkeiten wirken sie vorwiegend bei der Verzeichnung von Sammlungsbeständen mit, wobei der Erstkontakt zum Archiv durch erfolgreiche Projekte der Öffentlichkeitsarbeit begründet wurde.

Um solche Projekte in der reichen Kultur- und Bildungslandschaft Mitteldeutschlands erfolgreich und mit einem vertretbaren Ressourceneinsatz anbieten zu können, hat sich die Archivleitung entschieden, verbindliche Kooperationen mit regionalen Partnern einzugehen. Neben musealen Einrichtungen wie der Stiftung Kunstmuseum Moritzburg oder dem Stadtmuseum Halle ist das Archiv durch eine solche Vereinbarung seit 2012 mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte verbunden. Diese sichert den stadthistorisch Interessierten beispielsweise die jährliche Durchführung des Tages der Stadtgeschichte und die Herausgabe eines stadthistorischen Jahrbuches.

Aktuell hat sich das Stadtarchiv den Herausforderungen zu stellen, die mit dem steigenden Bedarf nach Digitalisierung und Onlinestellung seiner Bestände sowie der Einführung der elektronischen Langzeitarchivierung verbunden sind. Während für die Digitalisierung ein Arbeitsprogramm in Jahresscheiben in Verbindung mit der Digitalisierung »on demand« verfolgt wird, gilt es für die Langzeitarchivierung, noch einen gangbaren Weg zu gestalten.

Ralf Jacob ist Leiter des Stadtarchivs Halle und Vorsitzender des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

Das Historische Archiv des Erzbistums Köln

ULRICH HELBACH

Staat und Gesellschaft im Wandel, internationale Bezüge, Globalisierung, Friedensarbeit, Geschlechterrollen, religiöses Erleben und Wirken, dazu und zu vielen weiteren Themenkreisen benötigt die Forschung nicht zuletzt kirchliche Quellendokumente.

In der katholischen Kirche gibt es kein zentrales Archiv für Deutschland. Deshalb kommt dem Historischen Archiv des Erzbistums Köln eine besondere Rolle zu. Es verwaltet neben den üblichen diözesanen Beständen umfangreiche Archive vieler deutschlandweit wichtiger Vereine, Verbände und Organisationen. Allen voran ist die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) mit 1,2 Regalkilometern Akten zu nennen; ferner die »Katholischen Büros«, Verbindungs- und Informationsstellen zwischen Kirche und Politik am Sitz von Bundesregierung und Bundestag in Berlin – zuvor in Bonn – und für die Bistümer in Nordrhein-Westfalen in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Dazu kommen z. B. auch der 1845 gegründete Borromäusverein in Bonn, die seit 1876 bestehende Wissenschaftsorganisation Görres-Gesellschaft, zu deren Archiv auch ein bedeutender Teilnachlass des Philosophen Friedrich Schlegel gehört, oder der Deutsche Verein vom Heiligen Lande, der schon um 1900 in enger Kooperation mit Kaiser und Reichsregierung in Palästina wirkte. Alle diese Organisationen haben oder hatten ihren zentralen Sitz im Gebiet des Kölner Erzbistums, wo bekanntlich seit 1949 auch die Bundesregierung saß. So bekam das Historische Archiv des Erzbistums Köln eine in vieler Hinsicht zentrale Bedeutung. Unter den Lesesaalnutzungen dominieren regelmäßig – mit 40 Prozent – die wissenschaftlichen Themen; weit über den kirchlichen Forschungshorizont hinaus.

Als einziges Bistumsarchiv sammelt das in Köln schwerpunktmäßig Nachlässe von bekannten Architekten und Künstlern aus der innovativen Gestaltungsphase des Kirchenbaus im 20. Jahrhundert, z. B. von Fritz Schaller und Rudolf Schwarz.

Die Bestände umfassen derzeit knapp zehn Regalkilometer ab 942. Hinzu kommen in rascher Folge Archive der früher bis zu 800 örtlichen Kirchengemeinden. Ihre Sicherung und zentrale Nutzbarmachung gehören zu den gezielten Herausforderungen der kommenden Jahre. Ferner werden die reichhaltigen Fotosammlungen zum katholischen Leben in der Stadt Köln, im Rheinland und in Hunderten deutschsprachigen Gemeinden weltweit – letztere als Teil der Bestände des Katholischen Auslandssekretariats der DBK – digitalisiert und in einem externen Bildportal bereitgestellt. Digital greifbar sind in Kürze die Metadaten zu allen gut 700 Beständen und in der Folge auch Digitalisate älterer Quellenbestände, darunter die zur Familienforschung entscheidenden Kirchenbücher. Die zukunftssichere Archivierung und Lesbarhaltung aller Arten von digitalen Dokumenten und deren Bereitstellung im Lesesaal oder zum Teil online sind klare Zielsetzung.

Als Service des Erzbistums Köln, der katholischen Organisationen und als Teil des katholischen Archivwesens hat das Archiv eine wichtige Funktion zwischen Tradition und Innovation: für die Identität der Menschen, für Transparenz und den Mut zum Aufbruch.

Ulrich Helbach ist Direktor des Historischen Archivs des Erzbistums Köln



Gebäudeansicht der Hauptdienststelle des Bundesarchivs in Koblenz

FOTOS: BUNDESARCHIV, B 198 BILD-2016-0922-001 / GÜNTER WEBER



Registrierung der Dienststelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg

FOTOS: BUNDESARCHIV, B 198 BILD-2017-0214-001 / MILA HACKE



Die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für Freiheitsbewegungen befindet sich im Rastatter Residenzschloss. Rastatt spielte in der Endphase der Revolution von 1848/49 eine zentrale Rolle

Die Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

ULRICH S. SOÉNIUS

Was haben Verkäufe von Seefischen 1948 und der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz von 1881 gemeinsam? Wenig – bis auf den Aufbewahrungsort von über sie berichtenden Quellen. Dieser befindet sich in Köln. In der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (RWWA) werden Unterlagen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Rheinlandes aufbewahrt: Dazu gehören neben Akten auch Urkunden, Fotos, Filme, Drucksachen, Werbematerialien und dreidimensionale Exponate. Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Innungen, Verbände und Vereine sind die »aktenbildenden Stellen«, aber auch Nachlässe von Persönlichkeiten der Wirtschaft und Familienarchive von Unternehmerfamilien zählen dazu. Die ältesten Quellen stammen aus dem 16. Jahrhundert, wobei der Schwerpunkt der auf rund 20 Kilometer Regalfläche aufbewahrten Quellen auf dem 19. und 20. Jahrhundert liegt. Gegründet 1906, ist das RWWA heute für das Rheinland zuständig und bietet der Forschung über 600 Bestände an. Aufgrund des ehemaligen Sitzes in Bonn archivieren auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) ihre historischen Unterlagen im RWWA. Damit hat das Kölner Wirtschaftsarchiv eine bundesweite Bedeutung erhalten. Das RWWA ist das älteste regionale Wirtschaftsarchiv, heute existieren weitere acht dieser Art in Deutschland. Sie dienen als »Rettungsstation« für Wirtschaftsquellen. Das RWWA berät zudem Unternehmen in historischen Fragen und bei dem Aufbau eigener Archive. Mit Ausstellungen, Publikationen und Kooperationen fördert das RWWA zudem die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung.

Warum sollen Quellen der Wirtschaft überhaupt dauerhaft aufbewahrt werden? Sind denn wirtschaftliche Entwicklungen für die Fragen der Zukunft relevant? Was sagen die Quellen aus? Während im 19. Jahrhundert die Wissenschaft wesentlich die politische Geschichte im Augenmerk hatte, war zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielen Betrachtern klar, dass diese Sicht zu eng sei. Daher bezogen sie mit wachsender Bedeutung bei der Erarbeitung von historischen Darstellungen die ökonomischen Quellen mit ein. Denn gerade seit der Industriellen Revolution, die über England und Belgien im ersten Quartal des 19. Jahrhunderts in das Rheinland kam, veränderte die wirtschaftliche Tätigkeit die Menschen, die Städte und Regionen sowie die Gesellschaft. Die Veränderungsprozesse gerieten sich stetig schneller, die Auswirkungen, z. B. in der Siedlungsentwicklung, waren markant. Solche Prozesse nachvollziehen zu können, ist für die zukünftige Entwicklung von Interesse. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist der mögliche Rückgriff auf Entscheidungswege und unternehmerische Taten relevant. Dabei kommt es natürlich darauf an, die wesentlichen Quellen aufzubewahren, die hierzu Auskunft geben können. Aber neben den richtigen Bewertungsmodellen ist auch die Dokumentation des Gewesenen für die Nachwelt von hoher Bedeutung. Heutzutage wird alles schneller, aber auch flüchtiger. Unternehmen haben in der Vergangenheit wesentlich – gewollt und ungewollt – die Gesellschaft beeinflusst. Daher ist das Verständnis für »Warum?« und »Wie?« identifikationsstiftend.

Ulrich S. Soénus ist Direktor und Vorstand der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

Das Deutsche Literaturarchiv Marbach

SANDRA RICHTER

Das Deutsche Literaturarchiv Marbach (DLA) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die unter anderem 1.400 Vor- und Nachlässe, 36 Verlagsarchive, die größte Fachbibliothek für deutschsprachige Literatur weltweit, eine umfangreiche Sammlung literarischer Medien und zwei große Museen für Literatur beherbergt.

Zugang zum Archiv erhält, wer sich für Quellen deutscher Literatur- und Geistesgeschichte seit 1750 interessiert.

Die Ursprünge des DLA reichen auf die Schiller-Verehrung des 19. Jahrhunderts zurück; Marbach ist die Geburtsstadt des Autors. Mit der Gründung des DLA 1955 wurde das Haus zum Archiv der deutschsprachigen Literatur in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut. Der Bund und das Land Baden-Württemberg sind die primären Zuwendungsgeber des Deutschen Literaturarchivs Marbach.

Seit seinen Anfängen gehört das DLA zudem zu den wichtigsten Sammelstätten für Exilliteratur. Der Anspruch, Zeugnisse verbrannter und verfeimter deutschsprachiger Literatur zu sammeln, leitete die Gründer des DLA und prägt die Erwerbungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungspolitik des Hauses bis heute. Unter den Namen zur Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur finden sich Paul Celan, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Marie Luise Kaschnitz, W. G. Sebald und Julia Franck, außerdem bedeutende Bestände von Gelehrten, Philosophen und Germanisten. Nach- und Vorlässe von Autoren und Philosophen werden erschlossen, was oft schon Forschen bedeutet, und umgekehrt die Bestände der Forschung erst zugänglich macht.

Das Collegienhaus mit 30 Appartements dient als Wohn- und Begegnungsstätte für forschende Gäste aus aller Welt.

Die Forschung im DLA entwickelt sich ausgehend von seinen Beständen und vielfach in Kooperation mit Universitäten oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen: Zum einen forscht das DLA empirisch und archivologisch, ausgehend von den Spuren, die seine Bestände im Hinblick auf Literatur, ihre Entwicklung, ihre Leser und die Prozesse der Literaturproduktion hinterlassen. Zum anderen treibt das DLA Ansätze der Digital Humanities voran – unter anderem, indem es sich mit der Produktion und Erforschung von Metadaten sowie mit Born-digitals auseinandersetzt.

Ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm ermöglicht ästhetische Erfahrungsprozesse und ihre Reflexion im Umgang mit Sprache und Literatur. In den beiden Museen des DLA, dem Schiller-Nationalmuseum (SNM) und dem Literaturmuseum der Moderne (LiMo), sind Besucherinnen und Besucher eingeladen, in der Auseinandersetzung mit Manuskripten, Briefen, Fotos, Kunstwerken und Alltagsgegenständen in einen eigenen kreativen Prozess lesend und schreibend einzutreten. Dauerausstellungen zu Schiller und zur Literatur des 19. Jahrhunderts im SNM bzw. zur Literatur von 1899 bis heute im LiMo werden regelmäßig durch Wechselausstellungen ergänzt – bis zum 22. November 2020 ist die Ausstellung »Narrating Africa« zu sehen.

Sandra Richter ist Direktorin des Deutschen Literaturarchivs Marbach

Das Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung

GÜNTER HERZOG

Als weltweit erstes Spezialarchiv zur Geschichte des Kunstmarkts wurde das Zentralarchiv des deutschen und internationalen Kunsthandels (ZADIK) im Jahr 1992 als gemeinnütziger Verein vom Bundesverband Deutscher Galerien (BVDG) gegründet. Eine vergleichbare Konzentration auf den Kunsthandel gab es damals und gibt es heute noch nur in der »Collection of Gallery Records« der »Archives of American Art« in der Washingtoner Smithsonian Institution.

Im Jahr 2014 wurde das ZADIK an die Universität zu Köln eingegliedert. 2017 erfolgte seine Umbenennung in Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung.

Zu Beginn dieses Jahres wurde es mitsamt seinem Personal, seinen Archivbeständen und sonstigem Inventar als eigenständiges wissenschaftliches Institut in die Universität zu Köln eingegliedert.

Das spezielle Sammlungsprofil und die darauf basierende Arbeit des ZADIK als Forschungs- und Lehrarchiv für Kunstmarktforschung beruhen auf den Archiven der Agierenden auf dem Kunstmarkt, wie Künstlern, Sammlern, Kunsthändlern, Galeristen, Kunstkritikern, Kunstjournalisten, Kuratoren, Kulturpolitikern und anderen.

Mit rund 115 von insgesamt 170 Beständen in über 2.000 Regalmeter dominieren die merkantilen Archive und bilden eine der wichtigsten nationalen Quellen für die Revision der Moderne aus der Perspektive der Kunstmarktforschung und für die internationale Provenienzforschung. Ältester Bestand ist das Archiv der Galerien Thannhauser, die 1909 gegründet wurden und Standorte in München, Luzern, Berlin, Paris und New York haben.

Das ZADIK steht allen Interessierten offen und unterstützt alle Forschenden durch unkomplizierte und größtmögliche Zugänglichkeit im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen. Digitalisate aus 27 Beständen können online eingesehen werden, aus rechtlichen Gründen nicht im Internet sichtbare Faksimiles sind im Intranet in den Räumen des ZADIK zu sehen. Das ZADIK ist Partner der europäischen Künstlerdatenbank european-art.net.

Durch eigene Forschungen und deren Veröffentlichungen in seiner Zeitschrift »sediment«, auf seiner Webseite zadik.info, im Kunstmarktteil der FAZ und anderen Medien und mit seinen Ausstellungen und Ausleihen wurde das ZADIK impulsgebend und führend im noch jungen, aber dynamisch wachsenden Forschungsgebiet der Kunstmarktforschung, dessen gesellschaftliche wie historische Relevanz auch unter den Studierenden zu einer immer größeren Nachfrage führt. Dem trägt das ZADIK Rechnung, indem sowohl die Archivleitung als auch die wissenschaftliche Mitarbeiterin kontinuierlich Lehrveranstaltungen anbieten. Diese sind eingebettet in das Programm des Kunsthistorischen Instituts der Universität zu Köln, besonders im Einfach-Master-Schwerpunktmodul Kunstmarkt.

Günter Herzog ist Direktor des ZADIK



2005 bezog das Bundesarchiv in Hoppegarten einen neuerrichteten Zweckbau für die Filmrestaurierung und -konservierung, die auf digitale Techniken umgerüstet wurde

Freie Archive

Die Zukunft des Archivs für alternatives Schrifttum muss nachhaltig gesichert werden

JÜRGEN BACIA

Als Freie Archive bezeichnet man die Einrichtungen, die im Gefolge der 1968er Studentenbewegung am Rande der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden sind. Zurzeit bestehen etwa 90 Freie Archive, von denen sich einige bestimmter Themen bzw. bestimmter Bewegungen annehmen, andere archivieren themen- und bewegungsübergreifend. Alle sammeln neben Archivgut auch »Graue Literatur«, also Zeitschriften, Broschüren und auch Bücher jenseits der Verlage. Der kleinste gemeinsame Nenner aller Freien Archive besteht darin, zu verhindern, dass die Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen zu einer Geschichte der verschollenen Dokumente wird. Eines dieser Archive ist das 1985 in Duisburg gegründete Archiv für alternatives Schrifttum (afas).

Das afas hatte von Anfang an zwei Ziele: zum einen aus Nordrhein-Westfalen (NRW) Unterlagen einzelner Bürgerinitiativen, Friedens-, Stadtteil-, Umwelt- oder Frauengruppen zu sammeln; zum anderen Materialien von Gruppen mit bundesweiter Bedeutung zu archivieren, weil lokale oder regionale Aktivitäten oft erst im größeren Kontext einer bundesweiten Bewegung verständlich werden. So kann man z. B. die lokalen Aktivitäten einer maoistischen Betriebsgruppe der 1970er Jahre erst dann politisch richtig verstehen und einordnen, wenn man sie im Kontext der bundesweit operierenden Organisation, der sie sich zuzählt, betrachtet.

In den ersten Jahren seines Bestehens bestand die Hauptaufgabe des afas darin, Spuren in NRW nachzugehen. Immerhin lagen die wilden 1960er Jahre schon rund 20 Jahre zurück und selbst für die 1970er Jahre war es oft nicht einfach, Leute zu finden, die alternative Projekte gegründet oder in besetzten Häusern gewohnt hatten, oder die in Bürgerinitiativen oder Stadtteilgruppen engagiert waren. Erste Anlaufstellen waren politische Buchläden, die Redaktionen alternativer Zeitschriften, die Büros von Friedens- oder Umweltgruppen genauso wie diejenigen links-alternativer Organisationen, aber auch die diversen autonomen Referate an den Hochschulen.

Auf diese Art kamen schnell Hunderte von Hinweisen zusammen. Manche der Angesprochenen rückten sofort ihre Schätze heraus, weil sie froh waren, den alten Kram endlich loszuwerden. Andere waren reserviert, selbst wenn ihnen die »Idee afas« gefiel: Welche Gewähr gab es denn, dass dem afas nicht in ein paar Jahren die Puste ausging und die Sammlung zerstreut oder gar weggeworfen würde? Ver-

trauensbildende Maßnahmen waren erforderlich. Die Gemeinnützigkeit war hilfreich, vor allem aber die Arbeitsweise. Zwei gedruckte Zeitschriftenkataloge von 1988 und 1990 – wir befanden uns noch nicht im Zeitalter der PCs – beeindruckten sowohl die Menschen aus der Szene als auch aus dem traditionellen Archiv- und Bibliothekswesen. 1.200 verzeichnete Zeitschriften, vorwiegend »Graue

Die Frauenbewegung in Deutschland hat Geschichte

Das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel

KERSTIN WOLFF

Wie sollte es auch anders sein: Stille Nacht am Internationalen Frauentag, dem 8. März, 1984 öffnete eine neue Institution zum ersten Mal ihre Türen für die Öffentlichkeit. Was damals in Kassel unter dem etwas sperrigen Namen »Archiv der deutschen Frauenbewegung« (AddF) präsentiert wurde, war nicht nur ein Archiv und eine Bibliothek, vielmehr war es eine Einrichtung, die die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland sammeln, erforschen und vermitteln wollte – mit dieser breiten Aufstellung ein Experiment mit durchaus ungewissem Ausgang.

Heute, über 30 Jahre später, kann das AddF auf eine erstaunliche Erfolgsgeschichte zurückblicken. Mittlerweile ist aus kleinsten Anfängen eine große Spezialbibliothek mit knapp 36.000 Monografien und Broschüren sowie mehr als 2.500 Zeitschriftentiteln aus allen Bereichen der Frauenbewegung und ein Fotoarchiv mit über 10.000 Fotografien aufgebaut worden. Daneben sammelt das AddF Aktenbestände von Frauenverbänden und -vereinen sowie Nachlässe von engagierten Frauen aus der Bewegung, Politikerinnen oder Verbandsaktivistinnen. Darunter befinden

sich durchaus ein paar Perlen, so der Nachlass der »Mutter des Grundgesetzes«, der Kasseler Juristin und SPD-Politikerin Elisabeth Selbert (1896-1986) oder der Bestand des Deutschen Evangelischen Frauenbundes, gegründet 1899, der mit seinen 150 Regalmetern Archivgut die lückenlose Geschichte dieses Frauenverbandes an der Schnittstelle von Protestantismus und Frauenbewegung dokumentiert. Gesammelt wird im AddF alles – sozusagen flügelübergreifend – zur Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, alle Richtungen, alle Fraktionen, von der proletarischen bis zur bürgerlichen Frauenbewegung, von fortschrittlich bis konservativ, von anarchistisch bis konfessionell, und auch die Gegenbewegung hat hier einen Platz. Der Sammelzeitraum reicht von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er Jahre. Die Begrenzung nach vorne ergibt sich aus der 1848er Revolution, in der die Wurzeln für die organisierte Frauenbewegung in Deutschland gelegt wurden, und am Ende durch den Beginn der neuen Frauenbewegung, die in anderen Frauenarchiven und -bibliotheken in Deutschland gesammelt wird. Ziel ist es, die Geschichte in all ihren Facetten zu überliefern, unabhängig davon, ob sie heutigen Definitionen von Feminismus entsprechen.

So wie in den 1980er Jahren bereits geplant, initiiert das AddF darüber hinaus eigene Forschungen zur Geschichte der Frauenbewegung. Hier geraten Pro-

tagonistinnen ebenso in den Blick wie Themen, Ereignisse oder Protestformen. In den letzten Jahren stand vor allem das 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts im Mittelpunkt eigener Forschungen und Publikationen. Aber auch jenseits von Jubiläumsthemen lassen sich vie-

le Fragestellungen der historischen Forschung mit den Materialien des AddF beantworten. Seien es Fragen der Bevölkerungspolitik oder der Demokratiegeschichte. Daneben beteiligt sich das AddF an Ausstellungen, bietet Stadtrundgänge in Kassel zur Frauengeschichte an, hält Vorträge und gibt die Zeitschrift »Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte« heraus, in der Themen rund um die Geschichte der Frauenbewegung wissenschaftlich beleuchtet werden.

Das AddF gehört zu den Freien Archiven, d. h. es ist keine Einrichtung mit einem klar definierten staatlichen Sammlungsauftrag wie z. B. ein Stadt- oder Landesarchiv. Vielmehr ist es eine Institution, die aus der Be-

literatur«, die nicht in der Zeitschriftendatenbank (ZDB) nachgewiesen war, nach fünfjähriger Arbeit, das konnte sich sehen lassen.

Das Vertrauen wuchs, die übernommenen Sammlungen wurden größer. Die Politgruppen der 1970er bis 1990er Jahre hatten sich aufgelöst und deren papierne Überbleibsel in Form mehr oder weniger geordneter Akten wurden gern abgegeben. Ein paar Jahre nach dem Ende der Apartheid in Südafrika wurde dem afas das Archiv der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung übereignet. Daraufhin entschlossen sich z. B. auch der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika und die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, ihre Unterlagen dem afas zu überlassen. Aus anderen Milieus folgten die Unterlagen des Rheinischen JournalistInnenbüros, des Dachverbands der Kritischen Aktionäre, des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz oder das seit den 1970er Jahren bestehende, 400 Regalmeter umfassende Archiv des Umweltzentrums Münster. Auch die Bergarbeitersiedlung Rheinpreußen, die den Verkauf und Abriss ihrer Siedlung verhinderte und eine Genossenschaft gründete, vertraute ihr Archiv dem afas an. Ende 2019 trennte sich das Stadtarchiv Oberhausen vom Internationalen Frauenfriedensarchiv, »weil es im afas besser aufgehoben ist«. Und jüngst überließ Klaus der Geiger, der wohl bekannteste deutsche Straßenmusiker, ein Teil-Archiv dem afas.

Mit zunehmender Bekanntheit wurden dem afas immer mehr Bestände angetragen, die eher am Rande seines Sammelprofils liegen, aber keine andere Heimat fanden. So kamen z. B. das Archiv des 1892 gegründeten Vegetarierbundes und das Archiv der Oromo Relief Association nach Duisburg. Der Bestand ist inzwischen auf über zwei Regalkilometer angewachsen. Er umfasst neben umfangreichen Archivbeständen rund 9.000 Zeitschriftentitel, 15.000 Broschüren, 50.000 Flugblätter, 15.000 Plakate, einige Zehntausend Fotos, rund 100 Transparente sowie zahlreiche Objekte, Flyer und Buttons.

Das afas ist in der Freien Szene, aber auch im traditionellen Archivwesen gut vernetzt. Der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare hat 2016 ein unterstützendes Positionspapier mit dem Titel »Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen« veröffentlicht. Obwohl an der Sinnhaftigkeit Freier Archive in Fachkreisen kein Zweifel besteht, ist es nur wenigen Einrichtungen gelungen, die Politik zu einer dauerhaften Absicherung ihrer Arbeit zu bewegen.

Das afas verfügte in den 35 Jahren seines Bestehens nie über feste Stellen, musste immer von befristeten Projektmitteln leben und arbeitete oft monatelang unbezahlt. 2017 wurde einvernehmlich zwischen allen NRW-Landtagsparteien – ohne AfD – erstmalig ein Haushaltsposten für das afas eingerichtet, der jedoch 2018 von bis heute anonym gebliebenen Kräften aus den Regierungsparteien CDU und FDP ersatzlos gestrichen wurde – am zuständigen Ministerium und dem Kulturausschuss des Landtags vorbei. Dadurch, dass die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, vor allem aber die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur als zusätzliche Geldgeber gewonnen werden konnten, bewilligte auch das NRW-Kulturministerium Projektmittel. So ist zwar die Weiterarbeit des afas bis 2022 gesichert, doch wie es danach aussieht, steht in den Sternen bzw. hängt vom Ausgang der nächsten Landtagswahl ab. Für ein Archiv, das auf Dauer angelegt ist und Verlässlichkeit garantieren soll, ist dies eine höchst unbefriedigende Situation.

Jürgen Bacia ist Mitbegründer und Leiter des Archivs für alternatives Schrifttum

Das AddF ist als Verein entstanden und ist heute als Stiftung organisiert. Es wird institutionell vom Land Hessen als außeruniversitäre Forschungseinrichtung gefördert, die Stadt Kassel steuert einen Mietkostenzuschuss zu und der Bund stellt über das DDF Projektmittel zur Verfügung. Alles in allem also eine Erfolgsgeschichte. Nichtsdestotrotz bleibt viel zu tun, denn gerade die Digitalisierung bringt für den Archiv- und Bibliotheksbereich große Veränderungen, aber auch große Chancen mit sich.

Kerstin Wolff ist promovierte Historikerin und leitet im AddF den Bereich Forschung

Von Wiesbaden über Darmstadt nach Marburg

Wie funktioniert das Hessische Landesarchiv?

ANDREAS HEDWIG

Im Jahr 2013 wurden die staatlichen Archive in Hessen unter dem Dach Hessisches Landesarchiv zusammengeführt, 2018 ist das Landesarchiv als eine einheitliche Einrichtung mit einer Abteilung Zentrale Dienste und den drei standortgebundenen Hauptstaatsarchiven Wiesbaden und den Staatsarchiven in Darmstadt und Marburg etabliert worden. Diese im Bundesvergleich späte Entwicklung sollte nicht darüber hinwegtäuschen: Dem Hessischen Landesarchiv kommt in Hessen wie in der bundesdeutschen staatlichen Archivlandschaft eine Vorreiterrolle zu.

Wichtige Voraussetzungen dafür schuf die Umstellung der hessischen Landesverwaltung auf das betriebswirtschaftliche Management. Seit 2005 profitiert das staatliche Archivwesen in Hessen von der hiermit verbundenen Flexibilität, die echte Handlungsspielräume eröffnete: eine weitgehende Budgetverantwortung, ein fachlich geprägtes Controlling sowie ein Zielvereinbarungsmanagement. Darüber hinaus hat sich das Hessische Landesarchiv darauf konzentriert, sich den

stetig wachsenden digitalen Anforderungen zu stellen und praktische Lösungsansätze zu erarbeiten. Neben der Erledigung der »Linienaufgaben« wird das Projektmanagement immer wichtiger und prägt die weitere Entwicklung. Die nationale wie internationale Netzwerkbildung und die in erheblichem Maße eingeworbenen Drittmittel erweitern die Spielräume und die fachlichen Horizonte.

Im Mittelpunkt aller Anstrengungen steht das Bemühen, die wachsenden archivfachlichen Kernaufgaben effektiver und effizienter zu erledigen. So wurden die Personal- und Sachressourcen für die Überlieferungsbildung, d. h. für die Frage, welche Unterlagen aus den Behörden in das Archiv gelangen, deutlich ausgebaut. Zur Unterstützung der Einführung der elektronischen Akte in der hessischen Landesverwaltung und ihrer künftigen Archivierung richtet das Landesarchiv für die Behördenberatung in diesem Jahr ein »Competence Center Records Management« ein.

Unterstützt durch Förderprogramme des Hessischen Wissenschaftsministeriums und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gelingt es in einem noch nie dagewesenen Umfang, in die Erhaltung des Archivguts zu investieren. Dem Aktenschriftgut und den Amtsbüchern werden jetzt im großen Stil Maßnahmen wie Papierentsäue-

rung zugeführt, sodass erstmalig von einer systematischen konservatorischen Erhaltung des Archivguts gesprochen werden kann.

Auch die Archivguterschließung hat in den vergangenen zehn Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Arbeitsrückstände bisher noch nicht online erschlossener Bestände werden konsequent abgebaut und differenzierte Tiefenerschließungen zu Forschungszwecken im Rahmen von Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnern und mithilfe von Förderprojekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft realisiert. In absoluten Zahlen gemessen, bieten bundesweit die meisten Erschließungsdaten für ihr Archivgut das Niedersächsische und das Hessische Landesarchiv. Beide Länder betreiben gemeinsam das Archivinformationssystem »Arcinsys« und entwickeln es fortlaufend weiter – seit Neuestem zusammen mit Schleswig-Holstein.

Eine große Herausforderung der vergangenen Jahre war die Einrichtung des Digitalen Archivs Hessen. Es kooperiert fachlich und in der Softwareentwicklung eng mit Baden-Württemberg und Bayern und seit Kurzem mit dem Länderverbund Digitales Archiv Nord. Hier besteht ein immenser Handlungsdruck: Das Hessische Landesarchiv wird mit immer größeren Mengen archivreifer digitaler Daten und Unterlagen aus

den Landesbehörden konfrontiert, sei es in Form von datenbankförmigen Fachanwendungen, elektronischen Akten oder Einzeldateien aus elektronischen Ordner-Ablagen und Kommunikationsplattformen. Soll das Hessische Lan-

Soll das Hessische Landesarchiv Partner der Verwaltung bleiben, wird es ohne weiteren Personal- und Mitteleinsatz nicht gehen

desarchiv zuverlässiger Partner auch der Verwaltung bleiben, wird es ohne weiteren Personal- und Mitteleinsatz nicht gehen.

Gar mit großem Abstand vor den anderen staatlichen Archiven rangiert das Hessische Landesarchiv in der Online-Bereitstellung von digitalisiertem Archivgut. Über 30 Millionen Abbildungen archivalischer Dokumente sind bereits jetzt online nutzbar. Das Spektrum reicht von frühmittelalterlichen Urkunden bis zu den Personenstandsregistern des 19. und 20. Jahrhunderts. Dies kommt den Archivnutzerinnen und -nutzern wie der wissenschaftlichen Forschung unmittelbar zugute und erleichtert ihre Arbeit. Selbstverständlich können die

Nutzerinnen und Nutzer inzwischen in den Lesesälen – soweit Datenschutz und konservatorischer Zustand das zulassen – mit ihren Smartphones selbständig und unentgeltlich Archivgut für den eigenen Bedarf fotografieren oder für überschaubare Kostensätze ggf. hochwertig digitalisieren lassen.

Trotz der genannten großen Aufgaben nimmt das Hessische Landesarchiv darüber hinaus seinen Auftrag als »Haus der Geschichte« ernst. Es kooperiert im Bereich der Geschichtsvermittlung wie in der historischen Forschung eng mit den lokalen und regionalen Geschichtsvereinen, mit den historischen Kommissionen sowie den Universitäten. Ansprechende Ausstellungs- und Tagungsthemen werben dafür, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht nur für Geschichtsinteressierte, sondern für viele gesellschaftliche Diskurse einen großen Mehrwert haben kann – vor allem in Zeiten von Fake News und alternativen Wahrheiten. Dabei bemüht sich das Hessische Landesarchiv, auch breitere Bevölkerungskreise anzusprechen, durch die zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift »Archivnachrichten aus Hessen«, einen monatlichen Newsletter sowie durch seine Facebook-, Instagram- und YouTube-Auftritte.

Andreas Hedwig ist Präsident des Hessischen Landesarchivs

Berufsbild mit Perspektive

Arbeiten im Archiv

SUSANNE FREUND

Archive dokumentieren in einer Demokratie Vergangenheit und Gegenwart für die Zukunft. Daraus ergibt sich ein Berufsbild, das den Blick sowohl zurück als auch nach vorn richtet. Wer heute Archivarin oder Archivar werden will, muss sich darüber bewusst sein, dass wir uns von der analogen in die digitale Welt verabschieden. Die Dynamik dieses Prozesses setzt systematisches und analytisches Denken, die Motivation zum Umgang mit digitalen Inhalten und Technologien, grundlegende IT-Kenntnisse, Kommunikationsbereitschaft, Organisations- und Teamfähigkeit voraus. Fachpersonal muss Arbeitsprozesse optimieren, neue Problemlagen erkennen und Tätigkeitsbereiche aktuellen Herausforderungen anpassen. In der Praxis bedeutet das, dass einerseits Grundlagenwissen zur Informationsgesellschaft und -visualisierung, zur digitalen Archivierung, andererseits aber auch die Lese- und Vermittlungsfähigkeit von Originalquellen, ein Verständnis historischer Kontexte, verwaltungsrechtlicher Fragen, Regelungen des Rechts- und Datenschutzes obligatorisch für archivarchivische Kompetenz sind.

Die Hauptaufgabe von Archivarinnen und Archivaren besteht darin, Archivgut zu übernehmen, zu bewerten, zu erschließen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wissen und Daten bestimmen den Arbeitsalltag in Archiven im Austausch mit Gesellschaft und Politik. Der Zugang zu diesem Berufsfeld ist dem hierarchischen System des öffentlichen Dienstes untergeordnet. Für den mittleren Dienst gibt es das Ausbildungsangebot der Fachangestellten – Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv. Die dreijährige Ausbildung setzt die Fachoberschulreife voraus und wird im dua-

len System von Praxis und Theorie vermittelt. Für den Gehobenen Dienst ist ein Diplom oder ein Bachelorabschluss erforderlich. Die Verwaltungslaufbahn an der Archivschule Marburg umfasst drei Jahre und schließt mit dem Diplom ab. Über die Aufnahme entscheiden die Staats- und Landesarchive der einzelnen Bundesländer. Diese treffen eine Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber, die den Theorieteil in Marburg und die Praxis in den Ausbildungsarchiven absolvieren. Dieses Entsendungsprinzip entspricht gleichfalls dem Verfahren der Bayerischen Archivschule München, die fast ausschließlich für den eigenen Bedarf in Bayern ausbildet.

In der Bundesrepublik wird der einzige Studiengang der Fachrichtung Archiv vom Fachbereich Informationswissenschaften der Fachhochschule (FH) Potsdam angeboten. Dieses zum Wintersemester 1992/93 zunächst als Diplomstudiengang etabliertes und seit dem Wintersemester 2007/08 in einen Bachelorstudiengang überführtes Studium ist geprägt vom sogenannten »Potsdamer Modell«. Das heißt: In Verbindung mit den beiden anderen Bachelorstudiengängen Bibliothekswissenschaft sowie Informations- und Datenmanagement werden im Grundstudium integrative Inhalte vermittelt. Die studiengangübergreifenden Module erstrecken sich auf Themen wie Information und Gesellschaft, Webtechnologie und Informationssysteme oder Medien. Die Spezifizierung erfolgt im Hauptstudium, das je nach individueller Schwerpunktsetzung den Fokus mehr auf historische Unterlagen oder auf die digitale Archivierung richtet. Die notwendige Praxiserfahrung wird durch ein Praktikum abgedeckt.

Die Einschreibung für den zulassungsfreien Bachelorstudiengang Archiv ist an die Fachhochschulreife oder das Abitur gebunden und ermög-

licht nach erfolgreichem Abschluss die Aufnahme des konsekutiven Masterstudiums Informationswissenschaften. Dieser integrative, interdisziplinäre Master eröffnet aufgrund seiner hohen Praxis- und Anwendungsorientierung den generellen Zugang zu Berufsfeldern im Umgang mit Information und Wissen. Dies betrifft z. B. Einrichtungen des kulturellen Erbes und damit unter anderem Archive.

Ferner können seit dem Wintersemester 2009/10 Absolventinnen und Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge, die bereits archivarchivische Berufspraxis aufweisen und während des berufsbegleitenden Studiums in Archiven tätig sind, den Abschluss des weiterbildenden Masters Archivwissenschaft erwerben. Die Zahl der Studienplätze ist auf 30 limitiert, die nach einem Auswahlverfahren vergeben werden. Das Studium wird nach dem Konzept des Blended-Learning durchgeführt und umfasst vier Präsenzen pro Jahr in der FH Potsdam. Der Masterabschluss befähigt zum höheren Archivdienst, wengleich die beamtenrechtlichen Bestimmungen der einzelnen Bundesländer nach wie vor den Verwaltungslaufbahnen, die in Marburg und München in zwei Jahren zum höheren Archivdienst qualifizieren, den Vorzug geben.

Es besteht in der Berufspraxis momentan eine hohe Vakanz an Fachkräften; zahlreiche Stellen bleiben unbesetzt. Die FH Potsdam hat deshalb im Weiterbildungs-Masterstudiengang die Kapazität verdoppelt. Außerdem wurde die Zahl der Teilnehmenden der vierjährigen Fernweiterbildungskurse, die bereits als Fachangestellte in Archiven arbeiten und sich am Ende in das 7. Fachsemester einstudieren lassen können, um den Bachelor abzulegen, erhöht.

Angesichts zukünftiger Verarbeitungs- und Nutzungsprozesse digitaler



Sitz der Abteilung Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg (PA) des Bundesarchivs in Berlin-Reinickendorf

Daten in Wirtschaft, Forschung und Kultur wird sich das Berufsfeld noch weiter spezifizieren und neue Aufgabenfelder definieren. Berufsbegleitende Weiterbildungsangebote wie die hier beschriebenen oder der neue Weiterbildungs-Masterstudiengang Digitales Datenmanagement ab dem Sommersemester 2020, ein Gemeinschaftsprojekt der FH Potsdam und der Humboldt-Universität zu Berlin, tragen diesem Anspruch Rechnung. Darüber hinaus bietet das Weiterbildungsprogramm Archive im Informationszeitalter der FH Potsdam in Kooperation mit der Freien Universität Berlin eine Qualifizierung in den Bereichen Strategieentwicklung, Historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Audiovisuelle Medien, Digitale Archivierung, Bestandserhaltung und Urheberrecht an. Praxisnahes Fachwissen vermitteln ebenso die Fortbildungskurse der Archivschule Marburg. Diese Weiterbildungen ersetzen jedoch keine Fachausbildung oder ein Studium, sondern dienen lediglich der Professionalisierung.

Die Archivalandschaft ist bunt und vielfältig, der Berufseinstieg für alle Interessierten über mehrere Wege of-

fen. Die Zeiten dunkler Anzüge einer überwiegend von Männern dominierten Archiv-Community sind spätestens seit der Wiedervereinigung vorbei. Der Frauenanteil ist seit den 1990er Jahren signifikant gestiegen, was zunächst der hohen weiblichen Präsenz in ostdeutschen Archiven geschuldet war. Inzwischen zeigen Emanzipation und Gleichstellung generell Wirkung, wengleich Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind. Die Geschlechtergerechtigkeit spiegelt allerdings auch die Diversität sogenannter Bewegungsarchive. Sie dokumentieren z. B. das Leben von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen. Denn die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen an der kulturellen Überlieferung stärkt das Vertrauen in die Demokratie und ist das Fundament sozialer Beziehungen.

Susanne Freund ist Professorin für Archivwissenschaft am Fachbereich Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam und Projektleiterin der Weiterbildungsangebote des Studiengangs Archiv



Dienststelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg: Im Archiv werden die Unterlagen der »Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« zur Nutzung bereitgestellt

FOTO: BUNDESARCHIV, B 198 BILD-2017-0012-004 / MILA HACKE

Bindeglied

Die Fachzeitschrift
Archivar

KATHRIN PILGER

Die Zeitschrift »Archivar. Zeitschrift für Archivwesen« – bis 2007 unter dem Titel »Der Archivar – Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen« erschienen – ist das bedeutendste archivistische Fachorgan im deutschsprachigen Raum. Autorisiert durch eine Lizenz der britischen Militärregierung vom 14. Dezember 1946 sollte die Zeitschrift das Bindeglied zwischen den Archiven aller Fachrichtungen in Deutschland bilden. Die Zeitschrift selbst erscheint seit 1947; sie wird gemeinsam vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA) und vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen herausgegeben und von einem Fachbeirat, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern beider Institutionen zusammensetzt, begleitet. Die Redaktion lag bis 2003 beim Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; seit 2004 ist sie beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Duisburg angesiedelt. Die Zeitschrift deckt ein breites archivfachliches Themenspektrum ab. Es reicht von der Bewertung und Übernahme archivwürdiger Unterlagen über die Erschließung, die Bestandserhaltung bis hin zu Projekten der historischen Bildungsarbeit im Archiv; mit den Herausforderungen des digitalen Zeitalters wuchs in den letzten Jahren merklich die Zahl an Beiträgen zur Digitalisierung, zur elektronischen Langzeitarchivierung und zur Präsentation von Erschließungsinformationen und digitalisiertem Archivgut im Internet.

Die Zeitschrift Archivar erscheint viermal jährlich im Februar, Mai, Juli und November in einer Auflage von 3.600 Exemplaren. Jedes Heft der Zeitschrift besitzt einen Themenschwerpunkt. Im vergangenen Jahr waren dies: »Bürgerschaftliches Engagement in Archiven«, »Neue Tendenzen in der Archivpädagogik«, »Archive und Geschichtswissenschaft« sowie »Sportarchive«. In diesem Jahr sind die Themenschwerpunkte »Archivierung von Forschungsdaten«, »Erschließung und Bereitstellung«, »Wissenschaftsregion Ostwestfalen-Lippe« und »Digitale

Langzeitarchivierung« geplant. Zum Themenschwerpunkt erscheinen in jedem Heft mehrere Aufsätze, daneben aber auch kleinere Berichte in der Rubrik »Archivtheorie und Praxis«. Über den Themenschwerpunkt hinaus greift die Zeitschrift aktuelle Entwicklungen aus allen Bereichen des Archivwesens auf – in Beiträgen, Tagungsberichten und Buchbesprechungen; dabei liegt ein besonderer Akzent auch auf der Einbeziehung der internationalen Entwicklungen. In einer eigenen Rubrik informiert die Zeitschrift außerdem über Projekte, Publikationen und Veranstaltungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen. In einem weiteren Teil erscheinen schließlich die Mitteilungen und Beiträge des Berufsverbandes VdA.

Seit einigen Jahren lädt der Beirat Fachvertreterinnen und -vertreter aus unterschiedlichen Disziplinen dazu ein, die Gastherausgeberschaft für einen Themenschwerpunkt der Zeitschrift zu übernehmen. Die Gastherausgeberinnen und -herausgeber stellen die Beiträge des jeweiligen Heftes inhaltlich zusammen, wählen geeignete Autorinnen und Autoren aus und übernehmen die fachliche Redaktion der Aufsätze; durch die Beteiligung dieser Expertinnen und Experten konnte die Qualität der Zeitschrift in den letzten Jahren erhöht werden.

Seit Heft 3/1999 sind die einzelnen Ausgaben kurz nach ihrem Erscheinen im Druck auch im Internet zugänglich.

Die Zeitschrift Archivar unterscheidet sich von der Archivalischen Zeitschrift, der anderen in Deutschland einmal pro Jahr erscheinenden und von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns herausgegebenen Fachzeitschrift für das Archivwesen vor allem durch die alleinige Fokussierung auf originär archivfachliche Themen; das Spektrum der Archivalischen Zeitschrift umfasst hingegen auch veraltungsgeschichtliche und quellenkundliche Themen sowie Beiträge zu den historischen Grundwissenschaften wie z. B. der Urkundenlehre, Schriftkunde oder Aktenkunde, soweit sich diese auf Archivalien beziehen.

Kathrin Pilger ist Dezernatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Redakteurin der Zeitschrift Archivar im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Duisburg

Fachlicher Austausch

Die Archivalische Zeitschrift

MARGIT KSOLL-MARCON

Der erste Band der Archivalischen Zeitschrift (AZ) erschien im Jahr 1876 auf Initiative von Reichsarchivdirektor Franz von Löher, Direktor des Königlichen Allgemeinen Reichsarchivs in München. Löher begründete damit die älteste deutsche archivwissenschaftliche Fachzeitschrift. Frühere Versuche an verschiedenen Orten, eine archivfachliche Zeitschrift ins Leben zu rufen, waren jeweils rasch zum Erliegen gekommen. Franz von Löher wollte ein Publikationsorgan schaffen, das den fachlichen Austausch zwischen den Archivaren fördert, das aber zugleich auch die unikale schriftliche Überlieferung der Archive und deren Zuständigkeiten und Organisationsstrukturen der Forschung bekannt macht und darüber hinaus den Kontakt zur Wissenschaft, aber auch zu den staatlichen Behörden herstellt. Es sollte keine historische Zeitschrift werden; lediglich hilfswissenschaftliche Arbeiten, sofern diese auf Archivgut beruhten, wie Paläografie, Diplomatik, Sphragistik, konnten aufgenommen werden. Löher hatte für seine Zeitschrift kein Vorbild, an dem er sich hätte orientieren können. Er war von 1876 bis 1888 Herausgeber und verantwortlicher Redakteur. In dieser Zeit verfasste er den Großteil der Inhalte der Bände selbst. Bereits im ersten Band wurden nahezu alle thematischen Vorgaben umgesetzt: Darlegung der Aufgaben der Archive, der Archivarsausbildung, des bayerischen Archivwesens und ein Artikel über die Organisation der Staatsarchive in Italien, um den internationalen Anspruch deutlich zu machen. Das war kein Einzelfall. 2004 erschien beispielsweise ein Beitrag von Viviana Wagner über »Archive am chinesischen Kaiserhof: Geheime Arsenalen im Dienste dynastischer Erinnerungspolitik«.

Die sachgerechte Unterbringung des kulturellen Erbes, dessen Sicherung und Erhalt zieht sich wie ein roter Faden durch die Bände. Archivzweckbauten, die im 19. Jahrhundert in verschiedenen Städten entstanden, wurden daher bereits im ersten Band

thematisiert. Während der Amtszeit Franz von Löhers entstand in Bayern 1880 der erste Archivzweckbau in Nürnberg für das dortige Kreisarchiv, heute Staatsarchiv, in der danach benannten Archivstraße.

Die Fachwelt in ganz Europa beurteilte die Gründung der Archivalischen Zeitschrift als bahnbrechende Leistung. Der endgültige Durchbruch der AZ zur archivwissenschaftlichen Fachzeitschrift von internationalem Rang erfolgte, als 1925 Archivdirektor Ivo Striedinger die Schriftleitung übernahm.

Als 1955 der 50. Band als Doppelband 50/51 erschien, wurde, wie in der Vergangenheit sporadisch bereits üblich, ein ausführlicher Besprechungsteil über die Fachzeitschriften in Deutschland, in verschiedenen europäischen Staaten und in den USA aufgenommen. Auch Rezensionen und Hinweise auf Neuerscheinungen fanden Eingang in die AZ. Dies endete mit Band 77, 1992 aufgrund fehlenden Personals.

Bedingt durch die Folgen des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie durch ein fehlendes festes Redaktionsteam konnte die AZ nicht wie geplant jährlich erscheinen, was dazu führte, dass zum 100-jährigen Gründungsjubiläum 1976 der 72. Band herauskam. Aber auch in der Folgezeit gab es immer wieder Unterbrechungen im Erscheinen. 1992 wurde eine zehnjährige Veröffentlichungspause beendet. Derzeit ist beabsichtigt, dass die AZ, wenn nicht jährlich, so doch alle zwei Jahre erscheint. Im Band 90 findet sich ein sachthematisch gegliedertes Inhalts- und ein alphabetisches Verfasserverzeichnis aller seit 1876 publizierten Aufsätze und Mitteilungen.

Schwerpunkte der Ausgaben thematisieren unter anderem die Herausforderungen der jeweiligen Zeit wie den Einzug neuer Technologien und Medien, z. B. Mikrofilm und EDV, die Archivwissenschaft, die Archivbestände und deren Zugänglichkeit, die Geschichtlichen Hilfswissenschaften und Quellenkunde. Vereinzelt finden sich auch historische Untersuchungen zu den Gebieten Verwal-

tungsgeschichte, Rechts- und Verfassungsgeschichte, Wirtschaft- und Kulturgeschichte. Auch Biografien und Nachrufe auf Archivare werden publiziert. Band 96, erschienen 2019, enthält die ausgearbeiteten Beiträge des archivgeschichtlichen Kolloquiums »Die Staatlichen Archive Bayerns in der Zeit des Nationalsozialismus«.

Hatte die Archivalische Zeitschrift zunächst ein Alleinstellungsmerkmal, so änderte sich dies im 20. Jahrhundert, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Das Bundesarchiv und die Archivverwaltungen der Länder geben verschiedene Publikationen heraus. Eine große Verbreitung hat die Zeitschrift Archivar des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare, die viermal jährlich erscheint. Der Schwerpunkt liegt hier in der Regel auf aktuellen Berichterstattungen über neue Zugänge, Arbeitsmethoden, Tagungen und Veranstaltungen. Wie die AZ richten sich diese Veröffentlichungen an Archivarinnen und Archivare wie auch an die historische Forschung. Mit der Schaffung der Archivwissenschaftlichen Fachgespräche an der Bayerischen Archivschule 2018, deren Beiträge erstmals Ende 2020 in der AZ erscheinen werden, wird der archivwissenschaftliche Schwerpunkt in der Archivalischen Zeitschrift weiter vertieft.

Margit Ksoll-Marcon ist Generaldirektorin der Staatlichen Archive Bayerns

i ARCHIV-BEGRIFF

Archive sind Einrichtung zur systematischen Erfassung, Erhaltung und Betreuung von Schriftstücken, Dokumenten, Urkunden, Akten, insbesondere soweit sie historisch, rechtlich oder politisch von Belang sind. Archivgut – als archivwürdig bewertete Teile des Registraturguts – zeichnet sich besonders dadurch aus, dass es Unikatcharakter hat. Mit dem Begriff Archiv können auch Gebäude oder Räumlichkeiten gemeint sein, in denen ein Archiv oder Archivgut untergebracht ist.

Vom Gang ins Archiv

Familiengeschichte in Aktenform

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Der Gang ins Archiv kann eine ziemlich persönliche Angelegenheit sein. Im vergangenen Jahr habe ich das erlebt. Ich gehe gerade einigen Spuren in meiner Familiengeschichte nach. So wollte ich Näheres über die berufliche Laufbahn meines Großvaters väterlicherseits wissen. In der Familie wurde manches erzählt. Doch wann genau war er zum Staatssekretär aufgestiegen – 1932 oder 1933? Und aus welchen Gründen wurde er schon 1934 in den Ruhestand versetzt, mit 50 Jahren? Es war nicht einfach, den Weg zu den Akten zu finden. Denn mein Großvater war zwischen den Wirtschafts- und Finanzministerien des Reichs und Preußens hin- und hergewechselt. Zum Glück stieß ich auf Fachleute, die mir mit größter Zugewandtheit, Geduld und Sorgfalt halfen. Das war mein erstes Aha-Erlebnis: Archive sind Orte, an denen

man sehr hilfsbereite Menschen kennenlernen kann.

So ging ich also ins Preußische Geheime Staatsarchiv in Dahlem. Ein Verwaltungshistoriker hatte mich im Vorwege durch die verschlungenen Pfade des Online-Katalogs gelotst, sodass ich alles Wichtige von zu Hause bestellen konnte. Ich war gespannt, was mich erwarten und ob ich große Entdeckungen machen würde. Freundlich wurde ich empfangen, eingewiesen und in den herrlichen Lesesaal geführt. Ein Stapel von alten Akten wurde mir übergeben. Ich setzte mich und begann zu lesen. Es ist schon seltsam, in der Personalakte des eigenen Großvaters – den ich übrigens nicht kennengelernt habe, weil er kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gestorben ist – zu blättern. Es fühlt sich indiskret an, auch wenn ich es ja nur mit amtlichen Angelegenheiten zu tun bekam. Ich nahm die Zeugnisse seiner juristischen Staatsexamina in die Hand, las die Gutachten seiner Hausarbeiten, verfolgte einige seiner ersten Stationen, dann musste ich

über ein paar Leerstellen springen. Schließlich gelangte ich zum entscheidenden Jahr. Endlich hatte ich es schwarz auf weiß. Mein Großvater hatte seinen letzten Karrieresprung zum Staatssekretär nicht vor, sondern nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten getan. Wenn ich es recht deute, war er als Fachmann und als ein Kandidat von Alfred



CLAUSSENS
KULTURKANZEL

Hugenberg ins Kabinett gekommen. Aber was hat er sich dabei gedacht? Dazu fand ich keinen Hinweis in meinem Aktenstapel. Befremdlich war es dann, seinen Namen in allerlei Protokollen zu lesen. Die meisten von ihnen enthielten nichts inhaltlich Interessantes. Aber meinen Familiennamen da so neben den Namen von verabscheuungswürdigen Personen stehen zu sehen, hat mir

schon genügt. Doch was hat er auf diesen Sitzungen gesagt, wie sich verhalten? Auch dazu gab es keine Informationen. Immerhin tröstete ich mich, dass ich bei anderen Recherchen herausfinden konnte, dass mein Großvater kein Mitglied in irgendeiner nationalsozialistischen Organisation gewesen ist. Dann nach nur einem Jahr kam sein berufliches Ende. Die Kopie eines dünnen Schreibens bezeugte es. Die Gründe waren wohl eine Mischung aus Strukturreform und politischer Bereinigung. Hugenberg hatte aufgegeben, nun sollte ein Nationalsozialist an die Stelle meines Großvaters rücken. Wieder habe ich mich gefragt, wie er das erlebt hat. Und wieder habe ich in den Unterlagen keine Antwort gefunden. Aber vielleicht ist dies ja nicht das Schlechteste, was einem bei einem Archivbesuch geschehen kann: Man geht mit mehr Fragen hinaus, als man hineingekommen ist.

Johann Hinrich Clausen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

TV-Konzern entwickelt deshalb auch eine übergreifende Streaming-Plattform, die künftig alle Sender nutzen sollen. Außerdem wird die Kooperation der Sender mit der Produktionstochter Fremantle Media intensiviert. Im Dezember 2018 hatte die Mediengruppe RTL Deutschland mit TVNow einen neuen Streaming-Dienst gestartet. Eigene Fernsehproduktionen und eine gestiegene Nachfrage nach TVNow haben die Sendergruppe RTL im 1. Halbjahr 2019 auf den höchsten Umsatz ihrer Unternehmensgeschichte gehievt. Die Erlöse der RTL Group stiegen um 4,2 Prozent auf 3,17 Milliarden Euro. Da das digitale Geschäft weniger profitabel ist als das klassische Fernsehgeschäft, wirtschaftete RTL insgesamt nicht so ertragreich wie zuvor. Das Betriebsergebnis sank leicht um 10 Millionen auf 538 Millionen Euro.

ProSiebenSat.1 setzt vor allem auf internationale Zusammenarbeit

Die Hoffnung der Mediengruppe aus Unterföhring ruht vor allem auf der neuen Streamingplattform »Joyn« und auf eine stärkere Kooperation mit anderen europäischen Partnern. 2014 haben einige Medienunternehmen, darunter ProSiebenSat.1, Mediaset und TF1, die EMA gegründet. Ziel schon damals: mehr Kooperation, um gemeinsame Synergien und Investmentmöglichkeiten zu schaffen. Nach außen hin sichtbar wurden bislang aber nur wenige Projekte. Im vergangenen Jahr beschloss man nun, dass die EMA als Plattform dienen soll, um gemeinsame Initiativen in den Bereichen Videostreaming, Technologie und Monetarisierung zu starten.

Auf der Plattform »Joyn«, die im Juni 2019 online ging, werden mehr als 50 Free-TV-Sender im Live-Stream und als Mediathek sowie die Inhalte 15 weiterer Content-Partner gebündelt. Damit entstand das größte kostenlose FreeTV-Angebot auf dem deutschen Markt.

Aber ob diese neuen Online-Aktivitäten der privaten Sendergruppen ausreichen, ist fraglich.

So heißt es in der oben zitierten Studie: »Den privaten deutschen Medienanbietern fehlt es gegenwärtig an Streaming Power bezüglich aller drei kritischen Ressourcen Content, Distribution und Monetarisierung. Um den heutigen Gesamtmarktanteil halten zu können, müsste ProSiebenSat.1 einen Streaming-Marktanteil von 7 Prozent und RTL von 8 Prozent erzielen – was jeweils mehr als einer Verdoppelung der heutigen Streaming-Anteile entspricht. Sollte das Ziel ambitionierter sein, nämlich den heutigen Marktanteil im linearen TV nunmehr auch im nicht linearen Bereich zu erreichen, dann würde das in etwa einem Anteil an der Streaming-Zeit entsprechen, den heute Amazon mit seinem Prime-Video-Angebot erzielt – wobei die zu erwartenden neuen Konkurrenten nicht berücksichtigt sind.« Die deutschen Medienanbieter müssten radikale Maßnahmen ergreifen, um sich im nicht linearen Streaming-Sektor ein nennenswertes Stück des rasant wachsenden Zeit- und Umsatzkuchens sichern zu können – und damit nicht auf das lineare TV-Geschäft beschränkt zu sein.

Das erfordert von den TV-Anbietern radikale Schritte. »Letztlich müssen diese nichts weniger schaffen, als sich von ihrer bisherigen Rolle als Sender zu verabschieden und sich als Player in einem viel stärker umkämpften Wettbewerb wiederzufinden, in dem es auf ganz andere Dinge ankommt als jene, die die TV-Anbieter einst großgemacht haben und die bis heute ihre Kernkompetenzen darstellen«, resümiert die Studie von Roland Berger und der Universität Münster.

Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs www.medienpolitik.net

Das mediale Lagerfeuer erwärmt immer weniger Zuschauer

Die privaten Fernsehsender stehen vor radikalen Schritten, um sich gegen Streaming-Plattformen behaupten zu können

HELMUT HARTUNG

Vor nahezu 25 Jahren, im Dezember 2005 startete Sat.1 eine Innovation im Deutschen Fernsehen: Eine Late-Night-Show nach amerikanischem Vorbild. Als am 23. Dezember 2013 die Zusammenarbeit Harald Schmidts mit dem Privatsender endete, verfolgten 2,47 Millionen Zuschauer den Abschied des Entertainers von Sat.1. Das entsprach einem Marktanteil von 17,6 Prozent. Doch diese Zeiten erfolgreicher Innovationen und solch hoher Marktanteile sind für das private Fernsehen längst Geschichte. Höchstens mit Fußball erreicht RTL heute im Ausnahmefall Marktanteile von annähernd 30 Prozent. Vorbei die Zeiten, als »SDS« bei RTL noch Rekordquoten erzielte, vorbei die Zeiten, als Stefan Raab ProSieben in schöner Regelmäßigkeit Top-Reichweiten bescherte.

1984 startete mit Sat.1 der erste kommerzielle TV-Sender, wenig später ging RTL auf Sendung. In den 1990er Jahren erreichten Sat.1, RTL & Co. mehr Zuschauer als die öffentlich-rechtlichen Sender. 2007 lag deren Marktanteil bei 56,6 Prozent, 2018 waren es noch 51,8 Prozent, Tendenz fallend. Zudem stehen hinter den Marktanteilen real weniger Zuschauer. Und das obwohl sich die Zahl privater Anbieter in den vergangenen Jahren explosionsartig vermehrt hat.

Laut aktuellem Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung umfasste das Programmangebot der privaten Veranstalter zum Jahresanfang 2016 insgesamt 403 Programme, davon 15 Vollprogramme, 2 Fensterprogramme, 56 Spartenprogramme, 86 Pay-TV-Programme, 22 Teleshopping-Programme und 222 landesweite, regionale oder lokale Programme. Diese Zahl hat sich in den vergangenen drei Jahren

noch leicht erhöht. Mit dieser Vielzahl von linearen Programmen ist eine Grenze der Diversifizierung erreicht, weil sich zum einen die Zuschauer die Bewegtbildnutzung zunehmend nicht von einem Programmschema vorschreiben lassen wollen und zum anderen angesichts rückläufiger Werbeumsätze bei klassischen Medien nicht mehr Free-Programme finanziert werden können.

2019: Das Jahr der Disruption der TV-Branche

2019 ist das Jahr der Disruption in der Fernsehbranche. Mit Apple und Disney drängen neue Player in den bereits umkämpften Streaming-Markt. Von den sogenannten Millennials, den 18- bis 34-Jährigen, nutzen 70 Prozent mindestens eine der beliebtesten Plattformen Netflix, Amazon Prime Video, Sky Go & Select oder die ARD- oder ZDF Mediatheken; bei der Altersgruppe ab 35 Jahren sind es nur 52 Prozent – so die Ergebnisse einer aktuellen Analyse der internationalen Data and Analytics Group YouGov.

Immer mehr Nutzer wenden sich vom klassischen linearen Fernsehen ab, hin zu den flexiblen Streaming-Angeboten. Laut YouGov-Analyse profitierten von diesem Trend bisher vor allem der Streaming-Gigant Netflix. So gaben 2015 nur knapp drei Prozent der 18- bis 34-Jährigen an, mindestens einmal pro Woche Netflix zu nutzen. 2019 waren es bereits 33 Prozent. In dem Maß, wie US-Studios wie Disney oder Universal eigene Streaming-Plattformen starten, wird es für die TV-Sender zudem schwieriger, sich mit exklusiven, attraktiven Inhalten zu versorgen. Der Druck nimmt weiter zu.

Rückläufige TV-Werbung

Das Fernsehen hat bei den Werbeumsätzen das Jahr 2018 erstmals seit 2008 mit einem Minus abgeschlossen. Der Nettowerbeumsatz sank um 1,2 Prozent auf rund 4,54 Milliarden Euro. Die größte klassische Gattung leidet unter der gedämpften konjunkturellen Stimmung und der Umverteilung der Werbeinvestitionen in die nonlinearen Angebote.

Zudem ist der Anteil der privaten TV-Sender an den Online-Werbeumsätzen weiterhin verschwindend gering.

2019 erreichte das Fernsehen einen Zuwachs von gerade mal 0,6 Prozent, während die Brutto-Werbeerträge insgesamt um 1,9 Prozent gestiegen sind. Der größte Anteil entfiel mit 15,62 Milliarden Euro (47,9%) zwar immer noch auf das Fernsehen. Aber wie lange noch? Rund 60 Prozent des globalen Online-Werbeumsatzes oder 25 Prozent des weltweiten Gesamtwerbeumsatzes laufen heute allein über die beiden Plattformen Google und Facebook. Der Rest verteilt sich auf kleinere Player – und auf die Konkurrenz aus China. In Deutschland gehen vom gesamten Online-Werbeumsatz mit 7,4 Milliarden Euro rund 4,1 Milliarden – oder rund 55 Prozent – über die Server von Google und Facebook. Doch inzwischen etabliert sich ein neuer Wettbewerber als relevante Größe. Und der kann mit zusätzlicher Reichweite und Rechenpower aufwarten: Amazon.

Amazon wird sich zu einer der wichtigsten Online-Werbeplattformen entwickeln und hat nach Schätzungen in Deutschland 2018 schon rund 500 Millionen Euro Umsatz mit Werbung generiert. Damit würde Amazon bereits zehn Prozent des deutschen Online-Werbeumsatzes für sich verbuchen können. Globale Player wie Netflix und Amazon werden im Vergleich zu einem nationalen Anbieter immer größere Skaleneffekte und damit umfangreichere Investitionsmöglichkeiten haben. Nationale Sender müssen daher verstärkt über eine Strategie nachdenken, die es ihnen erlaubt, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam gegen die großen Player anzutreten.

»Das Fernsehen ist gefordert, den Wandel zu personenbezogener Werbung mitzumachen. Die bereits sehr hohe Verbreitung von Smart-TVs ermöglicht dieses«, erklärt dazu der Medienexperte Werner Ballhaus vom Beratungsunternehmen PwC. Ein erster Ansatz für mehr Zielgruppengenaugkeit seien Werbespots, die nur auf den Bildschirmen von Zuschauern ausgestrahlt werden, die in einer bestimmten Region wohnen oder andere spezifische Merkmale aufweisen.

Umfassende Transformation des Geschäfts

Was bleibt privaten TV-Anbietern angesichts dieser Ergebnisse zu tun? Diese Frage stellte Ende vergangenen Jahres auch die Studie »Quo Vadis, deutsche Medien? Zur Zukunft deutscher Fernsehanbieter in digitalen Streaming-Zeiten« von Roland Berger und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Die Antwort: »Zum einen bleibt der geordnete Rückzug. Dieses Szenario sieht die kurz- bis mittelfristige Profitmaximierung mit anschließendem Verkauf des schrumpfenden Geschäfts vor. Option 2 ist ein radikaler Wandel des Geschäftsmodells, d. h. ein völlig neuer Geschäftsbereich müsste erschlossen werden. Die dritte Option besteht in einer umfassenden Transformation des Geschäfts – ein Weg, der allerdings große Investitionen erfordert.« Die beiden großen privaten Sendergruppen haben sich gegen einen »geordneten Rückzug«, für die dritte Option entschieden.

Neue Strategie für RTL-Group

Bertelsmann-CEO Thomas Rabe will, wie er nach Übernahme des Vorstandsvorsitzes der RTL Group Anfang 2019 erklärte, die Transformation der RTL-Group mit drei Prioritäten vorantreiben: Erstens mit der Stärkung der Kerngeschäfte TV, Radio und Produktionsgeschäft, zweitens mit dem Aufbau lokaler Video-Streaming-Champions und drittens mit dem Aufbau ihrer Werbetechnologie-Geschäfte. Dazu soll auch die Kooperation innerhalb der Bertelsmann-Gruppe zwischen Gruner + Jahr und RTL ausgebaut werden. Lokale Eigenproduktionen, an denen die Mediengruppe alle Rechte hält und an denen Netflix und Amazon bislang nur wenig Interesse zeigen, haben bei neuen Projekten für RTL Priorität. Laut Geschäftsbericht 2017 investierte die Mediengruppe RTL eine Milliarde Euro in »lokalen Content« – deutlich mehr als der Konkurrent ProSiebenSat.1, bei dem der Großteil des Budgets immer noch in US-Lizenzware fließt. Die RTL Group will zudem die Zusammenarbeit ihrer Tochtergesellschaften stärken. Der

Kurz-Schluss

Wie ich einmal auf der Suche nach Werten vom Wertewandel in den Börsenwert und zurück auf den Allerwertesten geschleudert wurde

THEO GEIBLER

Vorsicht, diesmal wird's ein bisschen ernster hier: Vor ein paar Tagen ertrappte ich bei einem Spaziergang meinen elfjährigen Enkel dabei, wie er – glaubte ich – Steinchen in den Wald warf. Glaubte ich, denn bei näherem Hinsehen stellte ich fest, dass er aus seinen prall gefüllten Hosentaschen Ein- und Zwei-Cent-Münzen kramte und, so weit es ging, wegwarf. Gutgläubig wie ich nun mal bin, fragte ich ihn, ob er Geld säe, damit es ordentlich wachse (nicht ohne gleich eine Minipredigt anzuschließen, dass dies ein ziemlich hoffnungsloser Weg zum Reichtum sei). »So ein Schmarren, Opa – glaubst, ich bin doof?«, antwortete er, nicht ohne mit dem Finger an die Stirn zu tippen. »Ich hab nur mein Sparschwein ausgemistet, damit mehr Platz für Silbergeld und Scheine bleibt.« »In Dänemark«, fügte er weise hinzu, »ist dieser Kupferschrott schon gar nix mehr wert. Außerdem könntest du mein Handy mal für Apple-Pay freischalten, du hast doch eine Kreditkarte.« Mir lag zwar eine Moralpredigt samt Schimpfkanonade auf der Zunge. Im Wissen, noch nie ein guter Pädagoge gewesen zu sein, entschloss ich mich zu einer Art Moratorium. Ich bot meinem Enkel an, mir den »Kupferschrott«

auszuhändigen mit der Zusage, ihn in Euro-Münzen (selbstverständlich samt Aufzählung) umzutauschen.

Dabei fühlte ich mich reichlich inkonsequent und feige. Wie sollte ich dem Knaben klar machen, dass der herstellerische Wert einer Cent-Münze vermutlich höher sei als sein kapitaler? Und dies in einer Zeit gespaltener gesellschaftlicher Realität: Die einerseits den Satz »Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert« längst auf dem Müllhaufen der Geschichte hat verrotten lassen. Die mehr kapitale Millionäre und Spekulationsgewinnler generiert als hochnotwendige Pflegekräfte. Andererseits, viele ihrer gealterten Arbeitskräfte, ehemalige Leistungsträger, zum Flaschensammeln in den Abfallkorb-Parcours zwingt, damit sie sich mal eine warme Mahlzeit leisten können. Argumente in Sachen materiellem »Wert«, die üppig und kontinuierlich von jeder Menge Medien, von Schulbüchern und anspruchsvolleren Kinder-Kanälen reichlich transportiert werden – und im Dauerfeuerwerk von »Warcraft«, »Deutschland sucht den Superstar« oder dem Gehalt von Robert Lewandowski schlicht verschwinden. Ungeil. Unattraktiv. Wertlos. Wie sag ich's meinem Enkel: Es gibt wirklich gültige Werte...

Matt entsinne ich mich eines Dauerstreites mit einem eigentlich bestens befreundeten Kommilitonen Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Er zärtelte mich als verstaubten Mochtegern-Idealisten, stets auf der Suche nach gültigen Werten beispielsweise im Kulturbereich, der nicht kapier hätte, wie übel missbrauchbar der Begriff »Wert« im Lauf der Zeit geworden sei. Einerseits als Definition beispielsweise des tollen »Börsenwertes« eines Unternehmens. Andererseits als ideologischer Totschläger, mittels dessen seinerzeit die Amerikaner Vietnam entlaubten und entmenschten.

»Werte?« Für ihn ein beliebig sortierbarer Kanon, der schon im Wortbegriff selbst bestimme, dass es nicht um Sittlichkeit oder Moralität ginge, sondern um etwas präzise Bestimmbares: »Welchen Wert hat ein Mensch? Was ist unwertes Leben? Bestimmbar mit den Mitteln des Marktes und des Handels. Daher auch die sogenannten typischen Werte bürgerlichen Lebens wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit?« Haha. Herzlichkeit hätte da sowieso keinen Platz. Damit sind diese Wertfragmente beliebig verwertbar. Ein Kanon der Werte sei doch wohl nur dann sinnvoll zu bilden, wenn ein wirklich allgemeiner Konsens gefunden wür-

de und dieser Ergebnis einer präzisen Aushandlung sei. Werte im üblichen, gebräuchlichen Sinn würden einem aber fast immer nur vorgesetzt, Ideologien im spirituellen wie im materiellen Raum entweder aus Rechthaberei, verblendeter Überzeugung, Machtgier, Sehnsucht nach Vorteil generiert. Und Carl Schmitt, ein »Kronjurist« der Nazis, salbadert: »Wer Wert sagt, will geltend machen und durchsetzen. Tugenden übt man aus; Normen wendet man an; Befehle werden vollzogen; aber Werte werden gesetzt und durchgesetzt. Wer ihre Geltung behauptet, muss sie geltend machen. Wer sagt, dass sie gelten, ohne dass ein Mensch sie geltend macht, will betrügen. Niemand kann werten, ohne abzuwerten, aufzuwerten und zu verwerten. Wer Werte setzt, hat sich damit gegen Unwerte abgesetzt.«

Und das von einem, der als Rechtsaußen zur Nazizeit reüssierte. Mein Reservoir an Gegenargumenten schrumpfte, ohne meine Überzeugung zu demolieren, dass es sehr wohl allen zuvor moralischer Werte bedürfe. Wie sag ich's meinem Enkel? Da schmückt sich gerade lautstark eine sogenannte »Werteunion« im Schwefelparadies zwischen CDU und AfD. Absolut konträrproduktiv. Ihr allerwertester Boss namens Alexander Mitsch tritt für einen

»starken deutschen Rechtsstaat« ein. Von Zuwanderern wird »Assimilation statt Integration« und die Orientierung »an einer europäisch-deutschen Leitkultur« verlangt. (Quelle? Philipp Amthor, CDU?). Die Werteunion tritt für eine »am Bedarf des Arbeitsmarkts orientierte Einwanderung« und eine »gesteuerte qualifizierte Zuwanderung« sowie für eine restriktivere Asylpolitik ein und fordert einen besseren Schutz der Grenzen im Falle verstärkter Einwanderungsversuche. Ferner werden im Mittelmeer aufgegriffene Migranten an die Küste zurückgeführt, von der sie gekommen sind... Nein, wir leben nicht in Ungarn. Aber wie sag ich's meinem Enkel? Am besten lass ich es drucken, das wirkt glaubwürdiger (falls er es liest)...



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



FOTO: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K TRUMP-FAKES

Washington: Donald Trump hält sich für den Justiz-Chef der USA und der Welt. »Ich darf mich voll und ganz einbringen«, sagte er Reportern in Washington vor seiner Abreise nach St. Quentin zu einem Prozess gegen ihn wegen Upskirting. Er rechtfertigt so die umstrittenen Begnadigungen, die er im Bereich Steuerhinterziehung und sexuelle Belästigung in eigener Sache durchgeführt hat. »Eigentlich bin ich der oberste Strafverfolgungsbeamte des Landes. Also habe ich mich entschieden, überall involviert zu sein, vor allem in das sogenannte Impeachment-Verfahren gegen mich.«

Essen: Viele Promis machen mit, wenn RTL die Leidensgeschichte Christi live in die Gegenwart holt: Thomas Gottschalk, Jürgen Tarrach, Stefan Mross oder Martin Semmelrogge als Verbrecher Barrabas: RTL will eine moderne Fassung der Leidensgeschichte von Jesus live ins Wohnzimmer bringen. »Die Passion« lautet der Titel des »Music-Live-Events«, das am Mittwoch vor Ostern aus der Stadt Essen übertragen wird. Erzähler ist Thomas Gottschalk. »Ich bin einer der wenigen Teilnehmer, die die Geschichte noch im Original erlebt haben«, witzelte Gottschalk bei der Vorstellung der Show. In diesem Moment wurde er von einem Blitz getroffen. Er

tritt künftig – ohne sich blackfacen zu müssen – auch noch als Heiliger Balthasar bei den Drei Königen auf.

Berlin: David Fischer, Anita Tillmann und Philipp Westermeyer haben geschafft, worauf in der Start-up-Szene jeder hofft. Sie haben Rückschläge überstanden und sind heute erfolgreich. Tillmann, Geschäftsführerin der Premium-Group, Podcaster und Gründer des OMR-Festivals Westermeyer und Highsnobiety-Gründer Fischer verbindet vor allem das Durchhaltevermögen in der Anfangsphase. Es geht um den eigenen Abrieb, den steten Gegenwind und das Gefühl, selbst eine Marke zu sein. Besonders wichtig: die klebrige Rückseite.

New York: US-Präsident Donald Trump hat dem Multimilliardär Michael Bloomberg vorgeworfen, sich die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten »illegal zu erkaufen«. Die massiven Ausgaben stellten illegale Wahlkampffinanzierung dar, behauptete er über Twitter. Bloomberg finanziert seine Bewerbung selbst. Er nimmt für den Wahlkampf keine Spenden an. Trump hingegen verkauft schon jetzt lukrative Posten als Boeing-Werbemanager, Putzmann im Weißen Haus oder erster Zoodirektor auf dem Mars. (thg).

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
Fax: 030.226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur
v.i.S.d.P.), Gabriele Schulz
(Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb, Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941.945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941.945 93-0
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Tel.: 030.226 05 280,
Fax: 030.226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.